



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

25. August 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Eun-Jeung Lee *Essay*

„Asien“ und seine „asiatischen Werte“

7 Manfred Pohl

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche
Entwicklung Japans

16 Tang Shaocheng

Das Dreiecksverhältnis zwischen den USA,
der VR China und Taiwan

25 Patrick Köllner

Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik
im Zeichen der Krisen

32 Gerd Mutz

Zivilgesellschaftliche Entwicklung
in Südostasien

39 Markus C. Pohlmann

Die „Desorganisation“ der Tiger

Die neue Phase wirtschaftlicher Modernisierung
in Südkorea und Taiwan



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **Das Parlament**,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **Das Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Asien hat die Welt in den achtziger und neunziger Jahren durch ein starkes Wirtschaftswachstum beeindruckt und sie Ende der neunziger Jahre mit der „asiatischen Finanzkrise“ in Atem gehalten. Heute steht der Kontinent vor enormen sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Dabei sind die wirtschaftliche Bedeutung und das politische Gewicht Asiens, in dem mit 3,8 Milliarden Menschen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, unumstritten. Das zum „asiatisch-pazifischen Jahrhundert“ erklärte 21. Jahrhundert ist Anlass genug, einigen Ländern dieses Kontinents eine Ausgabe zu widmen.

■ Für die Europäer ist „Asien“ – das riesige Gebiet vom Bosphorus bis Japan – eine Kultureinheit. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine Projektion, denn, so *Eun-Jeung Lee* in ihrem Essay, „Asien“ als solches existiert gar nicht – zumindest nicht in Form einer übergreifenden Kultur.

■ Wenn es je ein „japanisches Modell“ gegeben hat, dann ist dieses im letzten Jahrzehnt gründlich entzaubert worden. *Manfred Pohl* zufolge spannt sich der Bogen innenpolitischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung Japans vom dynamischen Aufbruch 1993/94 bis hin zum lähmenden Reformstau am Beginn des 21. Jahrhunderts. Wie in Deutschland zeigten sich auch in Japan die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen großenteils unfähig, den wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen.

■ Die bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan sind von großer Bedeutung für die asiatisch-pazifische Region. Ein Konflikt in der Taiwanstraße könnte eine chinesisch-amerikanische Konfrontation heraufbeschwören und damit Sicherheit

und Stabilität in der Region gefährden. Vor diesem Hintergrund stellt *Tang Shaocheng* die Frage, ob die rasanten Veränderungen auf der internationalen Bühne, bei denen die USA eine entscheidende Rolle spielen, einen Einfluss auf das Verhältnis zwischen China und Taiwan haben werden.

■ Von nicht minder großer Bedeutung für die Region ist das Beziehungsdreieck Nordkorea, China, USA. Nordkorea ist wirtschafts- und sicherheitspolitisch sowohl von der Volksrepublik China als auch von den USA abhängig. Beide verfolgen ihrerseits strategische Interessen in der Region und sitzen in der jüngsten Nuklearkrise am selben Ende des Verhandlungstisches. Vor dem Hintergrund denkbarer Szenarien der Nutzung oder Nichtnutzung von Atomwaffen durch Pjöngjang plädiert *Patrick Köllner* dafür, Nordkorea im Rahmen einer Einbindungspolitik Anreize zum Erhalt des Status quo zu geben.

■ Viele Länder Asiens durchlaufen derzeit einen tief greifenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess. Am Beispiel der Länder der Mekong-Region – Kambodscha, Laos, Birma, Vietnam – zeigt *Gerd Mutz*, wie schwierig es ist, mit westlichen Denkmustern nach zivilgesellschaftlichen Ausprägungen des Wandels zu suchen. Der Autor verweist auf die besondere Fähigkeit asiatischer Gesellschaften, westliche Konzepte zu integrieren, ohne den eigenen Kosmos aufzugeben.

■ Nach der Finanzkrise Ende der neunziger Jahre suchen die asiatischen Schwellenländer nach eigenen Wegen der Modernisierung. *Markus C. Pohlmann* vertritt die These, dass sich die „vier kleinen Tiger“ – Südkorea, Hongkong, Taiwan und Singapur – heute in einer zweiten großen wirtschaftlichen Modernisierungsphase befänden, wobei sie länderspezifisch auf die globalen Herausforderungen reagierten.

Katharina Belwe ■

„Asien“ und seine „asiatischen Werte“

Was ist „asiatisch“

„Asien“ ist ein europäischer Begriffsentwurf. Er stammt aus der griechisch-römischen Antike.¹ Seit der Zeit des ältesten europäischen Asienforschers, des griechischen Historikers Herodot, trägt die Bezeichnung „Asien“ im europäischen Kontext die Konnotation von barbarischer Kraft, Wildheit und Unberechenbarkeit.

Auch Gottfried Wilhelm Leibniz teilte diese Sichtweise, wenn er am Ende des 17. Jahrhunderts China als „Europa des Ostens“ bezeichnete, von dessen hoher Kultur und Philosophie er durch die Jesuiten aus dem Reich am anderen Ende des eurasischen Kontinents erfuhr.² Dieses Reich konnte kein „asiatisches“, also barbarisches Reich sein. Was er und seine Zeitgenossen wie Christian Wolff darin sahen, war ein „konfuzianischer Idealstaat“, ein Modell für die politischen Reformen in Europa. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts wurde China durch Montesquieus Charakterisierung chinesischer Herrschaft als orientalischer Despotie im Orient verankert. Man spekulierte sogar über die ägyptische Abstammung der chinesischen Kultur. So wurde das riesige Gebiet vom Bosphorus bis Japan in den Augen der Europäer eine „asiatische“ Kultureinheit, welche die Geschichtsphilosophen mit dem Begriff der „Stagnation“ oder dem der „Kindheit“ der menschlichen Zivilisation fassten.

Seitdem verkörperte Asien für Europäer das, was Europa bereits hinter sich gelassen hatte. Die Bewertung der „Ursprünglichkeit“ Asiens, sei es als etwas Überwundenes oder als etwas Verlorenes, steht im engen Zusammenhang mit den jeweiligen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Deshalb schrieb Edward Said, Asien bzw. der Orient seien für Europäer ein „Arsenal von Wünschen, Repressionen, Investitionen und Projektionen“³. Hermann Hesse schrieb einmal, Asien sei nicht ein Weltteil, „sondern ein ... geheimnisvoller Ort ... dort waren die Wur-

zeln alles Menschenwesens und die dunkle Quelle alles Lebens“⁴. Als ein solcher Ort der Projektion ist Asien bis heute in den westlichen Wahrnehmungen vorhanden.

„Asien“ als solches existiert aber tatsächlich nirgendwo; zumindest nicht in Form einer übergreifenden Kultur, eines Zusammengehörigkeitsgefühls. In Ostasien kannte man nicht einmal den Begriff „Asien“, bis Jesuitenmissionar Matteo Ricci mit seiner Weltkarte, die im 17. Jahrhundert in ganz Ostasien Verbreitung fand, den Begriff „Asien“ in der Region einführte, allerdings ohne die ideologische Konnotation dieses Begriffes zu benennen. Die chinesischen Schriftzeichen, die Ricci zur Kennzeichnung „Asiens“ in dieser Karte als erster benutzte, werden bis heute in ganz Ostasien verwendet, ebenso wie die Schriftzeichen für Europa.⁵

Das Wesen der Debatte über „asiatische Werte“

In den neunziger Jahren haben so genannte „asiatische Werte“ den Werthimmel internationaler Debatte bewölkt.⁶ In der Auseinandersetzung über Menschenrechte, in der Diskussion über wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung, überall war und ist – zum Teil bis heute – der Begriff „asiatische Werte“ zu finden. Es wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob der dominierende zivilisatorische Paradigmenanspruch des Westens zu halten ist, und ob ihm nicht konkurrierende Zivilisationsleitbilder – besonders aus Asien – mit einem eigenen Führungsanspruch entgegentreten. Es wurde gar angenommen, dass es asiatische Werte und soziale Normen gebe, die Lösungen für die gegenwärtigen Probleme der westlichen Zivilisation anbieten. Umso mehr muss man sich fragen, was unter „asiatischen Werten“ überhaupt zu verstehen ist.

Die Debatte über „asiatische Werte“ stellte – genau genommen – nur auf sehr vermittelte Weise eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen kulturellen und politischen Traditionen dar.

1 Vgl. Julia Kristeva, *Fremde sind wir uns selbst*, Frankfurt/M. 1990, S. 59.

2 Siehe dazu ausführlicher Eun-Jeung Lee, „Anti-Europa“. Die Geschichte der Rezeption von Konfuzianismus und konfuzianischen Gesellschaften in Europa seit der frühen Aufklärung, Münster – Hamburg 2003.

3 Edward Said, *Orientalism*, New York 1978, S. 8.

4 Hermann Hesse, *Aus Indien*, Frankfurt/M. 1980, S. 232.

5 Vgl. Sukehiro Hirakawa, Matteo Ricci, Seoul 2002, S. 559.

6 Vgl. Dieter Senghaas, *Über asiatische und andere Werte*, in: *Leviathan*, 23 (1995) 1, S. 5.

Eine der charakteristischen Dimensionen dieser Auseinandersetzung war der ökonomische und politische Interessenkonflikt zwischen den alten Industriestaaten Europas und Nordamerikas und den Wachstumsökonomien des pazifischen Raums. Eine andere ist die nach innen gewandte Absicht der Befürworter dieser „asiatischen Werte“, den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Status quo abzusichern. Deshalb wurde die Diskussion kaum auf einer philosophischen oder staatstheoretischen Ebene geführt. Sie verblieb vielmehr auf einer praktisch-politischen Ebene, auf der die Instrumentalisierung „asiatischer Werte“ im Vordergrund stand und z. T. noch immer steht.

Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich der frühere Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew, und der Premierminister Malaysias, Mahathir bin Mohamad, offensiv in politische Diskurse eingebracht, in denen seit der „Zeitenwende“ 1989 und dem Niedergang des Realsozialismus nach einer „Neuen Weltordnung“ gesucht wird. Sie propagierten dabei ihre autoritäre Politik als „den asiatischen Weg“. Ihre Länder seien durch „asiatische Werte“ zur viel gerühmten Kombination von wirtschaftlichem Fortschritt und gesellschaftlicher Disziplin geführt worden. „Asiatische Werte“ seien also für die Stärke und den Erfolg Ostasiens verantwortlich.

Um ihre Argumente zu untermauern, griffen sie in den neunziger Jahren auf die These vom „konfuzianischen Kapitalismus“ der Modernisierungstheorie zurück. Die Vertreter der konfuzianischen Kapitalismusthese haben im Hinblick auf den Erfolg Japans und der vier Tigerstaaten (Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan) seit den sechziger Jahren immer wieder behauptet, die konfuzianische Tradition sei das Geheimnis der wirtschaftlichen Erfolge dieser Länder. Dabei betonten sie Loyalität, Sparsamkeit, Fleiß, Bildung, Friedfertigkeit und Harmonie als wesentliche ethische Merkmale dieser Tradition. Hatte Robert N. Bellah 1968 erklärt, diese konfuzianische Ethik sei das funktionale Äquivalent der puritanischen Wirtschaftsethik,⁷ so sprach Peter L. Berger sogar von einer „nicht-individualistischen Version der kapitalistischen Modernität“, welche die kollektiven Tugenden der Solidarität und Arbeitsdisziplin konfuzianischer Prägung zur Grundlage hätte.⁸

7 Vgl. Robert N. Bellah, „Reflections on the Protestant Ethic Analogy in Asia“, in: S. N. Eisenstadt (Hrsg.), *The Protestant Ethic and Modernization. A Comparative View*, New York 1968, S. 234–251.

8 Vgl. Peter L. Berger, *An East Asian Development Model?*, in: ders./H. Hsiao (Hrsg.), *In Search of An East Asian Development Model*, New Brunswick, N.J. 1993, S. 6.

Ein solches Erklärungsmuster auf Malaysia oder Indonesien anzuwenden setzt Beliebigkeit voraus, da diese Länder ganz sicher nicht konfuzianisch geprägt sind. Für Lee Kuan Yew war dies kein Problem: Man müsse der Bevölkerung die Werte einimpfen, die dem Fortschritt zuträglich sind. Es sei letztlich gleichgültig, „wie sie eingeimpft (!) werden, ob durch Konfuzianismus oder eine andere Art der Vorprogrammierung“⁹. Offensichtlich setzt er die vermeintlich kulturellen Ursachen der ostasiatischen Erfolge *ex post* mit „asiatischen Werten“ gleich. Das hindert ihn auch nicht daran, anderen asiatischen Gesellschaften zu empfehlen, ebenso zu verfahren.

Dabei übersehen Lee Kuan Yew und seine Anhänger die tief greifende Problematik der von ihnen rezipierten Theorie. Denn die Modernisierungstheoretiker müssen sich, abgesehen von der Fragwürdigkeit ihrer Interpretation des Konfuzianismus, den Vorwurf theoretischer Willkür gefallen lassen, da sie eine Reihe wichtiger Veränderungen im sozialpolitischen Geschehen im Ostasien der vergangenen 30, 40 Jahre einfach ignorieren – das Entstehen einer Mittelklasse, die Arbeiter- und die Demokratisierungsbewegungen usw. Allerdings stehen sie damit in der langen Tradition des westlichen Asiidiskurses, welche die konfuzianische Kultur für die politische und sozialwirtschaftliche Entwicklung verantwortlich macht. Diese, sagen wir, kulturalistische Sichtweise, wurde nämlich nicht erst von Max Weber eingeführt: Schon viel früher – bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts – ist sie in Europa zu finden.

Essentialismus im westlichen Asiidiskurs

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, also wenige Jahre nachdem die Gelehrten der frühen Aufklärung wie Gottfried Wilhelm Leibniz und Christian Wolff in China einen „konfuzianischen Idealstaat“ gesehen hatten, begann man diese konfuzianische Gesellschaft mit abschätzigem Blick zu betrachten. Basierend auf einem ausgeprägten Bewusstsein von der eigenen technischen und naturwissenschaftlichen Überlegenheit, wurden nicht nur von Kulturtheoretikern wie Johann Gottfried Herder, sondern auch von Historikern wie z. B. August L. Schlözer Zivilisationsstufenlehren entworfen, in denen die technische und wissen-

9 Zit. n. Wolfgang Heinz, *Gibt es ein asiatisches Entwicklungsmodell? Zur Diskussion über „asiatische Werte“*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 55, Köln 1995, S. 26.

schaftliche Überlegenheit unmittelbar mit der kulturellen Überlegenheit Europas in Verbindung gebracht wurde. Die chinesisch-konfuzianische Zivilisation wurde dabei unterhalb der europäischen und nur wenig oberhalb der überwiegend barbarischen Kulturen der restlichen Welt eingestuft.

Den Grund für diese zivilisatorische Rückständigkeit erklärte Herder mit dem Konfuzianismus. Dieser halte wie ein „mechanisches Triebwerk“ die menschliche Vernunft in „kindlicher Gefangenheit“; das Reich lasse sich deshalb wie „ein Haus tugendhafter, wohlzogener, fleißiger, sittsamer, glücklicher Kinder und Brüder“ verwalten.¹⁰ Später schrieb Georg W. F. Hegel, die konfuzianische Lehre beinhalte zwar richtige moralische Ansprüche, aber es handele sich dabei im Grunde nur um ein Herumreden, welches sich nicht über das Gewöhnliche erhebe.¹¹ So sei diese Kultur in der Kindheit stehen geblieben. Der Einzelne folge „reflexions- und selbstlos“ nur dem „allgemeinen Willen“.¹²

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts machte Max Weber den Konfuzianismus für das Ausbleiben der kapitalistischen Entwicklung in China explizit verantwortlich. Nach Weber war der Konfuzianismus eine bloße Ethik der Anpassung, die „die Menschen höchst absichtsvoll in ihren naturgewachsenen oder durch die sozialen Über- und Unterordnungsverhältnisse gegebenen persönlichen Beziehungen“ belassen habe.¹³ Die „rückwärtslose Kanonisierung des Traditionellen“ im Konfuzianismus habe die Entwicklung derjenigen Kräfte verhindert, die in Europa die Modernisierung und den Aufbau des kapitalistischen Systems ermöglicht hätten.

In Anbetracht der wirtschaftlichen Erfolge Japans und der anderen ostasiatischen Länder seit den sechziger Jahren brachte man dann, in Umkehrung der Weberschen These, unter dem Namen des „konfuzianischen Kapitalismus“ die konfuzianische Ethik mit diesen Erfolgen in unmittelbare Verbindung. So schlägt auch die Theoriegeschichte Purzelbäume – und sie schlug, nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrisen in Ostasien

1997, gleich noch einen: Auch für diese musste die konfuzianische, asiatische Kultur als Ursache herhalten – diesmal unter den Begriffen des Nepotismus, Fraktionalismus und Familismus. So wurde die konfuzianische Kultur erneut für „Unbeweglichkeit und Unwandelbarkeit“ – wenn auch diesmal nicht in der Geschichte à la Hegel, sondern in der Wirtschaftspolitik – verantwortlich gemacht.

Eine Analyse dieser historischen Abfolge seit dem 18. Jahrhundert zeigt deutlich, wie sehr diese sich wandelnden Wahrnehmungen und Projektionen von den eigenen sozialpolitischen und geistigen Bedingungen im Westen abhängig waren und wie leicht der Konfuzianismus in diesem Kontext politisch instrumentalisiert werden konnte.¹⁴ Dies gilt auch für den Asienkurs der vergangenen beiden Jahrzehnte.

Instrumentalisierung der „asiatischen Werte“

Seit den siebziger Jahren leiden Westeuropa und Nordamerika unter geringen Wachstumsraten, steigender Arbeitslosigkeit und immer größer werdenden staatlichen Schuldenbergen. Vermehrt wurde der Wohlfahrtsstaat als die Wurzel dieser Leiden angesehen. Selbstzweifel und Selbstkritik nahmen zu, der Neo-Konservatismus versprach einen Ausweg und bereitete das ideologische Terrain für neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik à la Ronald Reagan und Margaret Thatcher vor.¹⁵ In dieser Situation avancierten die aufstrebenden kapitalistischen Gesellschaften Ostasiens, in denen man die fortdauernde Wirksamkeit traditioneller Werte erkennen zu können meinte, zum vorbildhaften Anschauungsmaterial für diese konservative Reformbewegung.

Dabei wurde die tatsächliche Entwicklung in den Gesellschaften Ostasiens einfach ignoriert, obwohl dort ganz offensichtlich traditionelle gesellschaftliche Ordnungen u. a. durch schon in den sechziger Jahren einsetzende Individualisierungsprozesse aufgeweicht worden sind. So rückt die Selbständigkeit des Individuums auch dort in den Mittelpunkt

10 Johann Gottfried Herder, *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*. XI. Buch, 3. Teil, 1787 (hier wurde die Neuausgabe von Bodenheimer 1995 benutzt), S. 280–281.

11 Vgl. Georg W. F. Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. Werke in zwanzig Bänden, Bd. 12, Frankfurt/M. 1982, S. 172.

12 Ders., *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Frankfurt/M. 1970, S. 152.

13 Max Weber, *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen*. Konfuzianismus und Taoismus, Schriften 1915–1920 (Studienausgabe), Tübingen 1991, S. 203.

14 Vgl. dazu E.-J. Lee (Anm. 2).

15 Vgl. Nigel Ashford, *Das Versagen des Staates. Der amerikanische Neokonservatismus*, in: Iring Fetscher (Hrsg.), *Neokonservative und „Neue Rechte“*, München 1983, S. 35–65; Peter Lösche, *Thesen zum amerikanischen Konservatismus*, in: Eike Hennig/Richard Saage (Hrsg.), *Konservatismus. Eine Gefahr für die Freiheit*, München 1983, S. 163–177; Chua, Beng-Huat, *Konfuzianisierung in der Modernisierung Singapurs*, in: Joachim Matthes (Hrsg.), *Zwischen den Kulturen, Soziale Welt (Sonderband 8)*, Göttingen 1992, S. 250.

des Denkens und Handelns. Die autoritär-konservativen Politiker Ostasiens reagierten auf diese fortschreitenden Individualisierungsprozesse, indem sie versuchten, diese rückgängig zu machen – eben durch das Beharren auf „konfuzianischer Tradition“ bzw. auf „asiatischen Werten“.

So warfen sich die autoritär-konservativen Politiker Asiens und die Neokonservativen des Westens, insbesondere in den USA, gegenseitig mit „asiatischen Werten“ bestückte Bälle zu: Im Westen wurde die „asiatische“ Genüg- und Fügsamkeit der Arbeiter zur Disziplinierung der Arbeiterschaft und zum Abbau des Sozialstaates instrumentalisiert. In Ostasien hat man die internationale Anerkennung seiner wirtschaftlichen Erfolge zur Rechtfertigung autoritärer Herrschaft benutzt.

Die Intensität der Diskussion über „asiatische Werte“ ist allerdings nicht nur durch dieses Zusammenspiel zu erklären. Ein tiefer greifender Grund liegt in der genannten über 200 Jahre alten Tradition, die zwischen Kultur und wirtschaftlicher Entwicklung einen kausalen Zusammenhang herstellt und deshalb die Kulturen je nach ihrem relativen Entwicklungsniveau als überlegen oder unterlegen betrachtet. In der Intensivierung der Debatte über „asiatische Werte“ spiegelte sich die Angst des Westens, dass er angesichts des Aufkommens eines neuen weltpolitischen Gravitationszentrums im westpazifischen Raum seine weltpolitische Hegemonie verlieren könnte.¹⁶ Seit dem Ausbruch der Krise in Ostasien ist diese Sorge um

die westliche Hegemonie zwar wieder abgeflaut, während die Konfrontationsszenarien zwischen dem Westen und Ostasien gleichzeitig entschärft worden zu sein scheinen. Das grundsätzliche Problem des kulturalistischen Erklärungsansatzes bleibt jedoch nach wie vor bestehen.

Natürlich kann man nicht bestreiten, dass die kulturellen Gegebenheiten eines Landes in der Gestaltung der Politik und der wirtschaftlichen Entwicklung eine gewisse Rolle spielen. Die entscheidenden Ursachen für Entwicklungserfolge und -misserfolge sind jedoch in der Beschaffenheit der politischen und sozialen Institutionen eines Landes, in der Struktur seiner Eliten, im Ablauf seiner kolonialen und postkolonialen Geschichte und nicht zuletzt in seiner Stellung im internationalen Wirtschafts- und Machtssystem zu suchen. Kulturelle Wertorientierungen können nur im Zusammenhang mit sozialen und politischen strukturellen Rahmenbedingungen entwicklungshemmend oder -fördernd wirken. Zudem wandeln sich Wertvorstellungen im Zeitablauf.

Zum Schluss: Das Leben in den Großstädten Ostasiens und des Westens unterscheidet sich heutzutage nur unwesentlich – wobei die Städte in Ostasien sogar einen „modernerer“ Eindruck machen. MTV, Madonna, McDonald's usw. üben auf die Jugendkulturen in der Region einen ähnlich dominierenden Einfluss aus wie in den USA oder Europa. Trotzdem bleiben einige Intellektuelle und Politiker weiterhin auf der Suche nach dem „Asiatischen“. Ob es ihnen jemals gelingen wird herauszufinden, was das „eigentlich“ Asiatische ist?

16 Vgl. Eric J. Hobsbawm, Welchen Sinn hat Europa?, in: Die Zeit vom 4. Oktober 1996, S. 40.

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Japans

Deutschland und Japan heute – ein Vergleich lohnt

Es ist von einem „verlorenen Jahrzehnt“ zu berichten, in dem das „japanische Modell“ gründlich entzaubert wurde – wenn es denn je eines gegeben hat. Das Fazit der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts ist ernüchternd: Der Bogen innenpolitischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung Japans spannt sich vom dynamischen Aufbruch 1993/94 (nach Überwindung schwerer Korruptionskrisen) bis hin zu einem lähmenden Reformstau am Beginn des 21. Jahrhunderts. Japan sieht sich in diesen Tagen mit denselben Problemen konfrontiert, an denen die zwei erfolgreichsten und scheinbar unschlagbaren „Nachkriegsmodelle“ kranken. Länder, die nach 1945 den Frieden gewannen – Japan und Deutschland – zeigen sich heute in ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen großenteils unfähig (und nicht zuletzt wohl auch unwillig), den wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen und zugleich ein eigenes sicherheitspolitisches Profil zu entwickeln. Gerade Japan und Deutschland müssen ihre Wirtschaftsstrukturen und Unternehmensverfassungen umbauen: Die USA definieren ihre globale Rolle ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen ihrer wichtigsten Verbündeten völlig neu, und so sind Deutschland und Japan unerwartet vor die Aufgabe gestellt, eine Wahl zu treffen zwischen vorbehaltloser Unterstützung jedweder amerikanischer Position und einer eigenständigen Strategie, u. U. auch gegen die außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Positionen der USA. Zu nennen sind hier die Nahost-Politik, der Krieg gegen den Irak und nicht zuletzt die globale Umweltpolitik. Japan und Deutschland mussten unvermittelt globale Verantwortung übernehmen, worauf sie aufgrund der Tradition ihrer politischen Kultur nur unzureichend vorbereitet waren. Das Schlüsseldatum für Japan war der 11. September 2001, für Deutschland setzte die sicherheitspolitische Emanzipation mit den verschiedenen Krisen auf dem Balkan ein. Aus den „Riesenzwergen“ Japan und Deutschland wurden so gezwungenermaßen weitgehend selbstständige und damit gleichberechtigt handelnde

Akteure auf der globalen Bühne – an der Seite der USA und mit neuen, unerwarteten Verantwortungen. Deutschland hat diese Herausforderung einer eigenständigen Politik im Rahmen der EU mit allen Konsequenzen angenommen – Japan entschied sich unter Ministerpräsident Junichirô Koizumi für einen bedingungslosen Schulterchluss mit den USA. Dabei ist zu betonen, dass Japan sicherheitspolitisch letztlich nur eine Garantie hat: den bilateralen Bündnisvertrag mit den USA, während Deutschland in eine Reihe von (kollektiven) Bündnissystemen eingebunden ist.

Es zeigte sich (und zeigt sich auch heute im Irak), dass eine einzige verbliebene Supermacht eben nicht allein eine neue Weltordnung aufbauen und lenken kann, vielmehr sind mittelgroße und wirtschaftlich leistungsfähige Staaten auch für die USA als Bündnispartner unverzichtbar. Im ersten Golfkrieg waren Japan und Deutschland die Parias, die sich damals nicht an den Kriegshandlungen gegen Saddam Hussein beteiligen wollten, viel geschmäht von den „patriotischen Massenmedien“ ihrer jeweiligen Bündnispartner. Es wird im Folgenden zu zeigen sein, dass Japan eben nicht nur „der Geldautomat ist, der einen Tritt braucht, um Geld auszuspucken“¹: Die ohnehin brüchige politische Kultur Japans erhielt 2003 einen weiteren Knacks, als die Regierung Koizumi sich weit vorn in die Reihen der „Willigen“ stellte und schließlich im Juli 2003 sogar bereit war, 1 000 Mann der so genannten „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ (SDF) in den Irak zu entsenden – gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerungsmehrheit.

Viel zu oft und viel zu leicht tauchte früher in vergleichenden Wirtschaftsanalysen der Begriff vom „Modell Japan“ auf. Gerade Beobachter asiatischer Entwicklungen wurden zur Verwendung dieses Terminus verführt, weil Politiker in der Region selbst immer wieder davon sprachen, dem „japanischen Modell“ folgen zu wollen. Am bekanntesten ist vielleicht der malaysische Regierungschef Mohamad Mahathir, der mit seiner „Look East!“-Politik Japan zum Modell erhoben hatte. Aber schon vor ihm trieb der Staatsgründer Singapurs

¹ Vgl. Kazuo Funabashi, in: Asahi Evening News vom 4. 3. 1992.

und harte Verfechter „asiatischer Werte“, Lee Kuan Yew, die Bürger seines Stadtstaates mit dem Vorbild Japan in eine erfolgreiche Modernisierung. Wer immer von einem „japanischen Modell“ sprach, hatte seine eigene Auffassung davon – und kaum eine dieser Auffassungen entsprach jemals wirklich der Realität. Aber ihnen war eines gemeinsam: Die Verfechter des „Modells Japan“ instrumentalisierten diesen Begriff, um in ihren Staaten Entwicklungsstrategien umzusetzen, von denen sie sich vergleichbare Wirtschaftserfolge wie in Japan erhofften. Dabei übersahen sie häufig die gravierenden historischen, kulturellen und sozialen Unterschiede zu Japan bzw. spielten diese bei der Instrumentalisierung des „japanischen Modells“ ganz bewusst herunter.

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts hat das japanische Modell an Glanz verloren, es gehört zu offenkundig in eine andere, eindeutig vergangene Zeit wirtschaftspolitischer Entwicklungsstrategien. Es wäre jedoch ein schwerer Fehler, angesichts der strukturellen Krisen in Japan und Deutschland die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beider Länder zu übersehen: Die „Japan AG“ wie auch der „Rheinische Kapitalismus“ haben Voraussetzungen geschaffen, die Japan und Deutschland in ihren Regionen nach wie vor zu den stärksten Wirtschaften machen; Japan steht dabei unverändert als Wirtschaftsnation weltweit hinter den USA auf Platz zwei. Ein wenig zynisch ließe sich sagen: Japan und Deutschland haben große Probleme, diese aber auf hohem Niveau.

Innenpolitische Tendenzen zu Beginn des 21. Jahrhunderts

In mehrfacher Hinsicht waren die letzten Jahre des 20. Jahrhunderts, wie auch die ersten Jahre des folgenden „Aufbruchjahrhunderts“ vielversprechend für Japan. Nach den stecken gebliebenen Reformen von 1993/94 schien es, als könnte ein einzelner Politiker Japan eigenhändig aus der Krise führen. Im Jahr 2001 war die Liberal-Demokratische Regierungspartei (LDP) im Sog eines charismatischen Politikers aus dem freien Fall hinsichtlich ihrer Popularität wieder steil in der Gunst der japanischen Bürger gestiegen: Der unorthodoxe Regierungschef Junichirō Koizumi schien offenbar in der Lage zu sein, der japanischen Öffentlichkeit neue Hoffnung auf politische Reformen, wirtschaftliche Erholung und eine generelle Belebung der japanischen politischen Kultur zu geben. Aus der Perspektive der zweiten Jahreshälfte 2003 sind die an Koizumi gerichteten großen

Erwartungen allerdings enttäuscht worden, der große Aufbruch ist nicht zu erkennen – zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, dass auch dieser scheinbar ungewöhnliche Politiker in seinem politischen Stil und in seiner Taktik im Kern dem gewohnten LDP-Politikertypus entspricht und an den fest gefügten Traditionen scheitern wird.²

Auf einer Woge überschwänglicher Zustimmung wurde er ins Amt getragen: Japans Regierungschef Junichirō Koizumi überraschte 2001 seine innerparteilichen Gegner und Konkurrenten durch einen glänzenden Wahlsieg an der Basis; das Parteivolk in der größten japanischen Regierungspartei LDP sah in ihm offenbar die Verkörperung eines neuen Politikstils und eines Generationenwechsels, obwohl er damals mit 59 Jahren durchaus kein Jungpolitiker mehr war. Die Delegierten der Parteibasis stimmten mit überwältigender Mehrheit für ihn und gegen die abgefeimten LDP-Granden, die machterfahrenen Politbosse, die sich gegen ihn schon einen leichten Sieg ausgerechnet hatten.

Koizumi war Kult. Die erste Ausgabe seines E-Mail Newsletters begann mit großem Gestus: „Ich bin Löwenherz Junichirō Koizumi.“ In den ersten drei Tagen 2001 bestellten 230 000 Interessenten den Newsletter. Puppen, die ihn im Löwenfell zeigen, waren ein Hit, Hausfrauen standen Schlange, um seine Poster zu erwerben, kreischende Schulkinder trugen T-Shirts mit Porträts von „Junchan“ und die Wirtschaftsführer merkten auf, wenn Koizumi seine Thesen zur wirtschaftlichen Erholung vortrug. Er spielte die Rolle eines radikalen Reformers, der entschlossen neue Wege geht. In seinen eleganten Anzügen und mit wallendem Haar hob er sich wohltuend von den grauen, einförmigen Erscheinungen der japanischen Profipolitiker ab, er schien „den“ neuen Typus eines Politikers der Zukunft zu verkörpern.

Koizumi ist jedoch de facto nicht der Reformer, als den ihn seine japanischen Mitbürger sehen wollten und als der er sich noch heute geriert. Er ist zwar äußerlich eine unorthodoxe Persönlichkeit, ein Politiker, der so gar nicht in das übliche Erscheinungsbild der politischen Klasse Japans passen will. Aber im Kern ist er doch eher der traditionelle LDP-Politiker, der sich mit den Machtgruppen des Landes arrangiert, in erster Linie den Bauern und ihren Verbänden. Sie sind immer noch die treuesten Wähler der LDP, und Koizumi musste sich hüten, gegen ihre Interessen zu handeln, etwa durch weitere Liberalisierungen des

² Vgl. Patrick Smith, *The Emperor's Same Old Clothes*, in: *Newsweek* vom 7. 5. 2001, S. 35/36; *Substance or just style? Junichiro Koizumi arouses great expectations. Expect great disappointments*, in: *Economist*, 5. 5. 2001, S. 57.

japanischen Agrarmarktes. Wie alle seine Vorgänger ist auch Koizumi auf das Wohlwollen der Parteibosse in der LDP angewiesen, auch ihnen verdankt er seine politische Karriere – ohne Parteimentoren kann kein LDP-Politiker an die Führungsspitze der Partei vorstoßen: So sehr sich Koizumi von der politischen Klasse abzuheben scheint – er ist einer von ihnen. Wie so viele LDP-Politiker stammt auch er aus einer Politikerfamilie und hat das „politische Handwerk“ vom Großvater und Vater gelernt – in der LDP.

In dem steilen Auf und Ab der öffentlichen Zustimmung oder Ablehnung Koizumis 2001 bis 2003 spielten drei große Ereignisse eine Schlüsselrolle: die Terroranschläge von New York und Washington am 11. September 2001, die Fußball-Weltmeisterschaft gemeinsam mit Südkorea 2002 und der sensationelle Besuch Junichirô Koizumis bei dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-il im selben Jahr. Innenpolitisch spielte Koizumi durch unangekündigte Besuche am Symbol des japanischen Nationalismus, dem Yasukuni-Schrein, – abgesehen von dem unvermeidlichen Aufschrei in Seoul und Beijing – den Reaktionen in seiner Partei in die Hände; vielleicht war es ja auch ein wenig durchdachter und letztlich riskanter Versuch, die Nation in Krisenzeiten emotional zusammenzubringen. Andererseits vermied Koizumi mit dem Zeitpunkt seines Besuches im April 2001 das Datum des Tages der Kapitulation am 15. August im Jahre 1945, zu dem ihn viele Konservative gern am Yasukuni-Schrein gesehen hätten.³ Acht Monate nach Amtsantritt sah es Ende 2001 gut für Koizumi aus: Die LDP-Barone konnten ihn nicht demontieren, wie sie es gehofft hatten. Er hatte durch den „Koizumi-Bonus“ die Oberhauswahlen zu einem eindrucksvollen Erfolg für die LDP gemacht, und trotz andauernder Wirtschaftszession, struktureller Arbeitslosigkeit und sich mehrender Firmenzusammenbrüche blieb er in der Öffentlichkeit populär, auch als er weitere harte Reformeingriffe ankündigte und vor „no pain, no gain“ warnte.⁴ Der Absturz in Koizumis Popularitätsrate begann im Januar/Februar 2002, nachdem er die beliebte Außenministerin Tanaka entlassen hatte. Die Zustimmungsrate für den Regierungschef fiel von 80 Prozent (Dezember 2001) auf 72 Prozent (Januar 2002) und dann auf 42 Prozent (Februar 2002).⁵ Seit 1990 wurden neun LDP-Parlamentarier wegen Korruption verhaftet und abgeurteilt – eine Schande für

3 Vgl. Economist vom 27. 4. 2002, S. 58; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 22. 4. 2002.

4 Japan Times vom 27. 12. 2001.

5 Vgl. Sankei vom 17. 12. 2001; Asahi shinbun vom 3. 2. 2002.

Japans Parlament und die politische Kultur des Landes, wie die Tageszeitung *Asahi shinbun* kommentierte.⁶

Die Opposition war auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht stark genug, um Koizumi und die LDP parlamentarisch zu stürzen; das zeigte sich zuletzt bei einem Misstrauensvotum am 30. Juli 2002, als 280 Abgeordnete der Regierungskoalition geschlossen die 185 Befürworter des Antrags niederstimmten. Anlass für den Misstrauensantrag war der Vorwurf, Koizumi bewältige die Wirtschaftskrise nicht.⁷ Eine Kabinettsumbildung im Dezember 2002 führte nicht zu wesentlichen Veränderungen. Auch 2003 gibt es keine Alternative zu Koizumi und der LDP.

Lektionen nicht gelernt: „Modell“-Skandale zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Auch unter Junichirô Koizumi, der doch den Neuanfang wagen wollte, ist wieder von Korruptionsskandalen zu berichten, die Japans Politik erschütterten. Das nach wie vor hoch komplexe System der Finanzierung japanischer Politik mit seinen zahlreichen Schlupflöchern verführt immer wieder dazu, besonders umfangreiche Spenden von Interessengruppen an einzelne Politiker über deren Unterstützerorganisationen zu verschleiern. Im Januar 2001 wurde bekannt, dass die offizielle Unterstützerguppe von Shizuka Kamei, dem Chef der politischen Grundsatzabteilung der LDP, drei Jahre lang Spenden von einer Unterorganisation der Japan Medical Association erhalten hatte, die nicht gemeldet wurden. Die Kamei Shizuoka Kôenkai hatte insgesamt 24 Millionen Yen erhalten, davon fünf Millionen Yen im Jahr 1996 und zehn Millionen Yen in den Jahren 1997 und 1998, meldete aber nur eine Million Yen an. Die Unterstützerguppe bezeichnete die fehlende Meldung an das Innenministerium als „Versehen“ und meldete die Beträge rückwirkend.⁸

Der vielleicht schmerzlichste Skandal der letzten Jahre betraf ausgerechnet Beamte des elitären Außenministeriums und führte nach dem Amtsantritt Koizumis zu einer heftigen Kontroverse zwischen der damaligen Außenministerin Tanaka und

6 Vgl. Asahi shinbun vom 13. 7. 2002.

7 Vgl. ebd. vom 30. 7. 2002; Financial Times Deutschland, 31. 7. 2002.

8 Vgl. Asahi shinbun vom 7. 2. 2001; Japan Times/online vom 7. 2. 2001.

ihren Spitzenbeamten. Der Leiter der Abteilung, die im Außenministerium zuständig ist für die Finanzierung offizieller Reisen von Regierungsmitgliedern und wichtigen Politikern, hatte aus dem Reisefonds, der direkt dem Kabinett zur Verfügung steht, erhebliche Summen veruntreut; auch andere Spitzenbeamte sollen sich aus dem Fonds bedient haben, um kostspielige Essen zu finanzieren. Der Abteilungsleiter hatte zwischen 1993 und 1999 einige hundert Millionen Yen aus dem Fonds auf seine Privatkonten überwiesen; eine interne Untersuchung bezifferte die Summen der veruntreuten Gelder auf rund 540 Millionen Yen. Ein Teil davon war zwar später tatsächlich für Auslandsreisen japanischer VIPs verwendet worden, aber mindestens 54 Millionen Yen gab der Karrierediplomat privat für Rennpferde, eine teure Wohnung und Golfclub-Mitgliedschaften aus.⁹ Der Außenminister selbst übernahm formal die Verantwortung für den Skandal und verzichtete als Buße auf sechs Monatsvergütungen (was ihm nicht schwer gefallen sein dürfte, denn er war damals einer der reichsten Politiker Japans); auch andere in die Affäre verwickelte Diplomaten erhielten als Bestrafung Gehaltskürzungen. Eine vollständige Aufklärung des Skandals gelang nicht, denn die Verwicklungen reichten tiefer: Gelder waren als „Aufwandentschädigungen“ üblicherweise auch an die japanischen Botschaften geflossen, die japanische VIPs betreut hatten.¹⁰

Das so genannte „eiserne Dreieck“ der Interessenverflechtung zwischen Ministerialbürokratie, politischer Klasse und Wirtschaftskreisen ist noch längst nicht zerbrochen, d. h., die „Japan, Inc.“ besteht fort: Am 19. Juni 2002 wurde einer der mächtigsten LDP-Politiker, Muneo Suzuki, verhaftet – überraschend an diesem Schritt war nur, dass er nicht schon viel früher erfolgte. Suzuki sollte vor vier Jahren fünf Millionen Yen (41 000 EUR) als Bestechungsgeld von einer Baufirma erhalten haben. Die Baufirma (Bauholz) liegt in seinem Wahlkreis auf Hokkaido, Suzuki soll als Gegenleistung dafür gesorgt haben, dass die Firma den Zuschlag für Bauvorhaben auf einer der russisch besetzten Inseln vor Hokkaido (Kurilen-Insel) erhielt.¹¹ Während der internen Untersuchung im Ministerium räumte der Abteilungsleiter für Europa, der auch für Hilfsprojekte auf den Kurilen zuständig war, eine ungebührliche Rolle Suzukis in der Außenpolitik ein: So habe sich Suzuki gegen eine Verurteilung Russlands bei der Tschet-

schenien-Politik ausgesprochen, das sei eine interne Angelegenheit Russlands; das Außenministerium habe sich der Sichtweise Suzukis gefügt.¹² Suzuki hatte durchaus auch Verdienste vorzuweisen: So setzte er sich massiv für Entwicklungshilfe in Afrika ein – vergaß aber natürlich dabei nicht, Firmen seines Wahlkreises an entsprechenden Hilfsprojekten lukrativ zu beteiligen.¹³ Letztlich wurde seine aktive Entwicklungshilfepolitik ihm aber auch zum Verhängnis: Im Januar 2002 hatte er auf das Außenministerium Druck ausgeübt, zwei Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) von der Afghanistan-Hilfskonferenz auszuschließen; die damalige Außenministerin Tanaka widerrief diese Entscheidung, und die parlamentarische Anhörung zu dem Fall brachte zutage, wie stark (und unkontrolliert) der Einfluss des mächtigen Suzuki auf das Außenministerium und seine Spitzenbeamten war. Im Machtkampf mit Suzuki unterlag die Ministerin Tanaka zwar und musste ihren Hut nehmen, aber der Skandal schwelte weiter. Im März musste das Außenministerium zugeben, dass Suzuki seinen Einfluss rücksichtslos genutzt hatte, um Bauunternehmen aus seinem Wahlkreis Aufträge in mehrfacher Millionenhöhe (US-\$) aus der Entwicklungshilfe zuzuschancen; ein interner Untersuchungsausschuss hatte dieses zweifelsfreie Ergebnis erbracht. Zwei angeklagte Beamte des Außenministeriums machten vor Gericht widersprüchliche Angaben: Einer gab die Einflussnahme zu, ein anderer (enger Vertrauter Suzukis) bestritt die illegale Weitergabe von Informationen an das Handelshaus Mitsui & Co., das auf Kunashiri (Kurilen-Insel) ein Dieselmotorkraftwerk bauen sollte – Mitsui-Mitarbeiter hatten solche Informationen eingeräumt.¹⁴

Suzukis Einfluss auf das Außenministerium gründete auf seiner Funktion als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Unterhaus; auf diesem Posten übte er nicht nur direkten Einfluss auf die japanische Außenpolitik, sondern auch auf die Personalpolitik im Hause aus. Er galt als Spendensammler der Sonderklasse: Seine Kontakte im Außenministerium nutzte er für Baufirmen aus seinem Wahlkreis, im Gegenzug flossen die Spenden. Nach einer Untersuchung der *Yomiuri shinbun* sammelte Suzuki im Jahre 2000 insgesamt 443,5 Millionen Yen an Spenden (ca. 3,5 Millionen EUR) und lag damit auf Rang fünf der LDP-Spendensammler; an der Spitze stand der damalige LDP-Generalsekretär Kato mit 628,1 Millionen Yen.¹⁵

9 Diese Ausgaben wurden möglich, weil der Diplomat mit eigener Kreditkarte von dem Konto abheben konnte. Vgl. *Yomiuri shinbun* vom 2. 2. 2001.

10 Vgl. *Japan Times/online* vom 8. 6. 2001.

11 Vgl. *Far Eastern Economic Review* vom 28. 3. 2002, S. 19.

12 Vgl. *Nikkei* vom 1. 3. 2002.

13 Vgl. *Financial Times Deutschland* vom 27. 3. 2002.

14 Vgl. *Japan Times* und *Asahi shinbun* vom 18. 9. 2002.

15 Vgl. *Far Eastern Economic Review* vom 28. 3. 2002, S. 19.

Jugendphänomene als Symptome gesellschaftlicher Umbrüche

Die neunziger Jahre waren gekennzeichnet durch Versuche der politischen Klasse, die traditionellen Defizite der politischen Kultur Japans zu beseitigen. Die einzelnen Defizite lassen sich in der folgenden Liste zusammenfassen, wobei ein Teil der Mängel auf bewusst ausgeblendete bzw. geduldete Degenerationserscheinungen eines jahrzehntelangen Herrschaftsmonopols nur einer Partei (LDP) zurückzuführen ist:

- Erstarrung in der politischen Klasse;
- Politikverdrossenheit in weiten Teilen der Bevölkerung, besonders unter Jugendlichen;
- Reformunfähigkeit der großen Unternehmen und Verbände;
- Überalterung der Gesellschaft;
- Orientierungslosigkeit der Jugend;
- Strukturelle Arbeitslosigkeit.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auch nur näherungsweise diese Probleme und damit zusammenhängend die gesellschaftlichen Veränderungen Japans – Umbrüche gar – im Einzelnen auszuleuchten. Hier sollen nur drei Phänomene der modernen japanischen Gesellschaft Erwähnung finden, die in den letzten Jahren als Symptome gesellschaftlicher Umbrüche ausgemacht werden konnten: Neben der (hier nur genannten) zunehmenden Überalterung¹⁶ sind es die „frei driftenden Arbeitskräfte“ (*freetâ*) ohne feste Zukunftsperspektive, die ohne feste Bindung zusammenlebenden Doppelverdiener ohne Kinder (*dinks*: „Double income, no kids“) und die „parasitären Singles“ (*parasaito shinguru*), die den japanischen Behörden wachsende Kopfschmerzen bereiten.

Der Begriff *freetâ* ist ein Kunstwort aus „free“ (englisch) und *baitâ* (deutsch: von *arubaitâ* = Arbeiter). Damit werden meist junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bezeichnet, die kurz nach dem Schulabschluss nicht so recht wissen, welchen Lebensweg sie einschlagen sollen, die aber sicher sind, nicht auf eine Universität zu wollen. Sie schlagen sich mit Gelegenheitsjobs durch

und „driften“ in der Disco-Szene und/oder im japanischen „underground“. Das japanische Erziehungsministerium ist so besorgt über diese Entwicklung, dass es eine eigene Abteilung gegründet hat, die in den Oberschulen des Landes Karriereinformation betreibt, um den Schülerinnen und Schülern Orientierungshilfen zu geben.¹⁷

Ein weiteres Phänomen erkennbarer gesellschaftlicher Veränderung (gemessen an „traditionellen“ Werten) ist das Aufkommen von so genannten *dinks*, jungen Paaren, die ohne feste (d.h. administrative) Bindung zusammenleben, wie dies schon länger aus den USA und Europa bekannt ist. Besonders in den Großstädten Japans ist diese Lebensform verbreitet und trägt auch dazu bei, die Kluft zwischen bäuerlichen, traditionellen Lebensweisen und großstädtischen Lebensformen zu vertiefen: Der Bruch verläuft jetzt nicht mehr nur zwischen unterschiedlichen wirtschaftlichen Existenzbedingungen, sondern auch zwischen Wertvorstellungen und Generationsunterschieden – zunehmend vergreisende dörfliche Gesellschaften gegen jüngere städtische Generationen.

Die „parasitären Singles“ sind „junge Männer und Frauen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die auch als Erwachsene noch bei ihren Eltern leben und ein sorgenfreies Leben als Singles genießen“. Entgegen der Auffassung des japanischen Wortschöpfers¹⁸ gibt es dieses Phänomen auch z. B. in Deutschland und in Italien („Hotel Mamma“), aber in Japan ist es rein quantitativ stärker ausgeprägt und die jungen Leute sind hier materiell weit besser gestellt als ihre europäischen Altersgenossen. Es wird geschätzt, dass 1995 bereits mindestens zehn Millionen junge Frauen und Männer dieser Gruppe zuzurechnen waren, 2000 überstieg die Zahl bereits zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Die „parasitären Singles“ verfügen in der Regel über ein hohes persönliches verfügbares Einkommen, können sich kostspielige Reisen und den Kauf von Konsumgütern aus dem höchsten Segment leisten. Die Eltern haben den wirtschaftlichen Erfolg Japans nach dem Krieg begründet bzw. fortgeführt, ihre Kindergeneration vermeidet die exorbitant hohen Wohnungs- und Grundstückskosten, verfügt dadurch über hohe Einkünfte (die für eine Wohnung o. ä. nicht ausreichen würden) und genießt zu einem hohen Prozentsatz den täglichen Luxus, den die japanische Gesellschaft bietet. Die Gründung einer Familie würde sie jener Vorteile berauben, die ein

16 Die Wachstumsrate der japanischen Bevölkerung ist kontinuierlich rückläufig: 1950 bis 1955 lag der Zuwachs bei 0,9 bis 1,5 Prozent, zwischen 1995 und 2000 war sie auf de facto null Prozent gesunken, für 2020 bis 2025 ist mit einem Minuswachstum von –0,6 Prozent zu rechnen. Vgl. FAZ vom 14. 6. 2002.

17 Vgl. JSPS (Japan Society for the Promotion of Science), Newsletter, (Herbst 2002) 46, S. 4.

18 Vgl. Masahiro Yamada, The Growing Crop of Spoiled Singles, in: Japan Echo, (2000) 6, S. 49.

Leben bei den Eltern bietet – mit der Folge, dass die japanische Geburtenrate stetig sinkt.¹⁹

Es gibt aber auch eine andere, weit schwerer wiegende Begründung dafür, dass junge Menschen nach der Ausbildung auch weiter bei ihren Eltern wohnen: die wachsende Jugendarbeitslosigkeit. Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist diese Rate steil angestiegen und liegt seit 1999 bei unverändert zehn Prozent für junge Menschen unter 25 Jahren und übersteigt damit deutlich die Rate z. B. in den USA.²⁰

Wirtschaftsprobleme ungelöst

Im Jahr 2002 und noch 2003 blieben wesentliche Reformvorhaben ungelöst, die Banken schreiben immer noch rote Zahlen. Die Finanzaufsicht (Financial Services Agency: FSA) widersetzt sich den Plänen der Regierung, die Banken durch öffentliche Gelder zu entlasten, etwa durch den Ankauf von Wertpapieren aus den Portfolios der Banken, um deren Bilanzen zu bereinigen. Dieser Vorschlag kam überraschend aus der Zentralbank (BoJ). Die belasteten Banken halten Wertpapiere in Höhe von insgesamt umgerechnet 200 Milliarden US-\$, die sie als Sicherheiten akzeptiert hatten, eine gezielte Aufkaufaktion hätte ihren Wert nach oben stabilisieren können. Kritiker sahen jedoch in dem Vorstoß der BoJ nur einen Versuch, die Bilanzen der Banken zu schönen.²¹ FSA-Chef Yanagisawa hat sich stets gegen den Einsatz öffentlicher Gelder für die Bankensanierung ausgesprochen,²² aber auch seine Ablösung brachte keine wesentliche Wende. Ungelöst blieb auch die Frage einer weitgehenden Privatisierung der Postdienste, allen voran der Postbank und -versicherung. Die öffentlichen Unternehmen, vor allem die Autobahnverwaltung, sind noch immer nicht reformiert; als Auftraggeber für staatliche Bauvorhaben verteilen sie immer noch gewaltige Summen für Projekte, die sinnlos erscheinen und nur der Baulobby Profite bringen.²³ Dennoch gab es im Juli 2002 erste Anzeichen für eine vorsichtige wirtschaftliche Trendwende: Für das Haushaltsjahr 2002 (bis 31. März 2003) wurde zwar mit einem Minuswachstum von 0,6 Prozent gerechnet, aber ab März 2003 konnten Zuwächse um 1,2 Prozent erwartet werden. In der Tankan-Umfrage (Bank

of Japan) vom Juli 2002 zeigten die Unternehmen wieder einen gewissen Optimismus, vor allem in der verarbeitenden Industrie.²⁴ Wesentliche wirtschaftspolitische Ziele konnte Koizumi aber nicht durchsetzen. Seine innerparteilichen Gegner, die „Kräfte des Widerstandes“, wie Koizumi sie nennt, verhinderten eine weitere Haushaltskonsolidierung, indem die Koalition sich auf Steuersenkungen für 2003 einigte – entgegen dem Rat einer von Koizumi eingesetzten Expertengruppe. Diese hatte das genaue Gegenteil, nämlich Steuererhöhungen und eine Verbreiterung der Steuerbasis empfohlen.²⁵ Herausragends Beispiel für das Scheitern wichtiger Reformvorhaben ist das Gesetz zur „Privatisierung“ der Postdienste: Zwar wurden die Zustellerdienste für private Anbieter geöffnet, aber die gigantischen Einlagen in Postbank und Postversicherung bleiben weiter unter staatlicher Kontrolle. Die Postbank-Einlagen belaufen sich auf umgerechnet 3 130 Milliarden EUR, die höchste Einlage an verfügbaren Mitteln weltweit – die LDP und ihre Regierung hat damit Zugriff auf die Guthaben in der größten Bank der Welt. Mit 25 000 Postämtern und ihren 150 000 Postbediensteten ist die Post die vielleicht wichtigste Machtbasis der LDP, die Post-Angestellten organisieren Wahlunterstützung für die größte Regierungspartei, sorgen für kräftiges Spendenaufkommen und stellen eine schlagkräftige Basisorganisation.²⁶

Beobachter unterstellen sogar, dass sich die Betonköpfe unter den Ministerialen inzwischen der Reformvorstellungen Koizumis bedienen, um Ziele zu unterlaufen. So fordert das Finanzministerium als Ausgleich für mögliche Steuersenkungen in 2003, spätere Anhebungen an anderer Stelle. Immerhin konnte Junichirō Koizumi im März 2002 einen Haushalt durchsetzen, der bei öffentlichen Ausgaben Kürzungen in Höhe von zehn Prozent vorsah. Auch setzte er sich von seinen Vorgängern ab, indem er sein erstes Kabinett vollständig nach eigenen Maßstäben zusammensetzte, d. h. sich nicht dem Drängen der Parteibosse bei der Personalauswahl fügte. Der „Council on Economic and Fiscal Policy“ entwickelte sich unter ihm zu einem recht eigenständigen Think Tank des Regierungschefs, konnte aber den übermächtigen Wissensvorsprung der Elitebürokratie und der Seilschaften in der LDP nicht aufwiegen.²⁷

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. Yuji Genda, Don't Blame the Unmarried Singles, in: ebd., S. 54 ff.

21 Vgl. Financial Times/Japan Times vom 19. 9. 2002.

22 Vgl. ebd. Vom 30. 9. 2002.

23 Vgl. Economist vom 7. 9. 2002, S. 61.

24 Vgl. Ichiko Fuyuno, Turning the Corner, in: Far Eastern Economic Review vom 25. 7. 2002, S. 44.

25 Vgl. Financial Times Deutschland vom 14. und 18. 6. 2002.

26 Vgl. Eugene Matthews, Koizumi's phoney reforms, in: Financial Times vom 1. 8. 2002.

27 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 2. 5. 2002, S. 17/18.

Außenpolitische Überraschungseffekte und eine sicherheitspolitische Umorientierung

Am 17. September 2002 landete Junichirō Koizumi einen außenpolitischen Coup: Nach überaus diskreter Vorbereitung traf der japanische Regierungschef mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-il in Pyōngyang zusammen. Bei dem eintägigen Treffen gab Kim zu, dass in der Vergangenheit durch nordkoreanische Geheimdienste mindestens elf Japaner und Japanerinnen entführt worden seien, acht von ihnen sind inzwischen verstorben. Die Entführten mussten Agenten in Nordkorea in Japanisch und japanischen Lebensformen unterweisen. Hinterbliebene der Opfer vermuten, dass die Verstorbenen von Geheimdienstmitarbeitern liquidiert wurden, nachdem sie ihren „Zweck“ erfüllt hatten – auffällig ist, dass die Toten erst zwischen 20 und 30 Jahren alt waren, als sie starben. Der nordkoreanische Machthaber entschuldigte sich ausdrücklich für diese Verbrechen, obwohl er betonte, die Entführungen seien ohne Wissen der Führung auf Initiative der Geheimdienste erfolgt.²⁸

Die wirkliche Umorientierung der japanischen Politik aber war schon im September 2001 erfolgt: Erste Reaktionen japanischer Regierungsstellen auf die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 kamen vergleichsweise schnell: Die Notfallzentrale (Crisis Management Center, CMC) beim Amt des Ministerpräsidenten war in Alarmbereitschaft, weil tags zuvor ein schwerer Taifun große Überschwemmungen ausgelöst hatte. Innerhalb von Minuten informierte das CMC den Kabinettsstaatssekretär Fukuda sowie andere Politiker und Spitzenbürokraten, die für eben solche Notfälle führende Positionen einnehmen. Der Nationale Sicherheitsrat (NSR) wurde einberufen und formulierte unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine scharfe Verurteilung der Terrorangriffe; unmittelbar anschließend versicherte Koizumi den USA, Japan werde fest an der Seite seines Bündnispartners stehen. Diese feste Haltung wurde durch die Tatsache, dass Koizumi erst zwei Tage später mit Präsident Bush telefonierte, ein wenig entwertet. Damit wich der japanische Regierungschef deutlich von den NATO-Partnern Amerikas ab, die schon wenige Stunden nach den Anschlägen persönlich mit dem US-Präsidenten gesprochen und ihr Beileid bekundet hatten. Das lange Zögern Koizumis wurde später in der japanischen

Presse scharf kritisiert. Am 14. September trat Koizumi vor dem Internationalen Presseclub auf und machte in seiner Ansprache deutlich, wie sehr die japanischen Reaktionen von verfassungsrechtlichen Einschränkungen beeinflusst seien. Diese Rückzugshaltung löste in Washington Empörung aus, die amerikanische Regierung erinnerte sich sofort an die japanische Haltung während des Golfkriegs 1991 – das „Gespenst“ der japanischen Golfkriegs-Demütigung erschien in den folgenden Wochen immer wieder in Kommentaren sowohl in den USA als auch in japanischen Medien.

Schon wenige Tage nach dem Anschlag bezog die Regierung Koizumi auch militärische Maßnahmen in das Bündel denkbarer Optionen Japans ein. Der politischen Führung musste dabei klar gewesen sein, dass sie mit dieser Planung die Jahrzehnte lang unantastbare Doktrin des Verzichts auf kollektive militärische Operationen durchbrach: Die USA hatten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie den Kampf gegen den islamischen Terrorismus als multinationale Aufgabe eines breiten internationalen Bündnisses unter amerikanischer Führung betrachteten. Koizumi kündigte am 18. September an, dass Japan Kriegsschiffe als Bündnismaßnahme entsenden würde, wenn sich die USA zu militärischen Schlägen gegen Terrororganisationen (wo auch immer) entschließen würden. Bereits zu diesem Zeitpunkt äußerte die japanische Regierung die Absicht, mindestens einen der vier Aegis-Zerstörer, über welche die japanische Marine (Maritime Self Defence Forces: MSDF) verfügt, sowie Tender und Transportschiffe in den Indischen Ozean zu beordern, um für die US-Marine Nachrichtenaufklärung und logistische Unterstützung zu betreiben.

Eine prominentere Rolle für die japanische Armee im pazifischen Raum stieß bis dahin stets auf erbitterten innenpolitischen Widerstand in Japan selbst, aber auch auf harsche Kritik aus den Nachbarländern China und den beiden Koreas. Japans militärische Teilnahme an der Anti-Terror-Allianz des US-Präsidenten Bush wurde nach den unfassbaren Ereignissen vom 11. September aber kaum kritisiert; nur in manchen südkoreanischen Medien wurde murrend festgestellt, die japanische Regierung habe es ein wenig eilig damit, eine neue militärische Rolle zu übernehmen. Nach der Verabschiedung des neuen SDF-Gesetzes warnte lediglich die (einflussreiche) *Chosun Ilbo* schärfer davor, dass die Gesetzesänderung eine Grundlage bilden könnte, die Friedensverfassung Japans auszuhöheln.²⁹

28 Vgl. Economist vom 7. 9. 2002, S. 12; Far Eastern Economic Review vom 26. 9. 2002, S. 24.

29 Vgl. Japan Times/online vom 30. 10. 2001; Newsweek vom 15. 10. 2001, S. 47; SDF = Self Defence Forces.

Die Gesetzesänderung wird langfristig Folgen haben, die gegenwärtig noch nicht abzusehen sind: Weit über ein (möglicherweise nur symbolisches) Engagement in der Anti-Terror-Allianz hinaus könnten die USA auch eines Tages ein japanisches Eingreifen in einem denkbaren Konflikt um Taiwan einfordern – die Guidelines zur Ausfüllung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages sind gerade in der Definition der geographischen Gültigkeitsbereiche des Vertrages äußerst vage: Zu den „(See)gebieten in der Nähe Japans“, wäre von Okinawa (Ryūkyū-Inseln) aus gesehen auch die Taiwan-Straße zu zählen.³⁰ Wenn sich die militärischen Auseinandersetzungen über einen längeren Zeitraum hin erstrecken, geht Koizumi auch innenpolitisch ein großes Risiko ein: Aus der grundsätzlichen Zustimmung zu seinem Vorgehen³¹ könnte schnell Ablehnung werden, wenn die Bündnisaktivitäten wirtschaftliche Erholungsstrategien gefährden. Koizumi braucht eine hohe Zustimmungsrate für sein politisches Handeln, um die versprochenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung umsetzen zu können. Eine einseitige Konzentration auf gesetzliche Maßnahmen zur Ausfüllung der Bündnisrolle prägte die ablaufende außerordentliche Session beider Häuser und beherrschte die darauf folgende ordentliche Sitzungsperiode.³²

Die US-Regierung hatte bereits kurz nach den Terrorangriffen bei der japanischen Regierung vorgefühlt, ob Tokyo bereit wäre, logistische Unterstützung zu geben, wenn die USA mit Gegenschlägen gegen Länder beginnen würden, die Terroristen beherbergen. Vize-Verteidigungsminister Richard Armitage hatte mit dem japanischen Botschafter in Washington gesprochen und

dabei angeregt, Marineeinheiten der SDF könnten Versorgungsaufgaben übernehmen.³³ Offiziell wurden die Gespräche zwischen dem japanischen Botschafter und dem stellvertretenden US-Außenminister nicht bestätigt, aus Sorge darüber, dass sie als amerikanischer Druck auf Japan ausgelegt werden könnten.³⁴ „Gut informierte Kreise“ wollen jedoch wissen, dass Armitage darauf gedrängt habe, Japan solle „deutlich sichtbar“ seine Bündnistreue zeigen, jedoch wolle die amerikanische Regierung kein offizielles Hilfsersuchen an Tokyo richten; nachdrücklich habe Armitage aber an die demütigende Rolle Japans im Golfkrieg erinnert.³⁵ Der stellvertretende Kabinettsstaatssekretär Shinzō Abe hatte schon im September betont, Japan werde an der Seite der USA als Verbündeter aktiv, im Unterschied zu z. B. Indien, Russland und China, die Unterstützung zugesichert haben, aber nicht als Verbündeter der USA agieren. Abe betonte jedoch erneut, dass die Formulierung aus den Guidelines „Gebiete, die Japan umgeben“ (und in denen der Sicherheitsvertrag Anwendung findet) kein geographischer Begriff sei, Japan würde nicht „rund um die Welt gehen“, um US-Militär zu unterstützen. Alle japanischen „support operations in the areas surrounding Japan“ sind gedeckt durch die Guidelines, die 1997 festgelegt und 1999 im japanischen Parlament verabschiedet wurden. Die japanische Regierung machte sich damit die Auffassung des damaligen Verteidigungsministers Nakatani zu eigen, der das Bündnis mit den USA weit auslegte, nachdem er zuvor noch ausgeschlossen hatte (Koizumi), dass etwaige Krisen im Mittleren Osten oder im Indischen Ozean den Bündnisfall auslösen könnten.³⁶

30 Vgl. Newsweek vom 15. 10. 2001, S. 47.

31 Am 25. September stimmten 70 Prozent der Bevölkerung dem Einsatz der SDF zu; vgl. Nikkei vom 25. 9. 2001.

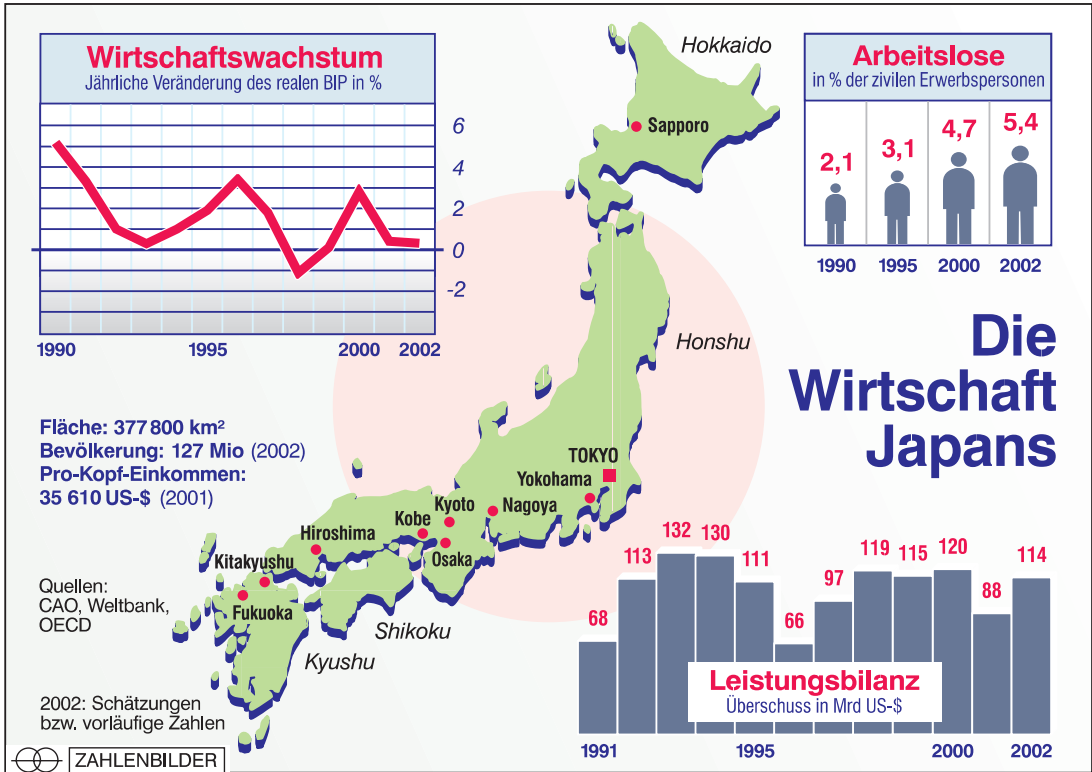
32 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 4. 10. 2001, S. 32.

33 Vgl. Mainichi Daily News/online vom 20. 9. 2001.

34 Vgl. Japan Times/online vom 19. 9. 2001.

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. ebd. vom 17. und 19. 9. 2001; The Daily Yomiuri/online vom 17. 9. 2001; Mainichi Daily News/online vom 18. 9. 2001.



Das Dreiecksverhältnis zwischen den USA, der VR China und Taiwan

Werden die rasanten Veränderungen auf der internationalen politischen Bühne, bei denen – wie der Irak-Krieg gezeigt hat – die USA eine entscheidende Rolle spielen, einen Einfluss auf das Verhältnis zwischen der VR China und Taiwan haben? Da die bilateralen Beziehungen bedeutend für die asiatisch-pazifische Region sind, ein Konflikt in der Taiwanstraße eine chinesisch-amerikanische Konfrontation heraufbeschwören und damit Sicherheit und Stabilität in der Region gefährden könnte, erscheint eine nähere Betrachtung dieses Konflikts und seiner Implikationen notwendig.

Die Position Taiwans

Seitdem Chen Shui-bian von der Democratic Progressive Party (DPP) im Mai 2000 zum Präsidenten Taiwans gewählt wurde, sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern stabil. Dies ist nicht zuletzt auf seine Antrittsrede und seine erklärte Absicht, Präsident des gesamten Volkes werden zu wollen, zurückzuführen.¹ Die Zustimmung der Öffentlichkeit ist dadurch gewachsen. Obwohl kleinere Streitigkeiten fort dauern, ist seit April 2002 eine deutliche Veränderung der bilateralen Beziehungen zu beobachten. Als Wendepunkt ist der Besuch des Vizepräsidenten der VR China, Hu Jintao, in den USA anzusehen.²

Dreh- und Angelpunkt des gesamten Konflikts ist das „Ein-China-Prinzip“,³ dem Taiwan nach chinesischer Lesart nur zustimmen muss. Die realpolitische Ausgestaltung dieses Prinzips wäre dann auslegbar, was auf Chinesisch als „Ein China mit beliebiger Interpretation“ bezeichnet wird. Mit anderen Worten: Erkennt Taiwan das „Ein-China-

Prinzip“ an, kann über alles geredet werden, z. B. auch über die konkrete Ausgestaltung der Verteidigungs- und Außenpolitik der Inselrepublik. Beijing will auf diese Weise den Anschein der territorialen Integrität des chinesischen Staates wahren.

Dies lehnt die Regierung der Republik China auf Taiwan (im Folgenden: Taiwan) jedoch ab. Taipei fordert, ohne Vorbedingungen über alles zu verhandeln – und zwar auch über das „Ein-China-Prinzip“.⁴ Ein Beispiel ist die Problematik der „Three Links“:⁵ Hierbei geht es im Kern um die Frage, wer als Repräsentant für die jeweilige Gegenseite akzeptabel ist. Beijing insistiert darauf, dass die Verhandlungen von privaten Gesellschaften geführt werden, um den innenpolitischen Charakter zu unterstreichen; dies entspräche dem „Ein-China-Prinzip“. Die taiwanesischen Seite besteht hingegen darauf, dass offizielle Regierungsvertreter miteinander verhandeln. Taiwan möchte als gleichberechtigter Partner der VR China gelten und nicht als bloße Provinzregierung in den Verhandlungsprozess eintreten. Diese scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze haben dazu geführt, dass die Gespräche bis heute nicht wieder aufgenommen wurden. Daher gibt es immer noch keine direkte Verbindung zwischen China und Taiwan. Der Güter- und Personenverkehr muss über Hongkong oder Macao abgewickelt werden.

Im April 2002 hat die Regierungspartei DPP zugestimmt, dass Chen Shui-bian neben dem Amt des Präsidenten auch den Posten des Parteichefs übernimmt; seit dem 1. August vergangenen Jahres hat er den Vorsitz inne.⁶ Dieser Schachzug ist natürlich

1 Vgl. http://www.future-china.org/spcl_rpt/vote2000/2000b52001.htm.

2 Siehe dazu auch die Ausführungen im Text auf S. 17 und S. 22.

3 Vgl. Weißbuch der KP China zum Ein-China-Prinzip und der Taiwan-Frage, in: United Daily vom 22. Februar 2000, S. 14 und 39; Beijing's gesture towards DPP just a diplomatic trick. Recognizing „one China“ principle still precondition for resuming, in: Taiwan News vom 2. Mai 2002, S. 9; China's premier insists on dialogue „one China“, in: Taiwan News vom 3. Juni 2002, S. 1.

4 Neujahrsansprache von Präsident Chen, in: China Times vom 1. Januar 2001, S. 2; Taiwans Vizepräsidentin Lu Shui-lian: „Ein China ist ein Thema aber nicht eine Vorbedingung“, in: China Times vom 17. Februar 2002, S. 11. Vgl. United Daily vom 3. August 2002, S. 4; As Beijing eases up, Taipei presses its separate identity, in: International Herald Tribune (IHT) vom 3. August 2002, S. 1.

5 „Three Links“ (San Tong) heißt Handels-, Post- sowie Güter- und Personenverkehr. Da die Probleme in den ersten beiden Feldern bereits weitestgehend gelöst wurden, bleibt nur noch die Frage der Transportverbindungen. Vgl. Onlineausgabe der China Times vom 1. Juli 2002 und 4. Juli 2002.

6 Vgl. United Daily vom 21. April 2002, S. 1 sowie China Times vom 21. April 2002, S. 1.

innenpolitisch begründbar,⁷ aber die außenpolitische Stoßrichtung dürfte vielleicht noch wichtiger sein. Aufgrund des „Ein-China-Prinzips“ oder – mit anderen Worten – der Politik der Nichtanerkennung Taiwans durch die meisten Staaten der Welt sind für hochrangige Politiker der Inselrepublik Reisen ins Ausland beinahe unmöglich.⁸ In der Rolle des Parteivorsitzenden kann Präsident Chen jedoch nun Außenpolitik betreiben, um so Taiwans internationale Lage zu verbessern.⁹ So kann Chen zwar nicht in seiner Funktion als Präsident, aber als Parteivorsitzender beispielsweise an internationalen Parteikongressen teilnehmen oder – noch wichtiger – den USA einen Besuch abstatten, zumindest solange der Gastgeberstaat dem Druck aus Beijing trotzt. Deswegen ist der Status des Parteivorsitzenden für Präsident Chen und die DPP so entscheidend.

Chen ist bereits zweimal in den USA gewesen. Beide Male verband er Besuche bei diplomatischen Verbündeten Taiwans in Mittelamerika mit einem Transitaufenthalt in den USA. Als er im August 2000 – noch während der Präsidentschaft von Bill Clinton – zum ersten Mal einen Transitstopp in den USA einlegte, blieben amerikanische Politiker ihm gegenüber auf Distanz.¹⁰ Aber die Zeiten ändern sich. Bei seinem zweiten Transitstopp in den USA im Mai 2001 – inzwischen war Bush zum Präsidenten gewählt worden – suchten diese Kontakt zu ihm.¹¹

Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Washington nunmehr die Beziehungen zu Taiwan verbessern will. Da die USA das „Ein-China-Prinzip“ anerkennen, ist ein offizieller Besuch des taiwanesischen Präsidenten in Washington ausgeschlossen. Nun aber, angesichts der freundlicheren Haltung der Bush-Administration, hofft die taiwanesischen Seite, dass ein Besuch Chens in den USA in seiner Rolle als Parteivorsitzender eher möglich ist. Mittels eines solchen außenpolitischen Erfolges hofft Chen, innenpolitisch punkten zu können und seine Wiederwahl zu sichern; denn die komplizierte innenpolitische Lage in Taiwan verspricht

momentan kaum Erfolge. In dieser Frage gibt es einen parteiübergreifenden Konsens: Auch der Besuch von Chens Amtsvorgänger Lee Teng-hui in den USA 1995 wurde von der Regierung dazu benutzt, um die Zustimmung zur eigenen Politik zu erhöhen. Dies veranlasste die chinesische Seite 1996, die Raketenkrise in der Taiwanstraße auszulösen.¹²

Eine heftige Reaktion seitens der VR China auf einen eventuellen Besuch Chens in den USA würde diesem die Chance geben, Beijing zu dämonisieren und Sympathien im In- und Ausland zu gewinnen. Hielte China hingegen still, ließe sich dies als außenpolitischer Erfolg verkaufen. Beide Szenarien könnten sich günstig auf Chens Chancen für eine Wiederwahl auswirken; somit kann er in jedem Fall nur gewinnen. Dieses Kalkül ist aber nur solange richtig, wie die VR China Taiwan nicht wirklich militärisch angreift.

Im März 2004 finden die nächsten Präsidentschaftswahlen in Taiwan statt. Je näher der angestrebte USA-Besuch von Parteichef Chen an diesem Termin liegt, desto besser dürften seine Chancen auf eine Wiederwahl sein. Auch hier steht die Strategie von Vorgänger Lee Pate: Sobald China Taiwan militärisch bedroht, kann der jeweilige Amtsinhaber mit verstärkter Unterstützung an der Wahlurne rechnen. Das Amt des Parteivorsitzenden hat Präsident Chen schon inne; er wartet nur noch auf „grünes Licht“ aus Washington.

Chinas damaliger Präsident Jiang Zemin hat in der ersten Aprilhälfte 2002 neben anderen Ländern auch die Bundesrepublik Deutschland und den Iran besucht.¹³ Er versuchte auf diese Weise, einerseits den Beziehungen zu Deutschland stärkeres Gewicht zu verleihen und andererseits die Beziehungen mit den so genannten „Schurkenstaaten“ zu vertiefen. Dies war als klare Warnung an die USA zu verstehen. Zwei Wochen später stattete Jangs Stellvertreter, der heutige Präsident Hu Jintao, Singapur und Washington einen Besuch ab; dies war eine eindeutige Herabsetzung der USA, da die Supermacht Nummer eins nur von dem Stellvertreter Jangs und erst nach dem kleinen Singapur besucht wurde.¹⁴ Die Reise Jangs nach Deutschland und in den Iran dürfte von Washington als Warnung aufgenommen worden sein, bei der Unterstützung Taiwans nicht zu weit zu gehen. Dies könnte die US-Regierung dazu veranlassen,

7 Vgl. United Daily vom 4. März 2002, S. 2; United Daily vom 21. April 2002, S. 2; United Daily vom 4. März 2002, S. 1; China Times vom 9. April 2002, S. 4.

8 Taiwan unterhält nur mit 27 Klein- bis Ministaaten auf der Welt diplomatische Beziehungen, wie z. B. Vatikan, Burkina Faso und Saint Christopher. Vgl. http://www.mofa.gov.tw/mofadb/?Mival=View_embassy_eng_test.

9 Das „Ein-China-Prinzip“ Beijings ist vergleichbar mit der Hallsteindoktrin der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren.

10 Vgl. China Opposes US Allowing Chen Shui-Bian to Make Stopover, in: Central Daily News vom 8. Mai 2000, S. 10. (http://fpeng.peopledaily.com.cn/200008/07/eng20000807_47532.html).

11 Vgl. China Times vom 23. Mai 2002, S. 1; Fanfare and Protest Greet Chen in U.S., in: IHT vom 23. Mai 2001, S. 5.

12 Vgl. Lee Teng-Hui's Visit to Cornell Draws Protest from Chinese Students, zu finden unter: http://fpeng.peopledaily.com.cn/200106/28/eng20010628_73739.html. asia.cnn.com/SPECIALS/2000/taiwan.election/stories/lee.profile//

13 Vgl. <http://news.sohu.com/11/29/subject148432911.shtml>; <http://news.sina.com.cn/z/jzm5n/index.shtml>.

14 Vgl. <http://www.epochtimes.com/b5/nf2689.htm>; http://www.chengmingmag.com/new_page_253.htm.

wieder etwas mehr auf Distanz zu Taiwan zu gehen.

Präsident Chen hat in einem Interview mit „Newsweek International“ mehrmals betont, dass Taiwan ein unabhängiger Staat sei. Dabei hat er auch das Bush-Zitat von der „Republic of Taiwan“ in den Mund genommen.¹⁵ Das Weiße Haus hatte diesen Versprecher des US-Präsidenten zwar korrigiert, aber auf der offiziellen Website blieb das Zitat stehen. Dies lässt natürlich Raum für Spekulationen. Laut amerikanischen Experten stieß die Verwendung des von Chen benutzten Bush-Zitats in Washington auf große Überraschung.¹⁶ Wäre dies alles vor dem Besuch Hu Jintaos geschehen, wären die Auswirkungen nicht so gravierend gewesen. Aber da das Interview unmittelbar nach dem Besuch Hus in den USA geführt wurde, bei dem der Gast aus Beijing den Amerikanern bedeutet hatte, dass die VR China den USA bei deren Irakk-Ambitionen keine Hindernisse in den Weg legen werde, war die Verärgerung im Weißen Haus groß. Dieser Querschuss aus Taipei kann als Grund für die erneute Entfremdung zwischen den USA und Taiwan angesehen werden.

Taiwan steht unter den Handelspartnern der USA an zehnter Stelle, der Demokratisierungsprozess der vergangenen Jahre ist im Westen sehr positiv aufgenommen worden, und die Inselrepublik ist darüber hinaus auch ein wichtiger Stützpfiler in der Eindämmungspolitik der USA gegenüber der VR China. Tatsächlich gleicht die Insel einem mächtigen Damm, der die Machtausdehnung Beijing in den pazifischen Raum hinein verhindert. Aber sobald die USA Unterstützung von der VR China brauchen – wie etwa gegen den Irak –, vermindert sich das Gewicht Taiwans im außenpolitischen Kalkül Washingtons immens. Sollte Washington das „Irak-Problem“ lösen, dürfte die Bedeutung Chinas für die US-Außenpolitik jedoch wieder sinken. Taiwan würde sich dann wiederum zu einem wichtigen Faktor in der Eindämmungspolitik gegenüber der VR China entwickeln. Der Irak-Krieg und dessen Konsequenzen stellen somit einen neuen und besonderen Faktor im bestehenden Kräfteverhältnis zwischen Washington, Beijing und Taipei dar. Die genaue Ausgestaltung dieses Dreiecks ist nur von einer internationalen, geostrategischen Warte aus zu verstehen.

Dass Beijing in den vergangenen Jahren Taiwan mit seinen Drohungen keinen großen Schaden zugefügt hat, führte in der Inselrepublik zu dem Glauben, dass zum einen ein militärischer Angriff

seitens der VR China immer unwahrscheinlicher sei und zum anderen im Falle eines Angriffes eine Intervention der USA schnell erfolgen werde.¹⁷ Angesichts der wirtschaftlichen Anziehungskraft, die Taiwan auf die VR China ausübt, versucht die Regierung in Taipei, die Unabhängigkeitstendenzen in der taiwanesischen Bevölkerung dafür zu nutzen, sich von China abzugrenzen. Unter diesen Vorzeichen wird die Taiwanisierungspolitik weiter vorangetrieben, welche die eigene kulturelle Identität betonen soll, wie z. B. durch die Änderung von ganzen Absätzen in Schulbüchern.¹⁸

Seit Mai 2000, als die DPP die Macht übernahm, hat sich die Wirtschaftslage Taiwans sowohl aufgrund innenpolitischer Instabilitäten als auch durch die weltweite Rezession verschlechtert. Dies hat im Jahre 2001 zum ersten negativen Wirtschaftswachstum (minus 2,18 Prozent) seit Jahrzehnten geführt.¹⁹ Außerdem haben viele große Unternehmen das Vertrauen in die Regierung verloren. Obwohl im Jahr 2002 das Wachstum wieder auf 3,54 Prozent gestiegen ist, haben viele einheimische Firmen ihre Produktion ins Ausland verlagert. Dies hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in Taiwan auf eine Rekordhöhe von 5,17 Prozent gestiegen ist.²⁰

Nach amtlichen Statistiken ist das Außenhandelsvolumen im Jahr 2001 auf 230 Milliarden US-Dollar gefallen (minus 20 Prozent zum Vorjahr), der Export ist auf 123 Milliarden US-Dollar gesunken (minus 17 Prozent) und der Import auf 107 Milliarden US-Dollar (minus 23 Prozent).²¹ Der Außenhandelsüberschuss betrug 15,6 Milliarden US-Dollar (plus 88,9 Prozent), weil der Import noch stärker abgenommen hat als der Export. Daraus wird ersichtlich, dass die Reduzierung der Nachfrage und des Konsums bzw. der öffentlichen Investitionen und Ausgaben zu einer massiven Schrumpfung des Importvolumens geführt hat.

Im Jahre 2002 hat sich die Situation etwas gebessert. Alle oben genannten Zahlen sind im Durchschnitt um etwa 5 Prozent, der Außenhandelsüberschuss ist sogar um 15,6 Prozent auf 18,1 Milliarden US-Dollar gestiegen.²² Der Überschuss im chinesisch-taiwanesischen Handel betrug im gleichen Jahr 25,1 Milliarden US-Dollar (plus 38,3

15 Vgl. John Tkacik, Washington-Taipei Relations after the Hu Jintao Visit, 31th Sino-American Conference, Taipei, 3.–4. Juni 2002, S. 5.

16 Vgl. ebd.

17 Während der Raketenkrise 1996 hat Washington zwei Flugzeugträger in die Nähe Taiwans entsandt. Vgl. Taiwan Strait, 21 July 1995 to 23 March 1996, zu finden unter:

http://www.globalsecurity.org/military/ops/taiwan_strait.htm.

18 Vgl. IHT vom 8. März 2002, S. 1.

19 Vgl. <http://www.dgbas.gov.tw/dgbas03/bs4/news/t01.xls>.

20 Vgl. http://www.dgbas.gov.tw/dgbas03/bs8/world/i_soccc3.xls.

21 Vgl. http://cus.trade.gov.tw/cgi-bin/pbisa60.dll/customs/uo_o_roc/of_o_fsr10_report?

22 Vgl. ebd.

Prozent). Das sind 7 Milliarden US-Dollar mehr als der Gesamtüberschuss Taiwans.²³ So ist offensichtlich, dass die VR China für Taiwan wirtschaftlich immer bedeutender wird. Es ist ein sehr bemerkenswerter Umstand, dass der Handel trotz politischer Konfrontation floriert.

Nach dem Eintritt Taiwans in die Welthandelsorganisation (WTO) wird das Handelsvolumen mit China voraussichtlich weiter steigen, was die Abhängigkeit Taiwans vom Festland erhöht. Dieser Prozess kann aber gleichzeitig dazu führen, dass Taiwans Außenhandelsüberschuss aufgrund einer Steigerung der Importe vom Festland (wie z. B. Agrarprodukte) langsam abnimmt. Alles in allem bedeutet die Verschlechterung der Wirtschafts- und Handelslage eine immense Herausforderung für die Inselrepublik, die sich destabilisierend auswirkt. Gleichzeitig könnte der verstärkte Handel sich aber als stabilisierender Faktor für die Situation in der Taiwanstraße erweisen.

Die Position Chinas

In den vergangenen Jahren hat Beijing den Druck auf Taiwan beständig aufrechterhalten. Dies liegt zum einen am chinesischen Nationalismus. Zum anderen steht dahinter die Befürchtung, dass durch eine Unabhängigkeit Taiwans separatistische Tendenzen in der VR China Auftrieb erhalten, was – gleichsam in einer Kettenreaktion – zum Auseinanderbrechen des chinesischen Staates führen könnte. Daher kann die chinesische Führung eine solche Entwicklung nicht zulassen.²⁴

Denn aus Sicht Beijings hat die kolonialistische Expansion der ausländischen Großmächte seit dem 19. Jahrhundert China großen Schaden zugefügt, was bis auf den heutigen Tag ein Trauma für die meisten Chinesen darstellt. Zwar sind Hongkong 1997 und Macao 1999 an China zurückgefallen, doch ist damit für Beijing die nationale Würde des chinesischen Volkes noch nicht wieder hergestellt.²⁵ Der Hauptgrund dafür ist, dass Taiwan weiterhin unter ausländischem Einfluss steht. Aus diesem Grunde ist Beijing bislang nicht bereit, mit Blick auf Taiwan eine Gewaltverzichtserklärung abzugeben.

Dies richtet sich hauptsächlich gegen eventuelle ausländische Einmischungen, da Taiwan unter chi-

nesischem Druck nicht in der Lage ist, seine Unabhängigkeit zu erklären. Eine solche Einmischung von außen würde die alten, in der Kolonialzeit entstandenen Wunden wieder aufreißen; dies ist der Grund für die heftige Reaktion, die Beijing gegenüber taiwanesischen Unabhängigkeitsbestrebungen immer wieder zeigt.

Außerdem gibt es an der Peripherie Chinas mit Xinjiang und Tibet zwei weitere Gebiete, die sich aus dem chinesischen Staatsverbund lösen wollen.²⁶ Sichtbare Erfolge dieser Unabhängigkeitsbewegungen könnten vergleichbaren Bestrebungen in anderen Gebieten Vorschub leisten. Dabei hat Taiwan die exponierteste Rolle, da dort nach Lesart Beijings die Einmischung von außen am stärksten ist und die chinesische Führung diese am wenigsten verhindern kann. Um diese Situation in den Griff zu bekommen, hat die VR China in den vergangenen Jahren diverse Maßnahmen ergriffen.

So hat Beijing schon 1996 zusammen mit Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan die Shanghaier Konferenz für Zusammenarbeit ins Leben gerufen.²⁷ Nach dem Beitritt Usbekistans wurde daraus im Jahre 2001 die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Ihr Hauptziel ist offiziell die Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan grenzen direkt an die Unruheprovinz Xinjiang, und auch Russland und Usbekistan liegen geographisch nahe. Einerseits sehen sich die zentralasiatischen Länder durch den islamischen Fundamentalismus bedroht, andererseits sind ihre Bevölkerungen mit den in Xinjiang lebenden Uiguren ethnisch eng verwandt.

Für Russland spielt zudem die Tschetschenienfrage eine wichtige Rolle, und so erhoffen sich sowohl Beijing als auch Moskau gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegungen in ihren Staaten. Dies ist auch der Grund für den Abschluss des sino-russischen Freundschaftsvertrages im Sommer 2001, in dem sich beide Staaten zur gemeinsamen Bekämpfung separatistischer Bewegungen verpflichteten, eventuelle taiwanesischen Unabhängigkeitsbestrebungen eingeschlossen.²⁸ Mittels dieser ausländischen Unterstützung will Beijing separatistische Bewegungen besser in den Griff bekommen.

26 Vgl. Xinjiang, China's Restive Northwest, zu finden unter: http://www.hrw.org/campaigns/china-98/sj_xnj2.htm; http://www.chengmingmag.com/new_page_199.htm; <http://www.tibet.com/>.

27 Vgl. Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, hrsg. vom China Institute of Contemporary International Relations, Beijing 2002, S. 132–135.

28 Vgl. Zhao Chanqin, Überblick über die fünf Staaten in Zentralasien, Beijing 1999; Zhu Tingchang, Chinas Peripherie und Sicherheitsstrategie, Beijing 2002, S. 385–472.

23 Vgl. http://www.moeaboft.gov.tw/prc&hk/bi_ch/mo_index.htm.

24 Vgl. Textbuch zur Taiwan-Frage, Partei-Akademie der KP Chinas, Beijing 2001.

25 Vgl. ebd., S. 245–276.

Die sechs Staaten der Organisation umfassen circa ein Fünftel der Fläche und ein Viertel der Bevölkerung der Welt. Zwar haben sie immer betont, dass sich ihr Zusammenschluss nicht gegen Drittstaaten richte. Doch tatsächlich zielt die VR China darauf ab, mithilfe dieses Sechserblocks ihre Position in den Verhandlungen mit den USA über das Nationale Raketen-Abwehr-System (National Missile Defense, NMD) und die Einbeziehung Taiwans in die taktische Raketenabwehr (Theater Missile Defense, TMD) zu stärken.

Darüber hinaus besitzen die Mitgliedstaaten des Bündnisses reichhaltige Erdöl- und Gasvorkommen. Dies hat eine starke strategische Bedeutung für die VR China.²⁹ Denn bislang muss Beijing einen Großteil seines Energiebedarfs mittels Seetransporten aus dem Ausland decken. Im Falle eines Konfliktes in der Taiwanstraße wäre dieser Nachschub gefährdet. Das Anzapfen dieser Energiequellen in Zentralasien über eine Pipeline könnte diese strategische Achillesferse dauerhaft schützen.

Zudem wurden anlässlich des 50. Jahrestages der „Befreiung“ Tibets im Juli 2001 117 Investitionsprojekte mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 31,2 Milliarden Yuan (Renminbi/RMB) beschlossen.³⁰ Einerseits soll dieses Geld der Entwicklung des Landes dienen, andererseits soll mit diesen Investitionen die tibetische Unabhängigkeitsbewegung bekämpft werden. Bemerkenswert ist hierbei vor allem der Bau einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen der angrenzenden Qinghai- und Tibet, die eine Gesamtlänge von 1956 km haben wird. Ein Großteil des Schienenstranges, der 2,4 Milliarden US-Dollar kosten soll, geht durch Gebirge von 4000 und mehr Metern Höhe. Diese Schienenverbindung wird sowohl die Einwanderung von Han-Chinesen³¹ nach Tibet als auch die Ausbeutung tibetischer Ressourcen erleichtern, was langfristig einem weiteren Schlag gegen die tibetische Unabhängigkeitsbewegung gleichkommen dürfte.

Im Mai 2001 sagte der damalige Premierminister Zhu Rongji in Thailand Unterstützung für den Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen Bangkok und Kunming im Süden Chinas in Höhe von 4 Milliarden US-Dollar zu.³² Auch diese geplante

Eisenbahnverbindung hat aus chinesischer Sicht die Funktion einer strategischen Reserve, sollte der Energietransport zur See im Falle eines Konfliktes in der Taiwanstraße unterbrochen werden.

Um den taiwanesischen Wähler einzuschüchtern und ihn von einer Stimmabgabe zugunsten Lee Tenghuis abzuhalten, beschloss die chinesische Volksbefreiungsarmee während der taiwanesischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1996 die Küste der Inselrepublik mit Raketen. Lee hatte für Beijings Geschmack zu starke Unabhängigkeitsbestrebungen gezeigt, so dass die chinesische Führung ein Zeichen setzen wollte. Trotz dieser Drohung mit militärischer Gewalt entsprach der Wahlausgang nicht Beijings Vorstellungen: Lee Teng-hui erhielt 54 Prozent der Stimmen.³³ Vier Jahre später, vor der Präsidentschaftswahl 2000, warnte Premier Zhu vor einer Wahlentscheidung zugunsten der Kräfte in Taiwan, die eine Unabhängigkeit befürworten. Dies setzte er gleich mit einer Entscheidung für den Krieg.³⁴ Dennoch wurde der Kandidat der DPP, Chen Shui-bian, der eine potenzielle Unabhängigkeit Taiwans politisch unterstützte, zum Präsidenten gewählt. Während der Parlamentswahlen im Jahr 2001 hielt Beijing hingegen still; dennoch waren die Wahlergebnisse wiederum nicht nach seinem Geschmack, da die Befürworter einer Unabhängigkeit Taiwans abermals Wahlerfolge erzielten.³⁵

Diese drei Beispiele zeigen, dass Beijing in eine Sackgasse geraten ist. Egal, welche Politik die VR China gegenüber Taiwan verfolgt, die Ergebnisse widersprechen immer den eigenen Interessen. Aber die Rede des damaligen stellvertretenden Premierministers Qian Qichen im Januar 2002, die eher eine pragmatische Orientierung offenbarte, erwies sich als wichtig für die bilateralen Beziehungen in der Taiwanstraße.³⁶ In seiner Rede tauchten die Worte „Ein-China-Prinzip“, die Strategie einer „friedlichen Wiedervereinigung“ und „Ein Land, zwei Systeme“ elf Mal auf.³⁷ Diesbezüglich hat Beijing also seinen Standpunkt nicht verändert. Dennoch wies Qian auch darauf hin, dass man genauso unterscheiden müsse zwischen der Masse der „taiwanesischen Landsleute“ und den Unabhängigkeitsbefürwortern wie zwischen normalen DPP-Anhängern und den hartnäckigen

29 Vgl. Öl von Zentralasien und China, zu finden unter: <http://www.landbridge.gov.cn/market/scfx/06.htm>.

30 Vgl. Volkszeitung (VZ, Renminribau) vom 30. Juni 2001, S. 1.

31 In China gibt es vor allem Han-Chinesen, die ca. 92 Prozent der gesamten chinesischen Bevölkerung ausmachen, und 55 nationale Minderheiten, wie z. B. Mongolen und Uiguren usw. Siehe: 210.72.32.6/cgi-bin/bigate.cgi/b/g/g/http/www.stats.gov.cn/.

32 Vgl. VZ vom 21. Mai 2001, S. 1.

33 Vgl. Tensions ease after Taiwan Election, zu finden unter: http://www-cgi.cnn.com/WORLD/9603/taiwan_elex/day_after/.

34 Vgl. Taiwan's Presidential Election, zu finden unter: <http://taiwansecurity.org/TSR-President.htm>.

35 Vgl. Taiwan (In)dependence, zu finden unter: <http://www.asiaweek.com/asiaweek/magazine/dateline/0,8782,185609,00.html>.

36 Vgl. VZ vom 25. Januar 2002, S. 4.

37 Ebd.

Befürwortern einer taiwanesischen Unabhängigkeit in der Partei. Die Reaktion der DPP auf die Rede war positiv. Diese wurde als eine Geste des guten Willens gegenüber Taiwan interpretiert.³⁸

Seit 1987, als Taiwan das Reiseverbot nach China aufhob, wurden rund 20 Millionen Reisen auf das Festland gezählt. Diese wurden allerdings nur von 4 Millionen Menschen unternommen, also nur von einem Sechstel der taiwanesischen Gesamtbevölkerung.³⁹ Viele Taiwanesen sind an China nicht interessiert. Dies ist auf die immer wiederkehrenden Gewaltandrohungen Beijings, seine kommunistische Ideologie und die Isolierungspolitik gegenüber Taiwan auf der internationalen Bühne zurückzuführen.

Doch in den vergangenen Jahren ist Chinas Entwicklung weit vorangeschritten. Das Festland wird für Arbeitssuchende und Studenten aus Taiwan immer attraktiver, während sich die Situation in Taiwan als zunehmend schwieriger erweist.⁴⁰ Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, würden die politischen Beziehungen weit hinter dem guten wirtschaftlichen Verhältnis zurückbleiben. Letzten Endes dürfte ein politisches Arrangement zwischen beiden Seiten von der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen bestimmt werden.

Die Rolle der USA

Die Beziehungen zwischen der VR China und den USA sind insbesondere seit den neunziger Jahren sehr vielschichtig. Entsprechend vorsichtig agieren beide Seiten und ziehen eine Kooperation der Konfrontation vor. Doch mit dem Erstarken der VR China sehen sich die USA in ihrer Vormachtstellung immer mehr herausgefordert. Daher existiert in den USA seit Anfang der neunziger Jahre die so genannte „China-Threat“-Theorie.⁴¹

Im Juli 2002 haben das Verteidigungsministerium und der Kongress in Washington Studien zur militärischen Entwicklung der Streitkräfte der VR

China veröffentlicht.⁴² Darin wurde der Möglichkeit eines Angriffs auf Taiwan eine hohe Wahrscheinlichkeit eingeräumt. Darüber hinaus hieß es, dass ein starkes taiwanesisches Verteidigungspotenzial den US-amerikanischen Interessen nutze. Seit George W. Bushs Amtsantritt haben sich die Beziehungen zwischen Washington und Taipei enorm verbessert.⁴³ Die Taiwan-Frage ist somit für die sino-amerikanischen Beziehungen neben den ideologischen und machtpolitischen Rivalitäten nach wie vor eines der heikelsten Probleme.

Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 hat US-Präsident Bush eine klare Freund-Feind-Politik implementiert. Aus amerikanischer Sicht hat sich das Wesen der Bedrohung verändert. Es müsse nun schnell und präventiv reagiert werden, um amerikanische Interessen zu schützen.⁴⁴ Im Gegensatz dazu hat die chinesische Delegation – ob absichtlich oder nicht – während der ASEAN-Außenministerkonferenz im Juli 2002 in Brunei ein neues umfassendes Sicherheitkonzept vorgestellt.⁴⁵ Dieses schließt neben militärischen und politischen auch wirtschaftliche, technologische, kulturelle und umwelttechnische Aspekte ein. Zudem wurde die Bedeutung von Kooperation und Dialog für die Durchsetzung internationaler Sicherheit betont. Daraus wird ersichtlich, dass zwischen den USA und der VR China große Unterschiede nicht zuletzt in der Frage der internationalen Sicherheit existieren.

Als die USA den Sturz des irakischen Regimes zum wichtigsten Ziel ihrer Außenpolitik erhoben, hatten sie ihren Einfluss in Zentral- und Südasien durch den Angriff auf Afghanistan bereits massiv ausgeweitet.⁴⁶ Im Frühjahr 2002 hat US-Präsident

38 Vgl. China Times vom 25. Januar 2002, S. 2, und vom 26. Januar 2002, S. 2.

39 Vgl. ebd.; vgl. auch Textbuch zur Taiwan-Frage (Anm. 24), S. 168.

40 Vgl. http://news.bbc.co.uk/hi/chinese/china_news/newsid_2173000/21734322.stm.

41 Vgl. Michael E. Marti, U.S. China Strategy: Redefining Engagement (Paper for 31th Sino-American Conference), Taipei 2.–4. Juni 2002; Kenneth W. Allen, The United State's Military Relations with Taiwan and China (31th Sino-American Conference), Taipei 2002; Kay Moeller, Die USA und China: Sanftes Containment (SWP-Studie), Berlin, April 2002.

42 Vgl. Chinesischer Drache in den Augen des amerikanischen Adlers, zu finden unter: http://news.bbc.co.uk/hi/chinese/china_news/newsid_2164000/21642362.stm; Die USA spielen wieder die „China-Bedrohungstheorie“, um günstige Bedingungen für den Waffenverkauf an Taiwan zu schaffen, zu finden unter: <http://www.chinanews.com.cn/2002-07-22/26/204936.html>; IHT vom 2. August 2002, S. 1.

43 U.S., Taiwan catch Jiang off-guard, zu finden unter: <http://edition.cnn.com/2002/WORLD/asiapcf/east/03/18/willy.colum/>.

44 Transatlantic Relations after 11 September, in: EU/US News, 4 (2002) 8; Der US-Unilateralismus hat das Herz der Europäer verletzt, in: People's Net vom 26. Februar 2002; Scharping geht im Irak-Konflikt auf Distanz zu den USA, in: Stern vom 27. Februar 2002; Frankreich gegen „Axis of Evil“ und gegen US-Angriff auf den Irak, in: People's Net vom 14. Februar 2002; Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld, Senate Appropriations Committee Hearing (Panel One) Senate Dirksen Office Building, 7. Mai 2002, zu finden unter: www.defenselink.mil/speeches; Rumsfeld Interview with Jim Lehrer, News Hour, PBS TV, 22. Mai 2002, zu finden unter: www.defenselink.mil/news.

45 Vgl. <http://www.fmprc.gov.cn/chn/33223.html>.

46 Vgl. US-Kontrolle in Zentralasien ist eindeutig, in: China Times vom 11. Januar 2002, S. 13; Langfristige Stütz-

Bush Japan und Südkorea mit dem Ziel besucht, die Bündnisbeziehungen zu festigen. Während seines anschließenden China-Besuches hat er mehrmals die amerikanische Bereitschaft zur Verteidigung Taiwans bekräftigt. Dagegen erwähnte er das „Ein-China-Prinzip“ nur am Rande.⁴⁷ Nun wird ersichtlich, dass die USA nicht nur ihre Beziehung zu Taiwan verbessern wollen, sondern auch eine Art Einkreisungsstrategie gegenüber der VR China verfolgen.

Während seines Besuches in den USA im Frühjahr 2002 hat der heutige Präsident Hu Jintao indirekt die Nichteinmischung der VR China in die zukünftige Irak-Politik der USA angedeutet, wie aus Analysen amerikanischer Wissenschaftler hervorgeht. Dies dürfte dazu geführt haben, dass sich die Taiwan-Politik Washingtons wieder geändert hat.⁴⁸ So wurde die Einhaltung des „Ein-China-Prinzips“ seitens der USA durch Bush und seinen Stellvertreter Dick Cheney abermals bekräftigt. Damit gehen die USA aufgrund ihrer Interessen im Irak wieder zu einer freundlicheren Politik gegenüber der VR China über.

Maßgeblich für diese Änderung war dabei nicht so sehr der Besuch Hus, der eher den Charakter eines Vorstellungsbesuches hatte, sondern vielmehr die Reise Jiang Zemins nach Deutschland und in den Iran.⁴⁹ Bei einer Rede Jiangs, die er auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin hielt, wurde seine eindeutige Ablehnung des amerikanischen Unilateralismus deutlich.⁵⁰ Außerdem hat er dem Iran die Zusammenarbeit bei der Erschließung von Erdöl und dem Bau von Autobahnen angeboten. Jiang und sein iranischer Amtskollege, Präsident Mohammad Khatami, bekräftigten ihre strikte Ablehnung eines Angriffs auf den Irak und einer Stationierung US-amerikanischer Truppen in Zentralasien.⁵¹

punkte der US-Armee werden in Zentralasien gebaut, in: *United Daily* vom 1. Mai 2002, S. 11.

47 Vgl. Bush backs Japan reform efforts, zu finden unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/1826646.stm>; Bush's China Trip, zu finden unter: <http://english.enorth.com.cn/system/2002/02/22/000273472.shtml>.

48 Vgl. *United Daily* vom 5. Mai 2002, S. 13.

49 Vgl. Verdeckte Intentionen gegen die USA bei den Besuchen von Jiang und Hu, in: *YahooChimoNews* vom 20. April 2002.

50 Vgl. Fünf-Staaten-Besuch startet übermorgen. Jiang Zemin wird Libyen und Iran besuchen, in: Onlineausgabe der *China Times* vom 6. April 2002.

51 Vgl. China und Iran gemeinsam gegen die Intervention anderer Staaten in den Irak, in: *YahooChimoNews* vom 20. April 2002; Central News Agency: Machtkonsolidierung durch Jiang Zemins Iran-Besuch, in: *YahooChimoNews* vom 22. April 2002; Jiangs Besuch in Iran gegen Stationierung der US-Armee in Zentralasien und Nahost, in: *YahooChimoNews* vom 22. April 2002.

Dies steht dem außenpolitischen Konzept Washingtons diametral entgegen. Die Opposition Beijings gegen einen US-amerikanischen Waffengang im Irak hätte jedoch die Politik der Bush-Administration gegenüber Taiwan beeinflusst. So wurde der für April 2002 geplante Besuch einer amerikanischen Delegation des Naval Sea Systems Command, Washington D. C., in Taiwan, bei dem es hauptsächlich um den Erwerb von U-Booten gehen sollte, verschoben. Trotz der Unterschrift von Präsident Bush unter eine von Senat und Kongress gemeinsam getragene Resolution für einen Beitritt Taiwans zur Welthandelsorganisation (WHO) erhielt Taipei in der Generalversammlung der Organisation im Mai 2002 keinerlei Hilfe von amerikanischer Seite.⁵²

Während seines Besuches in den USA konnte Hu Jintao das Pentagon besuchen, was ein Novum darstellt, da zuvor noch kein hochrangiger chinesischer Politiker Einlass ins US-Verteidigungsministerium erhalten hatte. Damit setzte die amerikanische Seite ein wichtiges Zeichen für einen Neuanfang in den militärischen Beziehungen zur VR China, die sie nach dem „spy-plane-incident“⁵³ im April 2001 ausgesetzt hatte. Ob Hu in den USA große Mengen an Waffen bestellt hat, ist nicht bekannt. Doch der taiwan-freundliche stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz hat im Mai 2002 bekräftigt, dass die USA dem „Ein-China-Prinzip“ treu bleiben und eine Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen werden.⁵⁴ Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass der Wert Taiwans für die USA angesichts der neuen internationalen Lage abnimmt.

Jüngste Entwicklung

An jenem Tag im Juli 2002, als Präsident Chen Shui-bian auch den Parteivorsitz der DPP übernahm, hat Beijing diplomatische Beziehungen zu dem pazifischen Zwergstaat Nauru aufgenommen. Auf chinesischem Druck hin brach Nauru seine Beziehungen zu Taiwan ab. Chen hat dieses Vorgehen in seiner Antrittsrede als Parteichef scharf kritisiert, was zu einer Verschlechterung der sino-taiwanesischen Beziehungen führte.⁵⁵

52 Vgl. ebd.; vgl. auch J. Ktacik (Anm. 15), S. 4.

53 Am 1. April 2001, während eines Spionagefluges, kollidierte ein US-spy plane mit einem chinesischen Düsenjäger über dem südchinesischen Meer. Siehe: http://www.americans-world.org/digest/regional_issues/china/china9.cfm.

54 Vgl. J. Ktacik (Anm. 15), S. 6.

55 Vgl. Morgendämmerung beim Dialog der beiden Seiten, in: Onlineausgabe der *China Times* vom 14. Mai 2002; Präsident Chen, Besuch der DPP, in: *China Times* vom 10. Mai

Anfang August 2002 hat Chen in einer weiteren Rede deutlich gemacht, dass aus seiner Sicht sowohl Taiwan als auch die VR China eigenständige Staaten sind. Darüber hinaus betonte er, dass die Zukunft Taiwans durch ein Referendum entschieden werden solle; dies steht in deutlichem Gegensatz zum „Ein-China-Prinzip“.⁵⁶ Diese eindeutige Herausforderung Beijings ist als Reaktion auf die Geschehnisse um Nauru zu verstehen. Washington reagierte überrascht. Da Taipei die Bush-Administration vorher nicht über diesen Schritt informiert hatte, fühlten sich die Amerikaner hintergangen.⁵⁷ Dabei hatten die Äußerungen Chens eigentlich auch darauf gezielt, Washington die Bedeutung Taiwans wieder in Erinnerung zu rufen.

Dieser Schachzug Chens ist sowohl Mittel als auch Ziel. Er will die Grenzen chinesischer Geduld austesten. Seine Partei, die DPP, sieht die VR China als Papiertiger, da die bisherigen militärischen Einschüchterungsversuche gegenüber Taiwan fehlgeschlagen sind bzw. sogar kontraproduktiv waren. Würde Beijing auf die Äußerungen Chens nicht reagieren, könnte die DPP weitere Schritte in Richtung Unabhängigkeit wagen. Reagiert es aber wieder mit militärischen Drohungen, könnte Taipei einerseits die VR China dämonisieren und andererseits Unterstützung seitens der Wähler gewinnen. Somit sind die provokativen Äußerungen Chens auch ein Mittel zur Verbesserung der eigenen innenpolitischen Situation. Dies ist vergleichbar mit der Zielsetzung des USA-Besuches von Lee Teng-hui 1995.

Jüngster Höhepunkt der sino-amerikanischen Beziehungen war der Besuch des damaligen Präsidenten Jiang Zemin in den USA im Oktober 2002.⁵⁸ George W. Bush hatte Jiang auch auf seine Ranch nach Texas eingeladen. Dies wird im Allgemeinen als ein Zeichen von Intimität gewertet. Beide Staatschefs haben beschlossen, die nach dem Bombardement der chinesischen Botschaft in Belgrad im Jahre 1999 abgebrochenen militärischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Als freundliche Geste gegenüber Beijing bekräftigte

2002, S. 1; China, Taiwan play high-stakes game of diplomacy, in: Taiwan News vom 25. Juli 2002, S. 6; Eigene Wege gehen, in: Onlineausgabe der China Times vom 22. Juli 2002.

56 Vgl. Präsident Chen, Je ein Staat auf jeder Seite, in: United Daily vom 4. August 2002, S. 1; Sun Shenlian, Kommentar zu „Je ein Staat auf jeder Seite“-Theorie, in: People's Net vom 13. August 2002.

57 Vgl. Jiang Zemin wird bei seinem USA-Besuch Ende Oktober Bushs Ranch in Texas besuchen, in: Onlineausgabe der China Times vom 2. August 2002; USA fordern Konsultationen vor wichtigen Entscheidungen, in: Onlineausgabe der China Times vom 13. August 2002.

58 Vgl. Ranchgipfel, zu finden unter: http://www.zaobao.com/special/china/sino_us/pages3/jiang_us271002.html.

die amerikanische Seite erneut das „Ein-China-Prinzip“ und versicherte, dass sie die Unabhängigkeitsbewegung in Taiwan nicht unterstütze.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch ein Interview, das US-Außenminister Colin Powell nach der Rückkehr von seiner China-Reise im Februar dieses Jahres in Washington gab.⁵⁹ Powell wurde gefragt, ob die USA hinsichtlich Taiwans nachgeben würden, sollten sie in der Irak-Frage auf die Unterstützung Chinas angewiesen sein (etwa im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen). Diese Frage hat der US-Außenminister nicht beantwortet. Wenn man dies mit der Position von Präsident Bush vom April 2001 vergleicht („Taiwan ist mit allen Mitteln zu schützen“), erstaunt der schnelle Wandel im Dreiecksverhältnis zwischen den USA, China und Taiwan.⁶⁰ Als die Kriegshandlungen im Irak sich ihrem Ende näherten, gab Taipei bekannt, dass Präsident Chen sich nun auf einen Besuch bei den karibischen Verbündeten – wiederum mit einem Transitstopp in den USA – vorbereite.⁶¹

Schlussfolgerungen

Nach heutiger Einschätzung könnte das momentane Patt zwischen China und Taiwan noch einige Zeit fortbestehen. Die Rolle Taiwans in dieser Konstellation ist aufgrund der stetig zunehmenden Macht der VR China und der andauernden Einflussnahme der USA Schwankungen unterworfen. Nun versucht Beijing, Washington auf seine Seite zu ziehen. Diese Strategie des „fu di chou xin“, des An-der-Wurzel-Packens, hat zur Zeit nur begrenzte Auswirkungen. Die Reise von Präsident Chen in die USA wäre ein neuer Prüfstein für das künftige Verhältnis der drei Staaten. Nach dem Krieg im Irak wäre Nordkorea für Beijing wieder ein Ansatzpunkt in seinem Kräftespiel mit den USA.

59 Vgl. US-China Dialogue Spans Issues of North Korea, Iraq, zu finden unter: <http://usembassy.state.gov/tokyo/www/20030225a7.html>.

60 In einem Interview mit dem TV-Sender ABC hat Bush gesagt: *“We would do whatever it took to help Taiwan defend itself.”* Zu finden unter: <http://news.bbc.co.uk/2/low/americas/1295542.stm>; Bush: Taiwan Defense Pledge no Change in Policy, zu finden unter: <http://www.cnn.com/2001/ALLPOLITICS/04/25/bush.taiwan.04/>. Auch während seiner China-Reise im Februar 2002 hat Bush dies wieder bekräftigt. Vgl. Taiwan Welcomes Bush Defense Pledge, zu finden unter: <http://www.cnn.com/2002/WORLD/asiapcf/east/02/22/bush.taiwan/>.

61 Vgl. <http://www.unn.com.cn/BIG5/channel2567/2573/2575/200304/18/255829.html>; <http://china.21dnn.com/4453/2003-4-10/45@783814.htm>.

Doch sollte Taiwans Wirtschaftskraft sich dauerhaft verschlechtern, wird die Inselrepublik immer weniger in der Lage sein, diesem Kräftemessen standzuhalten. Somit wird sich die VR China höchstwahrscheinlich nicht dem Risiko einer militärischen Intervention aussetzen müssen, um Taiwan in den volksrepublikanischen Staat zurückzuholen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Inselrepublik selbst dürfte Taiwans Interesse an einer friedlichen Lösung erhöhen.

Beijing betrachtet seine Beziehungen zu Taiwan im Gegensatz zu Taipei als innere Angelegenheit. Eine mögliche Lösung wäre es, das Verhältnis als „Beziehungen besonderer Art“ zu deklarieren. Auf der einen Seite könnte Beijing den Anschein aufrechterhalten, dass die Integrität des chinesi-

schen Staates nicht von der Taiwan-Frage berührt ist, und so das Gesicht wahren. Auf der anderen Seite könnte Taiwan sowohl in machtpolitischer als auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht profitieren. Dies würde eventuell ein friedliches Arrangement ermöglichen.

Denn das Ausmaß der US-amerikanischen Einflussnahme variiert je nach weltpolitischer Lage. Letzten Endes wird das taiwanische Volk über seine Zukunft entscheiden müssen. Wenn es sich für einen – für beide Seiten akzeptablen – Modus vivendi entscheidet, könnte dies die Krise entschärfen und der gesamten Region Frieden und Stabilität bringen. In diesem Zusammenhang könnte auch die Europäische Union eine konstruktive Rolle spielen.

Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen

Einleitung

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik (kurz: KDVR oder Nordkorea) scheint das bekannte Diktum zu bestätigen, dass Totgesagte länger leben. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist dem ostasiatischen Land mehrfach der Untergang vorausgesagt worden. Bisher konnte die Führung in Pjöngjang alle derartigen Prophezeiungen Lügen strafen. Konfrontiert mit dem Verlust ehemaliger Bundesgenossen und der zentralen Leitfigur des Landes, Kim Il-sung, sowie einer schrittweise kollabierenden Wirtschaft, haben es Kim Jong-il und seine Gefolgsleute verstanden, Nordkorea durch eine militante Betteldiplomatie, internationale Hilfsappelle, kalkulierte Provokationen und Verhandlungen am Rande des Abgrunds internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung zu garantieren und damit ihr eigenes Überleben zu sichern.¹

Pjöngjang hat dabei geschickt seine geografische Position an der Schnittstelle der Groß- und Regionalmächte-Interessen in Ostasien, sein damit verbundenes Destabilisierungspotenzial und die Furcht der Anrainerstaaten vor den Folgen eines Kollapses des Landes (Flüchtlingsströme, horrenden Kosten einer Wiedervereinigung, Verschiebungen des Kräftegleichgewichts in der Region etc.) genutzt. Zugleich hat Nordkorea versucht, seine zunehmende Isolierung und wirtschaftliche Schwäche durch die Erhöhung seines Abschreckungspotenzials – auch und gerade im nuklearen Bereich – zu kompensieren. Eine Trumpfkarte ist in diesem Zusammenhang die Angst des Westens und der Nachbarstaaten vor einer militärischen Kurzschlussreaktion der Führung in Pjöngjang. Durch wiederholtes Säbelrasseln hat Nordkorea derartige Ängste in den vergangenen Jahren bewusst genährt.

1 Siehe dazu Patrick Köllner, Nordkorea, in: Jürgen Bellers/Thorsten Brenner/Iris M. Gerke (Hrsg.), Handbuch der Außenpolitik, München-Wien 2001, S. 966–972, und Samuel S. Kim, North Korea and Northeast Asia in World Politics, in: ders./Tai Hwan Lee (Hrsg.), North Korea and Northeast Asia, Lanham u. a. 2002; S. 3–58.

Zum besseren Verständnis der Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas sollen in diesem Artikel zunächst einige zentrale Rahmenbedingungen sowie das veränderte Umfeld des Landes seit den frühen neunziger Jahren erläutert werden. In einem zweiten Schritt werden die Hintergründe der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme und mögliche Handlungsoptionen diskutiert.

Interne Rahmenbedingungen der Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas

Offiziell verfolgt Nordkorea im Rahmen seiner Außenpolitik – hierunter fallen aus Sicht Pjöngjangs nicht die innerkoreanischen Beziehungen – die Ziele Unabhängigkeit, Frieden und Freundschaft. Bedeutsamer sind allerdings die „latenten“ Ziele Legitimität, Sicherheit und Entwicklung.² Ob und wie derartige Ziele in außenpolitische Strategien umgesetzt werden können, hängt neben externen Beschränkungen und Möglichkeiten auch von internen Faktoren in Form von Machtstrukturen oder vorherrschenden Leitbildern ab. Diesen kommt eine wesentliche Funktion als Filter sowohl bei der Wahl von außenpolitischen Handlungsoptionen als auch bei der Wahrnehmung der Außenwelt zu. Wichtige Rahmenbedingungen der nordkoreanischen Außenpolitik sind in diesem Zusammenhang die Charakteristika des politischen Regimes, die vorherrschende Sichtweise internationaler Beziehungen und bestehende Bedrohungspereptionen sowie die wirtschaftliche Situation des Landes.

Beginnen wir mit den Charakteristika des politischen Systems: Das politische Regime Nordkoreas kann als totalitär bezeichnet werden; alle politisch relevanten Organe sind de facto „gleichgeschaltet“ und folgen der Parteilinie bzw. dem, was dafür ausgegeben wird. Das nordkoreanische System ist gekennzeichnet durch die Kontrolle des Staates

2 Vgl. Byung Chul Koh, Foreign Policy Goals, Constraints, and Prospects, in: Han S. Park (Hrsg.), North Korea. Ideology, Politics, Economy, Englewood Cliffs 1996, S. 177–181.

über alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belange, eine damit verbundene Überwachungs- und Repressionsmaschinerie, den theoretisch anmutenden Kult um die Kim-Dynastie, eine eigenwillige Staatsideologie und schließlich eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft. Bei einer Bevölkerung von offiziell 22 Millionen befinden sich etwa 1,2 Millionen Männer und Frauen ständig unter Waffen: Nordkorea ist damit der Inbegriff eines „Garnisonsstaates“.

An der Spitze des Staates steht seit 1998 offiziell Kim Jong-il, der neben dem Posten des Generalsekretärs der „Partei der Arbeit Koreas“ (PdAK) auch den Vorsitz der Nationalen Verteidigungskommission bekleidet und damit Oberbefehlshaber des Militärs ist. Alle politische Macht läuft bei ihm zusammen. Kims Beraterkreis, bestehend aus etwa 20 Personen, setzt sich aus Vertrauensleuten in der eigenen Familie sowie Parteifunktionären und Militärs zusammen. Stärker noch als sein Vater Kim Il-sung, der über großes Ansehen im Land verfügte, stützt sich Kim Jong-il auf das Militär, um das Überleben seines Regimes zu sichern. Diese enge Anbindung stellt für den Rest der Welt ein zweischneidiges Schwert dar. So muss Kim zwar stets die Wünsche des Militärs im Blick haben; die Anbindung wirkt aber auch stabilisierend, verhindert sie doch eine uneingeschränkte Diktatur und damit verbundene einsame Entscheidungen des Staats- und Parteichefs.

Nordkoreas Betrachtung der internationalen Beziehungen fußt auf einer deutlich realpolitischen Sichtweise der Staatenwelt. Macht, Souveränität und Allianzen stellen dabei die zentralen Kategorien in der kognitiven Wahrnehmung und Bewertung internationaler Zusammenhänge dar. Zudem herrscht ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken vor. Mangelndes Verständnis für komplexe politische Zusammenhänge in pluralistisch geprägten Staaten oder supranationalen Organisationen einerseits sowie weltwirtschaftliche Verflechtungen und Wirkungszusammenhänge andererseits führen zuweilen zu Fehleinschätzungen. Insbesondere die offizielle Propaganda der KDVR ist durchzogen von simplifizierenden Grundthesen und Verschwörungstheorien, des Öfteren gepaart mit deutlichen Bedrohungsängsten, die nur notdürftig durch eigene Drohgebärden kaschiert werden.

Bedroht sieht sich Nordkorea zum einen durch Südkorea, mit dem sich das Land zwischen 1950 und 1953 einen blutigen Bruderkrieg geliefert hat. Nur das Eingreifen der USA und weiterer, unter UN-Flagge versammelter Nationen auf Seiten des Südens und einer Million chinesischer „Freiwilliger“ auf Seiten des Nordens verhinderte, dass

bereits damals die „koreanische Frage“ in die eine oder die andere Richtung gelöst wurde. Der Koreakrieg endete mit einem Waffenstillstand; ein Friedensvertrag zwischen den USA und Nordkorea oder aber zwischen den beiden koreanischen Staaten existiert bis heute nicht. In Pjöngjang werden zudem auch in Bezug auf Japan – unter der Annahme historischer Kontinuitäten – ausgeprägte militaristische und neoimperialistische Ambitionen ausgemacht. Mit beiden Ländern ist seit Anfang der fünfziger Jahre schließlich die eigentliche Nemesis Nordkoreas verbündet: die USA. Diese dringen aus nordkoreanischer Sicht auf nichts weniger als ein Ende der KDVR.

Zu den Faktoren, welche die auswärtigen Beziehungen Nordkoreas beeinflussen, muss auch die wirtschaftliche Lage des Landes gezählt werden. Lag Nordkorea noch bis Ende der sechziger Jahre bzw. Anfang der siebziger Jahre in industriell-technologischer Hinsicht vor dem Süden, haben sich die Kräfteverhältnisse in der Zwischenzeit bekanntlich drastisch verändert. Nordkorea gilt heute als ein Entwicklungsland mit einem geschätzten Pro-Kopf-Einkommen von rund 760 US-Dollar (2002). Der schrittweise Kollaps der nordkoreanischen Wirtschaft seit 1990 spiegelt sich u. a. darin wider, dass die maroden Industrieanlagen des Landes nur noch rund 20 Prozent ihrer Kapazität erreichen. Die Nahrungsmittelversorgung des Landes ist schon aufgrund des Mangels an Saatgut und Düngemitteln, bei der Elektrizitätsversorgung für landwirtschaftliche Anlagen, wegen fehlender Ersatzteile für Traktoren und Maschinen sowie gravierender Probleme bei der Distribution nicht gesichert; seit 1995 fehlt Nordkorea jährlich mehr als eine Million Tonnen Getreide.³ Naturkatastrophen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass das Land zwischen 1995 und 1998 von einer dramatischen Hungersnot heimgesucht wurde, der nach koreanischen Angaben 200 000, nach anderen Schätzungen bis zu zwei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind.⁴

Die politische Führung in Pjöngjang hat auf die strukturellen Krisen der Wirtschaft und des Agrarsektors nach außen hin mit einer sehr beschränkten Öffnung (Gründung von Sonderwirtschaftszonen und ein Tourismusprojekt im Diamantengebirge) sowie wiederholten Hilfsersuchen an die internationale Gemeinschaft reagiert.⁵ Wei-

3 Vgl. OCHA Office in the Democratic People's Republic of Korea, DPR Korea: in Situation Bulletin, (2002) 8, S. 2.

4 Vgl. dazu Andrew S. Natsios, The Great North Korean Famine, Washington D.C. 2001.

5 2001/2002 erhielten 6,4 Millionen Nordkoreaner, d. h. rund ein Drittel der Bevölkerung, Lebensmittelhilfe im Rahmen des World Food Program.

ter gehenden Maßnahmen steht sie jedoch schon aus ideologischen Gründen (und Befürchtungen) ablehnend gegenüber. Eine weitere Konsequenz der wirtschaftlichen Misere ist der Versuch Nordkoreas, durch den Export von Raketen, durch Drogenschmuggel und Falschgeldgeschäfte Devisen zu erwerben.⁶ So hat sich Pjöngjang in den vergangenen Jahren als Lieferant von Kurzstreckenraketen in Krisengebiete (Pakistan, Jemen, Libyen, Syrien, Ägypten, Iran, Irak) hervorgetan und dabei Hunderte von Millionen Dollar verdient – ballistische Waffen sind de facto in den neunziger Jahren zur wichtigsten Devisenquelle Nordkoreas geworden.

Nordkoreas verändertes Umfeld seit den neunziger Jahren

Nordkorea bewegt sich seit den frühen neunziger Jahren in einem Umfeld, für das die Beschreibung „schwierig“ wie ein Euphemismus erscheint. Wenngleich die Führung in Pjöngjang in den vier Jahrzehnten seit der Staatsgründung stets auf ein gutes Maß an politischer Autonomie gegenüber den beiden großen „Bruderstaaten“, der UdSSR und der VR China, bedacht war, bot doch die Zugehörigkeit zum kommunistischen Lager neben manifesten wirtschaftlichen Vorteilen, politischer Solidarität und militärischer Sicherheit auch einen Rahmen für geistig-ideologische Verortung, Selbstvergewisserung und ein – wie stark auch immer ausgeprägtes – Zugehörigkeitsgefühl. Mithin lag hier eine Grundlage der Identität Nordkoreas.

Diese Basis wurde dem Land durch den Zusammenbruch des Ostblocks, das Ende der Sowjetunion und die wirtschaftliche sowie außenpolitische Neuorientierung der VR China entzogen. Nordkorea ist in der Folge wieder verstärkt auf sich allein gestellt, schlimmer noch: Aus seiner Sicht wurde es von den im ideologischen Sinne abtrünnig gewordenen Bundesgenossen in Moskau und Beijing verraten, die obendrein noch dem wirtschaftlich potenten Süden der Halbinsel den Hof machten. Das Auslaufen des Freundschafts- und Beistandsabkommens mit Moskau 1996 (im Oktober 2000 trat ein bilateraler Freundschafts-

und Kooperationsvertrag ohne Beistandsklausel in Kraft) war eine logische Konsequenz der veränderten politischen Großwetterlage. Auch auf die oftmals beschworene „Lippen-und-Zähne-Beziehung“ zu Beijing war aus Sicht Pjöngjangs kein wirklicher Verlass mehr; zu sehr war die VR China infolge ihrer „kapitalistischen“ Öffnung, der expandierenden Handels- und Investitionsverbindungen mit Südkorea sowie der verbesserten Beziehungen zu den USA suspekt geworden.

Gleichzeitig musste Nordkorea in den neunziger Jahren nicht nur zusehen, wie Deutschland vereinigt und der ehemals kommunistische Teil absorbiert wurde, sondern auch, wie die Wirtschaft Südkoreas und damit das internationale Ansehen des Landes stetig wuchsen. Daneben trug die „Nordpolitik“ des Südens reiche Früchte; Seoul konnte diplomatische Beziehungen zu den Ländern Ost- und Südosteuropas und 1992 sogar zur VR China knüpfen. Schließlich konnte Südkorea als junge Demokratie auch seine politischen Beziehungen zu Westeuropa vertiefen. Demgegenüber musste sich der Norden mit gelegentlichen Grußadressen oder Glückwunschtsbotschaften anderer „Pariastaaaten“ oder Nationen von beschränktem internationalen Gewicht wie Kambodscha oder Guinea-Bissau begnügen – jedenfalls bis zur Aufnahme zahlreicher neuer diplomatischer Beziehungen (u. a. mit Deutschland und mit der Europäischen Union, bislang aber nicht mit den USA und Japan) im Gefolge der Entspannungspolitik des südkoreanischen Staatspräsidenten Kim Dae-jung (1998–2003).

Mit dem überraschenden Tod des Staatsgründers Kim Il-sung im Juli 1994 wurde Nordkorea auch noch seiner überragenden politischen Leitfigur beraubt. Diplomatisch isoliert und ständig mit neuen Hiobsbotschaften konfrontiert, musste die Führung in Pjöngjang ihre Außen- und Sicherheitspolitik neu justieren. Im Folgenden sollen in diesem Zusammenhang zunächst Nordkoreas wichtigste außenpolitische Beziehungen, nämlich die zur VR China und zu den USA, beleuchtet werden.

Nordkoreas Beziehungen zur VR China

Sah es nach dem Zusammenbruch der UdSSR zunächst so aus, als wäre die VR China das einzige Land, auf das sich Nordkorea noch verlassen konnte, wuchsen auch hier in der Folge die Zweifel. Die im Koreakrieg „in Blut besiegelte“ Beziehung zwischen den beiden Staaten existiert sicher-

⁶ Zur Außenwirtschaftspolitik Nordkoreas siehe ausführlicher Marcus Noland, *North Korea's External Economic Relations: Globalization in „Our Own Style“*, in: S. S. Kim/T. H. Lee (Anm. 1), S. 165–193, und Bernhard Seliger, *Die nordkoreanischen Sonderwirtschaftszonen – eine Wiederholung des chinesischen Erfolgsmodells?*, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 2003 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 2003 (i. E.).

lich nicht mehr, zumal mit dem Aussterben der alten Kriegsveteranen-Generation in Nordkorea und China wichtige persönliche Bande abrissen. Zudem bestehen in Pjöngjang schon angesichts der sich weiterhin dynamisch entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Beijing und Seoul Zweifel an der Zuverlässigkeit des großen Nachbarn.

Auch Beijings Versuche, Nordkorea Wirtschaftsreformen nach chinesischem Modell schmackhaft zu machen, sind nicht eben auf fruchtbaren Boden gefallen. Entsprechende Reformen wären aus Beijings Sicht nicht nur im eigenen Interesse der KDVR und seiner Bevölkerung, sondern könnten auch dazu beitragen, das Problem der bis zu 250 000 nordkoreanischen Flüchtlinge im Nordosten der VR China zu lösen. Diese Flüchtlingsströme führen zu einer Reihe von sozialen Problemen, die bei einem Kollaps der KDVR und den damit voraussehbaren Massenwanderungen eskalieren könnten.

Insgesamt haben die Beziehungen zwischen Beijing und Pjöngjang in den neunziger Jahren einen guten Teil ihres traditionell eher freundschaftlichen Charakters eingebüßt. Erst der Kosovo-Krieg und die amerikanische Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999 ließen beide Staaten wieder enger zusammenrücken. Letzten Endes liegt es weder im Interesse der VR China noch im Interesse Nordkoreas, das Verhältnis deutlich abkühlen zu lassen: Nordkorea ist von China sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht⁷ als auch in Bezug auf internationale Rückendeckung, etwa im UN-Sicherheitsrat, zu sehr abhängig. Dagegen muss Beijing seinerseits ein Interesse daran haben, den Einfluss auf den Konfliktherd an seiner Nordostflanke nicht zu verlieren. Beide Staaten sind daher bemüht, ein Mindestmaß an Kooperation und Kontinuität – auch und gerade im militärischen Bereich – aufrechtzuerhalten, um flexibel auf Entwicklungen reagieren zu können.

Wie nahezu alle Staaten in der Region hat die VR China kein Interesse an einem Zusammenbruch Nordkoreas, der neben den zu erwartenden kurzfristigen Problemen auch die Vereinigung zu einem mit den USA verbündeten Korea befördern könnte. Allerdings ist Beijing auch nicht an einer schwer zu kontrollierenden Atommacht Nordkorea interessiert, die unter bestimmten Umständen eine nukleare Aufrüstung Japans nach sich ziehen könnte. China versucht vor dem Hintergrund

7 Die VR China ist Nordkoreas wichtigster Wirtschaftspartner. 2000 und 2001 stammte jeweils über ein Drittel der Importe Nordkoreas aus der VR. Hinzu kommen nicht-deklarierte Lieferungen und ein florierender Grenzsmuggel.

dieses Dilemmas, einerseits eine vollständige Isolierung Nordkoreas zu verhindern, andererseits durch mehr oder weniger subtilen Druck (im Frühjahr 2003 wurde wegen „technischer Schwierigkeiten“ eine wichtige Pipeline zwischen der VR China und der KDVR kurzzeitig unterbrochen) mäßigend auf Pjöngjang einzuwirken. Die Führung in Nordkorea ist ihrerseits bemüht, Autonomie gegenüber Beijing zu bewahren und vor allem ein Maximum an kostenlosen oder vergünstigten Hilfsleistungen in verschiedenen Bereichen zu erhalten. Pjöngjang steht dabei vor der ständigen Herausforderung, die Geduld seines großen Nachbarn nicht überzustrapazieren, da ein Stopp oder auch nur eine Reduzierung der Lieferungen aus der VR China existenzbedrohende Folgen hätte.

Nordkoreas Beziehungen zu den USA

Die Beziehungen zu Washington haben in den neunziger Jahren für Pjöngjang deutlich an strategischer Bedeutung gewonnen: Die USA stellen für Nordkorea das einzige Land dar, das potenziell sowohl die Sicherheitsgarantie als auch die materielle Unterstützung bieten kann, die früher von Moskau und Beijing ausging. Stellte Nordkorea umgekehrt für die USA lange Zeit kaum wenig mehr als ein irritierendes Gebilde mit regional beschränkter Ausstrahlung dar, änderte sich dies in den neunziger Jahren: Durch Nordkoreas Nuklearprogramm und die Entwicklung ballistischer Trägersysteme entstand die Gefahr, dass das Land den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag verletzen und zum Raketenlieferanten für Krisengebiete werden könnte. Nordkorea wurde so von einem peripheren Problem zu einer Bedrohung der internationalen Interessen Washingtons.

Das Land geriet in der Folge immer mehr in den Fokus der US-Diplomatie. Die Entdeckung einer Plutoniumfabrik in Yongbyon und die anschließende (später widerrufen) Entscheidung Nordkoreas im März 1993, den Atomwaffensperrvertrag aufzukündigen, riefen die USA endgültig auf den Plan, ging es hier doch darum, einen gefährlichen Präzedenzfall zu verhindern. Zeitweilig standen die USA und Nordkorea an der Schwelle zu einem erneuten Waffengang auf der koreanischen Halbinsel; den Vermittlungsbemühungen des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter war es unter anderem zu verdanken, dass das Schlimmste noch einmal abgewendet werden konnte.⁸ Ergebnis der

8 Vgl. Don Oberdorfer, *The Two Koreas. A Contemporary History*, Reading/MA 1997, Kapitel 13.

folgenden Verhandlungen zwischen Washington und Pjöngjang war im Oktober 1994 die Unterzeichnung des „Agreed Framework“, welches bei einem Einfrieren des nordkoreanischen Atomprogramms im Gegenzug die Bereitstellung von zwei Leichtwasserreaktoren im Jahre 2003 und in der Zwischenzeit die Lieferung von Schweröl vorsah. Zur Umsetzung des Vertragswerks wurde die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) gegründet, deren Hauptkosten Südkorea und Japan tragen, der aber auch andere Staaten und die EU angehören. Spätestens ab 1998 war allerdings klar, dass der KEDO-Zeitplan angesichts mannigfaltiger Schwierigkeiten und Zwischenfälle nicht eingehalten werden konnte; Anfang 2003 lag der Bau der Leichtwasserreaktoren bereits rund fünf Jahre hinter dem ursprünglich anvisierten Datum zurück.

Das „Agreed Framework“ bildete den Auftakt zu intensiveren Kontakten und Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea, welche sich in der Folge auf verschiedene Sachgebiete – wie etwa die Rückgabe der Überreste von im Koreakrieg gefallenen US-Soldaten – und Foren – wie die zwischen 1997 und 1999 abgehaltenen Vier-Parteien-Gespräche unter Einschluss Südkoreas und der VR China – erstreckten. Nordkorea nutzte den neu gewonnenen Spielraum, um diplomatische Zugeständnisse (eine partielle Aufhebung von Wirtschaftssanktionen) und humanitäre Hilfe der USA (fast zwei Millionen Tonnen Getreide zwischen 1995 und Frühjahr 2003) zu erreichen. Pjöngjang willigte seinerseits im Herbst 1999 in ein Raketentestmoratorium ein. Mit der damaligen Außenministerin Madeleine Albright besuchte im Oktober 2000 die bis dato ranghöchste Vertreterin einer US-Regierung Pjöngjang. Selbst ein Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und Kim Jong-il und ein damit verbundenes Abkommen über die Einstellung nordkoreanischer Raketenexporte schien zeitweilig in Reichweite, konnte letztlich aber nicht mehr realisiert werden.

Mit dem Einzug von George W. Bush in das Weiße Haus verstrich dann die Gelegenheit für Nordkorea: Die neue republikanische Regierung setzte auf eine härtere Gangart gegenüber Pjöngjang. In der Folge kam es nicht nur in den Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea zum Stillstand, sondern auch der Kooperationsprozess zwischen den beiden koreanischen Staaten, deren Führer im Juli 2000 zu einem historischen Gipfel zusammengekommen waren, geriet vollends ins Stocken. Einen neuen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen zwischen Pjöngjang und Washington, nachdem US-Präsident Bush in seiner Ansprache an die Nation im Januar 2002 Nordkorea mit Iran und Irak in eine „Achse des Bösen“ eingereiht hatte.

Im Oktober desselben Jahres konfrontierten die Amerikaner Pjöngjang mit Beweisen für ein neues, geheimes Atomprogramm (diesmal auf der Basis angereicherter Urans⁹), was die nordkoreanische Führung auch offen einräumte. Unklar blieb, ob Nordkorea sich von seiner neuen „Beichtdiplomatie“ (bereits einen Monat zuvor hatte Kim Jong-il bei einem Gipfeltreffen mit dem japanischen Premier Junichiro Koizumi die Verschleppung japanischer Staatsbürger in den siebziger und achtziger Jahren zugegeben) neue Zugeständnisse erhoffte. In jedem Fall weigerten sich die USA zunächst, auf eine erneute „nukleare Erpressung“ einzugehen; sie bemühten sich aber zugleich (schon angesichts der Irak-Frage) darum, die Krise nicht zu einem offenen Konflikt eskalieren zu lassen.

Welcher Lösung die erneute Nuklearkrise auch immer zugeführt wird, fest steht, dass die USA für Nordkorea auch weiterhin von eminenter Bedeutung bleiben. Nur Washington kann die Sicherheit Nordkoreas garantieren und dem Land durch die Streichung von der „Terrorismus-Sponsoren“-Liste des State Department den Weg in internationale und regionale Organisationen wie die Weltbank oder die Asiatische Entwicklungsbank – und damit zu umfassender finanzieller Hilfe – freimachen. Nordkorea wird mithin weiter versuchen, seinen wichtigsten Zielen gegenüber den USA – ein Friedensvertrag und die Aufnahme diplomatischer Kontakte und umfassender Wirtschaftsbeziehungen – näher zu kommen.

Nordkoreas Griff nach der Bombe: Hintergründe und mögliche Reaktionen

Warum ist das ohnehin hoch gerüstete Nordkorea, das auch über biologische und chemische Waffen verfügt, überhaupt am Besitz von Atomwaffen interessiert? Die Frage nach der Entwicklung von Atomwaffen lässt sich primär mit den oben beschriebenen Bedrohungspereptionen und der zunehmenden wirtschaftlichen Schwächung des Landes beantworten. Zur Beunruhigung Nordkoreas haben naturgemäß auch das Ende des militärischen Beistandspaktes mit Russland und der zumindest zweifelhafte Beistandswillen Chinas beigetragen. Vor diesem Hintergrund bringt der Besitz von Atomwaffen aus der Sicht Pjöngjangs

⁹ Vgl. im Einzelnen Sebastian Harnisch, Nordkoreas nukleare Waffenprogramme, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 195 (2003) 2, zu finden unter: www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=96.

nicht nur Prestige im In- und Ausland, sondern stellt auch die billigste Art der Abschreckung dar. Angesichts der erwähnten Bedrohungswahrnehmung und zunehmender wirtschaftlicher Schwäche kann der nordkoreanische Versuch, Atomwaffen zu entwickeln, als primär defensives und realpolitisch motiviertes Verhalten interpretiert werden. Für offensive Operationen sind einige Nuklearwaffen ohnehin nur von beschränktem Nutzen, da sie kaum gezielt gegen militärische Objekte eingesetzt werden können und ihr Einsatz zudem die Gefahr einer nuklearen Vergeltung birgt. Auch in Pjöngjang ist man sich darüber im Klaren, dass ein militärischer Angriff gegen den Süden – schon aufgrund der Involvierung der USA – zur eigenen Vernichtung führen würde.¹⁰

Nachdem Nordkoreas erneutes, wohl bereits 1998 begonnenes Nuklearprogramm aufgedeckt worden war, erhöhte die Führung in der Folge ihren Einsatz und begann damit, die eingemottete Anlage in Yongbyon wieder in Betrieb zu nehmen und kündigte schließlich sogar den Atomwaffensperrvertrag auf. Obgleich Pjöngjang in der Nuklearfrage zunächst auf bilateralen Gesprächen mit den USA bestanden hatte, einigte man sich schließlich auf einen trilateralen Dialog unter Einschluss der VR China. Ein erstes Treffen in Beijing im April 2003 führte zu keinen konkreten Ergebnissen. Allerdings erklärte der nordkoreanische Delegationsführer am Rande der Gespräche, dass Nordkorea bereits im Besitz von Atomwaffen sei.¹¹ Verifizieren lässt sich diese Aussage, die in der Folge wieder zurückgenommen wurde, nicht. Einigkeit besteht allein darüber, dass Nordkorea über genügend waffenfähiges Plutonium verfügt, um ein bis zwei Atomwaffen zu bauen. Bei einer Wiederinbetriebnahme der Aufbereitungsanlage in Yongbyon könnte Nordkorea zudem binnen eines Jahres genügend Spaltmaterial für ein weiteres halbes Dutzend Nuklearwaffen gewinnen.

Unabhängig davon, ob Nordkorea nun bereits tatsächlich im Besitz von Atomwaffen ist oder nicht, stellt sich die Frage, was die politische Führung in Pjöngjang letztlich mit den Nuklearwaffen anfangen will. Sicherlich sollen diese zunächst das Abschreckungspotenzial des Landes erhöhen. Und in den vergangenen vier Jahrzehnten, so lässt sich aus nordkoreanischer Sicht festhalten, hat das Prinzip der Abschreckung gegenüber dem Süden

und den USA auch bestens funktioniert. Fraglich ist allerdings, ob Nordkorea im Gegenzug für diplomatische Zugeständnisse, Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Unterstützung auf seine Nuklearwaffenprogramme verzichten würde. Während skeptische Beobachter davon ausgehen, dass nichts die Führung in Pjöngjang dazu veranlassen könnte, Atomwaffen als „strategische Kompensation“ der überlegenen Wirtschaftsmacht und der moderneren konventionellen Waffentechnik des Südens aufzugeben, halten es optimistischere Beobachter für möglich, dass Nordkorea auf Atomwaffen verzichtet, wenn als Gegenleistung das Überleben des Staates sichergestellt würde.¹²

Zudem stellt sich im Zusammenhang mit den nordkoreanischen Atomwaffenprogrammen die Frage, ob ein Einsatz derartiger Waffen durch Pjöngjang überhaupt vorstellbar ist. Schließlich würde ein Angriff Nordkoreas auf den Süden und/oder die amerikanischen Streitkräfte in der Region – wie erwähnt – nahezu zwangsläufig zur eigenen Vernichtung führen. Optimisten verweisen denn in diesem Zusammenhang auch gerne darauf, dass der den Freuden des Lebens zugeneigte Kim Jong-il wohl kaum sehenden Auges sein eigenes Ende heraufbeschwören würde. Andere Analytiker argumentieren demgegenüber, dass Nordkorea zum letzten Mittel eines Militärschlages konventioneller und/oder nuklearer Art greifen könnte, wenn klar wäre, dass es ohnehin keine Chance mehr auf ein Überleben des Regimes geben würde. Derart in die Ecke gedrängt, könnte die Führung in Pjöngjang, so die Argumentation, nach dem Prinzip „Alles oder nichts“ verfahren. Die Handlungsempfehlung, die sich aus diesem nicht gänzlich von der Hand zu weisenden Risiko ableiten lässt, lautet, Nordkorea im Rahmen einer Einbindungspolitik Anreize zum Erhalt des Status quo (einer friedlichen Koexistenz der beiden Koreas) zu geben. Eine solche Politik könnte zudem dazu beitragen, eine Weitergabe von nuklearem Waffenmaterial an noch weitaus weniger kontrollierbare Terrorgruppen zu verhindern, Befürchtungen auf Seiten der nordkoreanischen Bevölkerung abzubauen (und damit eine spätere Vereinigung der beiden Korea zu erleichtern) und im Falle des Scheiterns einer Einbindung ein gemeinsames Vorgehen aller beteiligten Staaten in der Region zu erleichtern.¹³

10 Vgl. unter anderem David C. Kang, North Korea. Deterrence through Danger, in: Muthiah Alagappa (Hrsg.), Asian Security Practice. Material and Ideational Influences, Stanford 1998, S. 234–263.

11 Für eine chronologische Übersicht der Ereignisse siehe BBC, Timeline: North Korean Nuclear Crisis, news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/2604437.stm.

12 Vgl. hierzu ausführlicher C. S. Eliot Kang, North Korea's Security Policy: Swords into Plowshares?, in: S. S. Kim/T. H. Lee (Anm. 1), S. 195–215.

13 Vgl. die entsprechende Argumentation von Victor D. Cha, Assessing the North Korean Threat. The Logic of Preemption, Prevention and Engagement, in: S. S. Kim/T. H. Lee (Anm. 1), S. 217–248.

Was bedeutet eine derartige Einbindungspolitik konkret angesichts der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme? Sie bedeutet erstens, auf andere Optionen zunächst zu verzichten. Dies wäre etwa ein US-Militärschlag gegen bestehende Atomanlagen, um der entsprechenden Bedrohung zu begegnen. Eine solche militärische Option würde aller Wahrscheinlichkeit nach negative Auswirkungen auf die amerikanischen Beziehungen zur VR China, zu Russland und zu Japan haben und könnte die amerikanisch-südkoreanische Sicherheitsallianz unterminieren. Zudem besteht die Gefahr eines nordkoreanischen Artillerie-Gegenschlags und damit verbundener verheerender Zerstörungen und Verluste an Menschenleben im Süden der Halbinsel.

Eine zweite denkbare, aber ebenfalls derzeit nicht empfehlenswerte Option besteht in dem Versuch, durch wirtschaftliche Strangulierung (Sanktionen und Handelsblockaden) den Kollaps des Regimes und/oder einen Regimewechsel herbeizuführen. Eine solche Vorgehensweise würde die Mitwirkung der Nachbarstaaten, vor allem aber der VR China, voraussetzen, die allerdings allesamt kein Interesse an einem Zusammenbruch Nordkoreas haben. Zudem muss ein Zusammenbruch der Wirtschaft nicht automatisch auch zu einem Kollaps des Regimes führen. Und schließlich steigt das Risiko, dass sich eine derart unter Druck gesetzte Führung in Nordkorea dazu entscheiden könnte, sich mit einem „Knall“ von der Weltbühne zu verabschieden.

Die im Sinne einer Einbindungspolitik attraktivste Option besteht demgegenüber darin, Nordkorea im Rahmen einer Paketlösung zu einer nachprüfbareren Aufgabe seines Nuklearprogramms und möglichst auch zu einer Reduzierung seines konventionellen sowie biologischen und chemischen Waffenarsenals zu bewegen. Elemente einer solchen Paketlösung könnten sein:

- a) ein formaler Friedensvertrag zwischen den USA und Nordkorea (mit oder ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien);
- b) die Ermöglichung des Eintritts Nordkoreas in internationale und regionale Organisationen

und damit der Zugang zu Finanzmitteln und Expertise;

- c) internationale Unterstützung beim Wiederaufbau der maroden Energiewirtschaft Nordkoreas (Instandsetzung von Bergwerken, Leitungssystemen für Elektrizität etc.) sowie möglichst
- d) die Aufgabe nordkoreanischer Raketenexporte und
- e) reziproke Truppenreduzierungen und Verringerung der militärischen Kapazitäten in beiden koreanischen Staaten.

Zentrale Voraussetzung für eine solche Option ist (neben dem notwendigen politischen Gestaltungswillen aller Beteiligten) die Bereitschaft Nordkoreas, tatsächlich auf seine Atomwaffenprogramme zu verzichten. Ob Pjöngjang hierzu bereit sein wird, ist – wie oben erwähnt – allerdings fraglich. Letztlich kann diese entscheidende Frage nur in umfassenden Gesprächen und Verhandlungen geklärt werden. Schon aus diesem Grund scheint eine Fortsetzung des Dialogprozesses, möglichst unter Einbeziehung Südkoreas und Japans, unabdingbar.

Weiterführende Links zum Thema:

http://www.duei.de/ifa/de/content/aktuelles/aktuelle_info_Nordkorea.html
(Informationen und Analysen zur nordkoreanischen Nuklearkrise, zusammengestellt vom Institut für Asienkunde, Hamburg)

<http://www.ceip.org/files/nonprolif/countries/country.asp?ID=5&country=korea>
(Analysen und Hintergrundinformationen, zusammengestellt vom Carnegie Endowment for International Peace [CIAO] zur Nuklearproblematik in Nordkorea)

<http://www.nautilus.org/>
(Analysen und aktueller Nachrichtendienst des Nautilus Instituts zu Sicherheits- und Energiefragen in Ostasien)

<http://www.koreanstudies.de/links/korlinks.htm#Nordkorea>
(Linksammlung zu Nordkorea)

Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Südostasien

Zivilgesellschaftliche Diskurse in der westlichen Welt

Zivilgesellschaftliche Diskurse beziehen sich im Wesentlichen – explizit oder implizit – auf westliche Gesellschaften. Dabei verlaufen die Debatten entlang der unterschiedlichen Ideologien in den USA und in Westeuropa.¹ Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen liberal-demokratischen Vorstellungen und der Idee eines freien, autonomen und interessegeleiteten Bürgers (USA) einerseits sowie der Vorstellung einer politisch geprägten Bürgerschaft andererseits, in welcher der Einzelne aus der Sicht eines bereits bestehenden Gemeinwesens gedacht ist (Westeuropa). Analog dazu wird in der politikwissenschaftlichen Debatte von liberalen und republikanischen Zugangsweisen gesprochen. Die liberale Denkrichtung betont die Trennung von Staat und Gesellschaft und sieht die Zivilgesellschaft unabhängig vom Staat. Aus republikanischer Perspektive sind Zivilgesellschaft und Staat dagegen über intermediäre Institutionen, also zum Beispiel freiwillige Assoziationen, Vereine, Kooperationen oder andere Arten der Vernetzung, miteinander verbunden. Mit den süd-amerikanischen Befreiungsbewegungen und der sich herausbildenden Dissidentenkultur in Osteuropa ist in den siebziger Jahren eine dritte Variante ins Blickfeld gerückt: eine zivilgesellschaftliche Stoßrichtung, die in Opposition zu den staatlichen Verhältnissen formuliert wurde.

Vergleichbare Bewegungen in Asien, etwa in China, haben jedoch nicht zu einer Diskussion im Westen geführt. Erst der Erfolg zivilgesellschaftlicher Akteure in Asien einerseits und das Beharren der staatlichen Organe auf einer spezifisch asiatischen Interpretation des Begriffs andererseits – etwa in der Menschenrechtsdebatte – haben die Aufmerksamkeit des Westens geweckt. Allerdings herrscht der westliche Beurteilungsmaßstab vor; damit verbunden ist die Vorstellung, dass es in den meisten Ländern Asiens gar keine zivilgesellschaftlichen Strukturen oder Organisationen gibt.

1 Vgl. zu den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Diskursen und deren ideengeschichtlichen Hintergrund die Übersicht in: Ansgar Klein, *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*, Oppladen 2001.

So wird in westlichen Publikationen, etwa in Berichten der Weltbank oder international vergleichenden Surveys, allein die Zahl der nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) als Indikator verwendet. Auch die vielfältigen Dezentralisierungskonzepte haben in aller Regel einen dezidiert westlichen Zuschnitt.² Diese Dominanz von Westdiskursen und normativen Vorstellungen hat in den Ländern Asiens zu unterschiedlichen Reaktionen geführt: In einigen Ländern, etwa in Kambodscha, wird die vom Westen initiierte Etablierung von NGOs und vergleichbaren Organisationen überwiegend positiv und als Chance für partizipative Entfaltung bewertet. In anderen Ländern wiederum, etwa in Laos oder Vietnam, begegnet man derartigen entwicklungspolitischen Ansinnen mit Skepsis. Häufig wird betont, dass es eine eigene, asiatische Auffassung von zivilgesellschaftlicher Entwicklung gebe.

In diesem Beitrag soll verdeutlicht werden, dass zivilgesellschaftliche Diskurse in hohem Maße kontextgebunden sind und sich viele Länder in Asien in einem tief greifenden Transformationsprozess befinden. Vor diesem Hintergrund stehen nicht allein Fragen der politischen Partizipation zur Debatte, sondern sehr viel umfassendere Prozesse sozialer und ökonomischer Integration. Weiter wird hier argumentiert, dass es aus dieser Perspektive in der Region schon immer zivilgesellschaftliche Institutionen gegeben hat, die in traditioneller Weise Integrationsprozesse beförderten. Diese zumeist noch intakten Institutionen werden vom Westen, z. B. in der Entwicklungspolitik, aber kaum wahrgenommen. Oft arbeiten beide Seiten nebeneinander her oder behindern sich gar gegenseitig. Ein produktives Zusammenwirken ist nur dann möglich, wenn der Aufbau eines integrierenden Institutionengefüges gelingt, das nicht nur politische Partizipation, sondern auch ökonomische und soziale Integration auf der Grundlage

2 Vgl. Michael H. Nelson, *Thailand: Problems with Decentralization?*, in: ders. (Hrsg.), *Thailand's New Politics* (KPI Yearbook 2001), Bangkok 2001. Aus seiner Sicht klingen die Dezentralisierungsbemühungen, als seien sie „taken from Western textbooks on public administration“ (S. 263). Vgl. auch Ulrich Metzger, *Dezentralisierung in Entwicklungsländern*, Würzburg 2001; Walter Thomi/Markus Steinich/Winfried Polte (Hrsg.), *Dezentralisierung in Entwicklungsländern*, Baden-Baden 2001.

traditioneller und zugleich moderner zivilgesellschaftlicher Formen gewährleistet.³ Nur auf diese Weise ließe sich ein konstruktiver und typisch asiatischer Weg zur Zivilgesellschaft beschreiten.

Ich beziehe mich hier nur auf die Staaten Südostasiens, die zuletzt der Association of South East Asian Nations (ASEAN) beigetreten sind und nach ihren Ländernamen auch als CLMV-Region bezeichnet werden.⁴ Thailand ist in dieser Debatte von besonderer Bedeutung, weil der zivilgesellschaftliche Diskurs dort offensichtlich am weitesten vorangeschritten ist und sich die genannten Länder zudem an seinem Beispiel orientieren. Gemeinsam bilden die CLMV-Länder und Thailand die Mekong-Region.⁵

Transformationsprozesse bilden einen besonderen Rahmen für zivilgesellschaftliche Diskurse

Bei den Ländern der CLMV-Region handelt es sich um Transformationsländer. Damit ist gemeint, dass sich diese Länder in mindestens einem gesellschaftlichen Bereich, oft aber auch in mehreren zugleich, in einem radikalen Veränderungsprozess befinden; in der CLMV-Region sind dies die Einführung der Marktwirtschaft und zum Teil heftige politische Umbrüche. Wirtschaftlich gesehen besitzt Kambodscha einen offenen Markt, in Laos wird ein New Economic Mechanism-Ansatz (NEM) praktiziert, selbst in Myanmar/Burma gibt es eine vorsichtige wirtschaftliche Öffnung, und in

3 Amartya Sen, *The Market, Democracy, and Development*, in: M. H. Nelson (Anm. 2), S. 1–25.

4 Es hat sich in den vergangenen Jahren durchgesetzt, von Myanmar/Burma zu sprechen, um sich sprachlich einerseits nicht nur auf die burmesisch sprechenden Burmanen zu beschränken; andererseits wird damit der früheren, eher traditionellen Namensgebung Rechnung getragen.

5 Aktuell zur Entwicklung in der Mekong-Region vgl. Mingsarn Kaosa-ard/John Dore (Hrsg.), *Social Challenges for the Mekong Region*, Bangkok 2003. Den folgenden Ausführungen liegen mehrere Studienaufenthalte in den genannten Ländern zugrunde. Insbesondere in Vietnam hat der Autor in den vergangenen Jahren intensive Feldstudien zum Thema Sozialkapital und Institutionenaufbau durchgeführt. Vgl. Rainer Klump/Gerd Mutz (Hrsg.), *Doi Moi in Wirtschaft und Gesellschaft. Soziale und ökonomische Transformation in Vietnam*, Marburg 2002; dies. (Hrsg.), *Modernisation and Social Transformation in Vietnam. Social Capital Formation and Institution Building*, London–New York 2003. Die thailändische Botschaft in Deutschland ermöglichte einen Aufenthalt in Thailand, um Gespräche zu diesem Thema durchzuführen; ihr sei an dieser Stelle gedankt. Mein besonderer Dank gilt allen Gesprächspartnern in der Mekong-Region, insbesondere aber Nina N. Ouan, die Forschungsreisen vorbereitete und Länderberichte zusammenstellte.

Vietnam findet ein erfolgreicher Doi-Moi-Prozess, eine Reformpolitik, statt. Hinzu kommen die politischen Veränderungen: In Kambodscha gibt es nach dem Terror der Roten Khmer und der vietnamesischen Besatzung seit 1991 mit der Einsetzung der United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) Demokratisierungsbestrebungen. In Laos existiert seit dem Bürgerkrieg 1975 ein kommunistisches Einparteiensystem, Myanmar/Burma erlebte 1988 einen Militärputsch, und in Vietnam herrscht nach dem Bürgerkrieg und den kriegerischen Auseinandersetzungen mit den USA seit dem Paris Peace Accord von 1973 ebenfalls die kommunistische Partei. Derart tief greifende Wandlungsprozesse haben beträchtliche Folgen für das soziale Zusammenleben. Die CLMV-Region ist in den vergangenen Dekaden unter starken Veränderungsdruck geraten.⁶

Allein diese knappe Aufzählung verdeutlicht die Schwierigkeit, ... zivilgesellschaftliche Ausprägungen nach unseren westlichen Maßstäben zu bewerten. Soziologisch gesehen ist es zudem unzureichend, nur nach der politischen Partizipation zu fragen. Die Herausforderungen in diesen Ländern sind weit umfassender, weil es auch um ökonomische und soziale Probleme geht. Es ist deshalb notwendig, den engen politikbezogenen Zugang aufzugeben und die Interdependenz zwischen sozialen Prozessen, Markt und Zivilgesellschaft zu untersuchen. Studien zur Transformationsforschung können hier hilfreich sein, weil diese die Kontextgebundenheit zivilgesellschaftlicher Praxis und Diskurse ernst nimmt und unterschiedliche kulturelle und nationale Verwendungsweisen berücksichtigt.⁷ Zugleich ist nach Jean L. Cohen und Andrew Arato das institutionelle Gefüge zwischen Zivilgesellschaft und Markt, also etwa freiwillige Wirtschaftsassoziationen oder kooperative Netzwerke, von ähnlicher Bedeutung wie das Parteiengefüge als Verbindung von Zivilgesellschaft und Staat.⁸ Dazu zählen nicht nur formalisierte

6 Zu den einzelnen Länderdaten vgl. die Internetseite des Auswärtiges Amtes, <http://www.auswaertigesamt.de/laenderinfos>; UNDP, *National Human Development Report, Vientiane 2002*; World Bank, *Civil Society Assessment in Cambodia*, Phnom Penh 2001; Til Schönherr, *Vietnam. Politische und wirtschaftliche Perspektiven* (unv. Manuskript), Bonn 2003; Kenneth Thompson, *Social Protection in Lao PDR*, zu finden unter: <http://library.fes.de>; Kham Lee, *Social Challenges for Lao PDR*, in: M. Kaosa-ard/J. Dore (Anm. 5).

7 Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel, *Zivilgesellschaft und Transformation*, in: *Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen*, 10 (1997) 1, S. 12–34.

8 Jean L. Cohen/Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge/M.–London 1992. Eine solche Erweiterung des Blicks ist nicht unproblematisch. Denn es stellt sich die Frage, welche Bedeutung Vermittlungsinstitutionen zukommt, die wie etwa Handelskammern in stellvertretender Weise privatwirtschaftliche Ziele verfolgen.

Organisationen nach dem Muster von Verbänden, Assoziationen oder NGO's, sondern auch Traditionen, Bräuche und informalisierte Praktiken verschiedener Art⁹ – ein Sachverhalt, der für die ökonomische Entwicklung hinlänglich bekannt ist.¹⁰ Diese „weichen Faktoren“ können im Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung als soziales Kapital interpretiert werden.¹¹ Eine solche soziologische Transformationsperspektive wird im Folgenden zugrunde gelegt, um die Situation in der CLMV-Region zu beschreiben.

Traditionelle und moderne zivilgesellschaftliche Institutionen in der CLMV-Region

1. Die Rolle buddhistischer Institutionen in Kambodscha

Kambodscha erscheint als ein Land, in dem die soziale Ordnung auf den ersten Blick vollkommen zerstört ist. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es überwiegend agrarisch strukturiert; 80 Prozent der Menschen arbeiten in der Landwirtschaft, es gibt kaum eine nennenswerte Industrie, und die Infrastruktur ist durch den Bürgerkrieg noch stark zerstört. Das Humankapital ist ebenfalls kaum entwickelt. In den vergangenen Jahren gab es ein relativ gleichmäßiges Wirtschaftswachstum auf niedrigem Niveau. Die politische Situation ist in hohem Maße durch die Einflussnahme der internationalen Gemeinschaft geprägt. Kambodscha hat sich – oberflächlich betrachtet – stabilisiert; die gewaltsamen Ereignisse bei den Wahlen 2003 zeigen allerdings die Fragilität der Lage. Angesichts dieser Situation ist es ein „Wunder“, dass die Gesellschaft zusammenhält – insbesondere wenn man bedenkt, dass ein tiefes Misstrauen unter den Bürgern des Landes herrscht.

Nach Meinung der meisten Experten sind es die Monarchie und der Buddhismus, die in entscheidender Form integrative Wirkung ausüben. In einer Selbststilisierung und in Anlehnung an die zwei Räder des Dharma spricht König Sihanouk von den „wheels of the chariot of Khmer nationa-

lism“¹². Diese Auffassung dürfte insofern zutreffend sein, als auch nach unseren empirischen Untersuchungen mit der Monarchie die Idee einer nationalen Ordnung verknüpft ist, während der Buddhismus die Vorstellung einer kulturellen Kontinuität transportiert. Beides zusammen umfasst den lebensweltlichen Kosmos der meisten Kambodschaner. Insbesondere der Buddhismus hat enorme alltagspraktische Relevanz, weil die Dörfer gleichsam um die Pagode herum organisiert sind. Dies stiftet nicht nur eine kulturelle, sondern insbesondere eine soziale Einheit, und die darin eingebetteten traditionellen Solidargemeinschaften, so die zutreffende Einschätzung von Walter Aschmoneit, „sind Teil der Zivilgesellschaft, ja sie sind wahrscheinlich der größte und solideste Teil“¹³. Ein weiteres Potential der Pagoden liegt darin, dass sie die wirtschaftlichen Aktivitäten in vielfacher Weise durch freiwillige Assoziationen und Netzwerke einrahmen und gleichzeitig soziale Sicherheit bieten. Dabei bilden die Pagoden-Komitees die grundlegende Verknüpfung zwischen dem Gemeinwesen und der Pagode. Sie unterstützen beispielsweise vorhandene Solidargemeinschaften (Elternverbände, Solidarkassen für Todesfälle usw.) und organisieren Feste, die der Verteilung von wichtigen Gütern dienen. Von herausragender Bedeutung sind die traditionellen Reis-Assoziationen, die in verschiedenen Dörfern Reis verleihen oder spenden.¹⁴

Derartige Reis-Assoziationen verdeutlichen das entwicklungspolitische Dilemma beim Aufbau wirtschaftsfördernder Strukturen. Erstens zeigen sie, wie zivilgesellschaftliche Strukturen (Assoziationen), wirtschaftliches Handeln (Reisanbau und [Um-]Verteilung) und soziale Organisation (durch die Pagoden) auf der Ebene von Gemeinwesen zusammenwirken. Integration und Partizipation sind zwei Seiten einer Medaille. Zweitens wird der Charakter der wenig oder gar nicht formalisierten Selbstorganisationen deutlich, die traditionell verankerte reziproke und kooperative Handlungs-

12 Zitiert nach Charles Keyes, *Communist Revolution and the Buddhist Past in Cambodia*, in: ders./Laurel Kendall/Helen Hardacre, *Asian Visions of Authority. Religion and the Modern States of East and Southeast Asia*, Honolulu 1994, S. 43–73, S. 35. Vgl. auch Eric J. Hobsbawm/Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983; Yos Hut Khemacaro, *Steering the Middle Path: Buddhism, Non-Violence and Political Change in Cambodia*, in: *Accord*, 5 (1998), S. 71–76; Peter Gyallay-Pap/Hean Sokhom (Hrsg.), *Buddhism in Cambodia*, Phnom Penh 1996.

13 Walter Aschmoneit, *Traditionelle Solidargemeinschaften in Kambodscha* (unv. Manuskript), Eschborn 1998, S. 21.

14 Zu diesen Aktivitäten siehe ders. (unter Mitarbeit von Chan Sotheavy, Kao Kalyan, Narak Sovann, Top That), *Traditionel Organizational Landscape in Cambodia* (unv. Manuskript), Kampong Thom 1997.

9 Ulrike Liebert/Hans-Joachim Lauth, *Do Informal Institutions Matter?*, in: dies. (Hrsg.), *Im Schatten demokratischer Legitimität*, Opladen-Wiesbaden 1999.

10 Es war der Nobelpreisträger Amartya Sen, der darauf hingewiesen hat, „that markets need other institutions to function well . . . : system of shared values, related to trust, reliability, and basic business ethics, which have made the success of capitalism possible“. Vgl. A. Sen (Anm. 3), S. 3 f.

11 Vgl. prominent Robert D. Putnam, *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.

muster verdichten und somit wirtschaftliches Handeln gleichsam tragen.¹⁵ Drittens muss soziales Kapital in Form von Gemeinwesenidentität einerseits und interpersonellen Vertrauensverhältnissen andererseits bereits vorhanden sein, damit derartige Prozesse der Integration und Partizipation wirksam sein können. Somit macht es entwicklungspolitisch wenig Sinn, nur politische, wirtschaftliche oder soziale Aktivitäten zu fördern und entsprechend einseitig wirkende Institutionen aufzubauen. Denn was hier aufgrund der „moralischen Autorität“ (Aschmoneit) der Pagoden funktioniert, muss etwa bei Reis-Banken des Typs Grameen,¹⁶ die internationale NGO's eingeführt haben, erst hergestellt werden. Derartige Projekte können nicht funktionieren, wenn sie keine Verankerung im Gemeinwesen haben und traditionelle Assoziationen und Vernetzungen nicht nutzen.¹⁷ Selbst wenn traditionelles Sozialkapital vorhanden ist, wäre es schwer genug, moderne Formen der Mitgliedschaft sowie Vertretungs- und Abstimmungsstrukturen zu integrieren.

Darüber hinaus bleiben (und das Beispiel der Reis-Assoziationen macht dies sehr deutlich) Organisationen, die von traditionellen Strukturen unabhängig sind und an den organischen zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt nicht anknüpfen können (oder wollen), ein Fremdkörper in der Gesellschaft. Dies trifft auf die meisten modernen, nach westlichem Vorbild importierten Organisationen der Zivilgesellschaften zu. Hema Goonatilake spricht denn auch treffend von „organic and artificial civic society structures“.¹⁸ Vor diesem Hintergrund wird nochmals deutlich, dass das Aufzählen von (inter-)nationalen NGO's wenig hilfreich ist, zivilgesellschaftliche Strukturen, deren Wirkungsweise und sich daraus bildende Handlungsmuster zu beschreiben.¹⁹

15 Siehe Kim Sedara, *Reciprocity, Informal Patterns of Social Interaction in a Cambodian Village near Angkor Park* (Master Thesis), Phnom Penh 2001; Judy Ledgerwood, *Contemporary Cambodian Society*, zu finden unter: www.seasite.niu.edu/khmer; Peter Gyallay-Pap, *From Conflict to Reconciliation in Cambodia?* (unv. Manuskript), Bat-tambang 1993.

16 Zu diesem Mikrofinanzierungsmodell und Entwicklungsbanken vgl. die Internetseite der GTZ www.gtz.de/themen/deutsch/wirtschaft-beschaeftigung/fse/projekte/asien.htm; <http://www.dse.de/zeitschr/ez1100-4.htm>.

17 Das Zusammenwirken von Pagoden, religiösen Riten und Praktiken mit wirtschaftlichen Erfordernissen ist freilich nicht unproblematisch und muss vor allen Dingen dann hinterfragt werden, wenn es zu politischer Einflussnahmen kommt.

18 Hema Goonatilake, Vertreterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Phnom Penh, in einem persönlichen Gespräch mit dem Autor am 18. 2. 2002.

19 Vgl. etwa World Bank (Anm. 6); Kao Kim Houn (CICP), *Emerging Civil Society in Cambodia. Opportunities and Challenges*, Phnom Penh 1999. Nach diesen Daten gab es eine Explosion von nationalen und internationalen Organi-

2. Die zivilgesellschaftliche Situation in Laos und Myanmar/Burma

Anders als für Kambodscha existiert zur zivilgesellschaftlichen Situation in Laos und Myanmar/Burma wenig sozialwissenschaftliche Literatur; das hängt damit zusammen, dass es insgesamt nur wenige empirische Studien gibt. Deshalb kann die zivilgesellschaftliche Situation in Laos weniger eindeutig bestimmt werden: Die wirtschaftliche Lage ist weitaus schlechter als in Kambodscha, obwohl die Zuwachsraten mit rund fünf Prozent relativ gut sind. Das Land ist jedoch noch stärker agrarisch dominiert als Kambodscha, und es gibt kaum Infrastruktur oder Ansätze zur Entwicklung des Humankapitals. Laos zählt zu den ärmsten Ländern der Welt, und mehr als die Hälfte des Staatshaushalts wird seit Jahrzehnten von der internationalen Gebergemeinschaft getragen. Durch das kommunistische Einparteiensystem ist das Land jedoch stabiler als der Nachbarstaat Kambodscha. Im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt wirken viele Faktoren erschwerend: Nur etwa 60 Prozent der Bevölkerung können als buddhistisch orientiert bezeichnet werden, während sich die übrigen in einem animistischen Welt- und Kosmosgefüge verankert sehen.²⁰ Zudem ist die buddhistische Prägung in Laos PDR weniger kulturell und sozial integriert als in Kambodscha und ruht stärker auf einer ebenfalls animistischen Basis. Die ethnische Zusammensetzung ist sehr heterogen: Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sind Lao Loum, die in der Mekong-Region sesshaft sind; daneben gibt es circa 70 Minoritäten, die meist in den Bergregionen leben. Für die meisten Ethnien gilt zudem, dass sie kleinräumig-nomadisch leben; das heißt, sie wechseln ihr Land nach mehreren Generationen und besitzen deshalb zwar eine starke Gruppenzugehörigkeit, aber keine auf Kontinuität ausgerichteten Dorfstrukturen. Wegen dieser Diversität ist wenig über traditionelle zivilgesellschaftliche Strukturen bekannt – man weiß lediglich, dass sich diese in Form von kooperativen Gruppen und losen Netzwerken sowie entsprechend informellen Handlungsmustern herausgebildet haben.²¹ Neben den bekannten parteinahen Massenorganisationen, die eben-

sationen: 2001 arbeiteten dort 185 internationale und über 384 kambodschanische Organisationen. Diese Zahlen weisen eher auf den Grad der Selbstbestimmung der kambodschanischen Bevölkerung hin als auf ihre zivilgesellschaftliche Verfasstheit.

20 Unter „Animismus“ versteht man die Lehre von der Beseeltheit aller Dinge.

21 Interessant hierzu: Clay G. Wescott (Hrsg.), *Key Governance Issues in Cambodia, Lao PDR, Thailand, and Vietnam*, ADB, Asian Development Bank, Manila 2001, und Mahadi Nawi, *Role of Civil Society*, zu finden unter: www.unescap.org/pop/icpd/ippf.htm.

falls einen eher modernen, westlich orientierten Charakter aufweisen – wie Lao National Front for Construction, Lao Women's Union (LWU), Lao People's Revolutionary Youth Union und Lao Federation of Trade Unions –, gibt es eine Reihe kleinerer Verbände, die unterschiedlich stark in das Einparteiengefüge eingebunden sind. Es gilt jedoch hervorzuheben, dass einerseits auch innerhalb der Massenorganisationen zivilgesellschaftliche Prozesse ablaufen und sich andererseits in den Dörfern der Mekong-Region in den vergangenen Jahren unabhängige und relativ autonome zivilgesellschaftliche Strukturen entwickelt haben.²² Dennoch verfügt Laos nicht über die gleiche relative kulturelle Homogenität wie Kambodscha.

Dieser Sachverhalt gilt auch für Myanmar/Burma. Hier leben knapp 70 Prozent Burmesen und jeweils knapp zehn Prozent Shan und Karen sowie mehr als 130 weitere ethnische Gruppen – die Bevölkerungszahl ist jedoch mit fast 50 Millionen Einwohnern etwa achtmal so hoch wie die von Kambodscha oder Laos. Myanmar/Burma ist ebenfalls ein wirtschaftlich schwach entwickeltes Land, das aber über eine intaktere Infrastruktur verfügt und außer in der Landwirtschaft auch im Bereich der Leicht- und Schwerindustrie sowie im Reishandel engagiert ist; es gibt stärker ausgeprägte internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Auslandsinvestitionen und Joint ventures.²³

Anders als in Kambodscha und Laos kann in Myanmar/Burma, so räumt selbst die kritische International Crisis Group (ICG) ein, in Bezug auf die demokratische Phase in der Vergangenheit von einer „vibrant civil society“ gesprochen werden.²⁴ Demnach hat es damals neben bürgerlichen Clubs und einem relativ freien Journalismus sogar öffentliche Foren, etwa ein Speaker's Corner nach britischem Vorbild, gegeben. Interessant ist, dass für die aktuelle Situation einerseits wiederum den Pagoden und somit dem Buddhismus eine tragende Rolle zugeschrieben wird, andererseits aber auch „modernen“ Gruppen wie Studenten, Intellektuellen, Künstlern, Medienschaffenden und vor allem den Wirtschaftsverbänden. Die wenigen Publikationen²⁵ sowie einige Internetlinks legen die Vermutung nahe, dass sich in Burma zwei

kaum zusammenhängende zivilgesellschaftliche Stränge entwickeln könnten: organische sozioökonomische Institutionen, die wie in Kambodscha um die buddhistischen Pagoden organisiert sind, sowie moderne Verbändestrukturen, die von der internationalen Wirtschaft ausgehen.

3. Zivilgesellschaftliche Bedeutung autonomer Dorfstrukturen in Vietnam

Vietnam hat sich in der CLMV-Region wirtschaftlich am besten entwickelt. Es ist politisch äußerst stabil und sowohl im ASEAN-Verbund als auch auf internationaler Ebene sehr gut integriert. Die Exportraten umfassen fast 50 Prozent des Sozialprodukts; Vietnam ist inzwischen der zweitgrößte Reis- und Kaffee-Exporteur der Welt. Mit 80 Millionen Einwohnern ist es neben Thailand (62 Millionen) das bevölkerungsreichste Land der Mekong-Region, etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt in urbanen Zentren. In Vietnam sind etwa 80 Prozent der Einwohner buddhistisch, allerdings in der mahayanischen Richtung und stark animistisch orientiert sowie konfuzianisch geprägt. Es ist das ethnisch homogenste Land der Region (nur rund zehn Prozent der Bevölkerung gehören ethnischen Minoritäten an).

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft Vietnams ist deshalb interessant, weil sie eine Reihe von Parallelen, aber auch Abweichungen gegenüber den anderen Ländern der CLMV-Region aufweist. So gibt es, geprägt durch das kommunistische Einparteiensystem, eine ähnliche Struktur von Großorganisationen und Einflussnahme auf freiwillige Assoziationen und Verbände wie in Laos; und wie in Kambodscha gibt es wegen der Offenheit Vietnams eine Vielzahl westlich orientierter nationaler und internationaler NGO's sowie relativ autonome Vereinigungen.²⁶ Die meisten Gruppen sind im strikten Sinne nicht staatsunabhängig, haben aber durchaus zivilgesellschaftliche Wirkungen – es ist deshalb treffend, von „mediating groups“ oder „quasi-civil organizations“ zu sprechen.²⁷

bilities and dilemmas for international NGOs, Chiang Mai 1999.

²² Vgl. zum Beispiel Government decree No 35/HDBT, Jan 28 1992 (non-profit scientific organisations); Regulations on the operations of international NGO in Vietnam promulgated in accordance with Decision No. 340/TTg, May 24 1996; Regulations on the exercise of democracy in communes in conjunction with Decree No. 29/1998/ND-CP; Decree No. 177/1999/ND-CP on promoting organisation and operation of social funds and charity funds, Dec 22 1999.

²³ Le Bach Duong/Khuat Thu Hong/Bach Tan Sinh/Nguyen Thanh Tung, Civil Society in Vietnam (unv. Manuskript), Hanoi o.J., S. 5 und S. 26. Zur weiteren Interpretation vgl. Michael Gray, Creating Civil Society? The emergence of NGOs in Vietnam, in: Development and Change, 30 (1999), S. 693–713; Mark Sidel, The emergence of a Nonprofit Sector and Philanthropy in the Socialist Republic of Viet-

22 Patrick Ladwig, The center approaching the peasant village: decentralisation and social capital in the context of rural development planning in Lao PDR, Vientiane 2001, und UNDP (div. Autoren), National Human Development Report Lao PDR, Vientiane 2001.

23 Auf andere einkommensstarke Aktivitäten, wie etwa Mohnanbau (auch in Laos) und Diamantabbau, wird hier nicht weiter eingegangen.

24 International Crisis Group, Myanmar/Burma: The Role of Civil Society, Bangkok – Brüssel 2001, S. 3.

25 Vgl. Burma Centrum Nederlands and Transnational Institute (Hrsg.), Strengthening Civil Society in Burma: possi-

Anders als in allen übrigen Ländern ist der sozial-integrative Einfluss des Buddhismus in Vietnam geringer, und es bestehen vor allen Dingen nicht die engen Verknüpfungen zum wirtschaftlichen Bereich. Es gibt jedoch in diesem Zusammenhang eine Besonderheit, die von zivilgesellschaftlicher Relevanz ist: die relativ autonom und selbst organisierten Strukturen in den Dörfern, die eigene, oft gering formalisierte Gesetzmäßigkeiten aufweisen. Es heißt, jedes Dorf sei eine eigene Republik, obwohl es gleichzeitig – dem Prinzip konfuzianischer Organisation folgend – in bürokratische Strukturen eingebunden ist.²⁸ Vietnamesen fühlen sich in einen Kosmos von dorfspezifischen Geistern eingebunden, die wiederum einen engen Bezug zu den jeweiligen lokalen wirtschaftlichen Notwendigkeiten aufweisen.²⁹

Werden derartig komplexe Strukturen und kulturelle sowie wirtschaftliche Verankerungen bei (gut gemeinten) entwicklungspolitischen Interventionen nicht berücksichtigt, dann lassen sich weder die vorhandenen Selbsthilfepotentiale stärken noch integrative oder partizipative Prozesse befördern. Hier gibt es Beispiele, die durchaus auch das staatliche Handeln betreffen. So beschreiben Adam Fforde/Nguyen Dinh Huan den Unterschied zwischen den organischen, auf Freiwilligkeit beruhenden kooperativen Gruppen und den politisch erwünschten modernen Kooperativen, denen die Bevölkerung mit Skepsis begegnet.³⁰ Bei den über 5 000 Mikrofinanzsystemen, die nach dem Grameenbank-Modell eingerichtet wurden, und den vielfältigen lokalen Produktions- und Verteilungsgenossenschaften verhält es sich ähnlich: Der Ansatz ist insofern richtig, als durch wirtschaftliche Integration die sozialen Voraussetzungen für Partizipation geschaffen werden sollen. Es kommt allerdings zu Problemen, wenn die betreffenden traditionellen zivilgesellschaftlichen Formen der Selbstorganisation nicht berücksichtigt werden. Dann helfen auch keine internationalen Organisationen, die gleichsam in Vertretung für die Benachteiligten Armutsprogramme auflegen.³¹

nam, in: Tadashi Yamamoto (Hrsg.) *Emerging Civil Society in The Asia Pacific Community*, Tokio 1995. Til Schönherr spricht treffend von einem „politischen Pluralismus der besonderen Art“. Vgl. T. Schönherr (Anm. 6), S. 10.

28 Es geht nicht um die Bezeichnung eines fest umrissenen Raumes. Dorf meint hier durchaus auch Region, Provinz oder Gemeinwesen.

29 Lesenswert sind immer noch die Ausführungen von Nguyen Tien Huu, *Dörfliche Kulte im traditionellen Vietnam*, München 1970.

30 Adam Fforde/Nguyen Dinh Huan, *Vietnamese Rural Society and its Institutions* (unv. Manuskript), Hanoi 2001.

31 Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ist sich dieser Zusammenhänge durchaus bewusst. Vgl. die verschiedenen Beispiele auf deren Website: www.gtz.de. Solche Programme setzen im Übrigen voraus,

Gibt es in der Mekong-Region einen eigenen Weg in die Zivilgesellschaft?

Nach der Beschreibung der zivilgesellschaftlichen Situation in den CLMV-Ländern Südostasiens und der entwicklungspolitischen Implikationen soll abschließend die mögliche Rolle Südostasiens im internationalen Diskurs über die Zivilgesellschaft betrachtet werden. Dabei ist unsere empirische Beobachtung wichtig, dass in den Ländern der Mekong-Region, Thailand also eingeschlossen, bereits zivilgesellschaftliche Diskurse geführt werden, die sowohl internationale Debatten als auch die eigene Situation reflektieren. Dies zeigen die hier genannten Autoren³² sowie die jeweiligen nationalen Medien – es handelt sich folglich um Diskussionen, die bei aller Beschränkung durchaus öffentlich geführt werden.

Dabei wird immer wieder auf die besondere Situation in der Region hingewiesen, die eine eigene Einbettung des Diskurses erfordere; es gelte die Transformationssituation zu berücksichtigen, die primär eine Analyse von Integrationsprozessen erfordere. Problemen der politischen Partizipation wird eine nachrangige Bedeutung zugeschrieben. Allerdings fällt auf, dass die europäisch geprägte Transformationsforschung kaum rezipiert wird. Des Weiteren wird die auch in diesem Beitrag vertiefte Debatte um traditionelle versus moderne zivilgesellschaftliche Institutionen geführt, wobei sowohl ein plurales Nebeneinander als auch ein Zusammenwirken denkbar erscheint.³³ Wenig Sympathie für westliche Eingriffe wird dann geäußert, wenn die zivilgesellschaftliche Bedeutung organischer Strukturen ignoriert oder unterminiert wird. So gibt es zum Beispiel Empfindlichkeiten, wenn eigene selbst organisierte und kooperative Formen des Wirtschaftens aus einer westlich geprägten zivilgesellschaftlichen Vogelperspektive als nicht politisch relevant bezeichnet werden.

dass man weiß, wie derartige Strukturen in den jeweiligen Regionen funktionieren und mit welchen Personen eine Zusammenarbeit machbar ist. Ersteres erfordert eine soziologische *livelihood*- oder *social capital*-Analyse, Letzteres eine Untersuchung der strategischen Gruppen; beides wird von Organisationen der Donor-Gemeinschaft fast immer unterlassen.

32 Vgl. zusätzlich für Thailand: Pasuk Phongpaichit, *Social Movements in Thailand* (unv. Manuskript), Bangkok 2002; Pinkaew Laungaramsri, *Competing discourses and practices of „Civil Society“* (unv. Manuskript), Chiang Mai 2002.

33 Insbesondere in Thailand ist die Vielfalt von Organisationen beachtlich. Neben den bereits bekannten Organisationen finden sich darunter auch soziale Bewegungen und Philanthropieverbände sowie Corporate Social Responsibility-Ansätze.

Darüber hinaus konnten wir erfinderische Kombinationen von traditioneller und moderner Praxis beobachten: Aktivisten in Chiang Mai im Norden Thailands, die das Abholzen von Wäldern für den Bau einer Seilbahn bekämpften, führten eine „Tree Ordination Ceremony“ durch, bei denen den Bäumen – wie sonst nur Buddha-Figuren – die bekannten orangefarbenen Tücher umgebunden wurden. So wurde die Bedeutung von Bäumen kulturell anschlussfähig an die eigene Welterfahrung zum Ausdruck gebracht sowie dem Anliegen Nachdruck verliehen.³⁴ Trennungslinien zwischen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Formationen werden überwunden – soziologisch interpretiert lässt sich von Entgrenzungsprozessen sprechen.

Im Hinblick auf Verknüpfungsmöglichkeiten wird auch diskutiert, inwieweit moderne Organisationen zu stark auf Mittelschichten gründen, und es wird immer wieder die Vermutung aufgestellt, dass viele vom Ausland finanziert würden. Deshalb gibt es vielfältige Bemühungen, eigenständige Strukturen aufzubauen. Wiederum in Thailand konnten wir bei unserem jüngsten Forschungsaufenthalt in Chiang Mai beobachten, dass mehrheitlich Studenten und einige wenige Professoren eine Offene Universität (Midnight University) betreiben, bei der es in Vorträgen und Diskussionen um die Vielfalt partizipativer Verfahren ging.

Das Thema Eigenständigkeit zivilgesellschaftlicher Formen und Entwicklungen hat in den südostasiatischen Diskursen durchaus eine hohe Relevanz. So hat Pasuk Phongpaichit bei ihrer Untersuchung zu sozialen Bewegungen Besonderheiten herausgearbeitet, die nicht nur für derartige Organisationen von Bedeutung sind.³⁵ Bei den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gehe es anders als in westlichen Ländern um „bread-and-butter-Themen“ (wesentlich um Ressourcen wie Energie oder Wasser) und damit um basale Lebensbedingungen. Dies sei der Grund für die große Beteiligung der „einfachen“ Bevölkerung. Nach Ansicht von Phongpaichit sollte man deshalb einen eigenen Begriff prägen und von „popular movements“ sprechen, auch wenn Akteure aus der

Bildungsschicht beteiligt seien und moderne Aktionsformen angewendet würden. Schließlich weist die Autorin auf einen interessanten Sachverhalt hin, der für die asiatischen Diskurse über Zivilgesellschaft von Bedeutung ist: Es gehe nicht um individuelle Wege der Partizipation; vielmehr seien zivilgesellschaftliche Aktivitäten „community based“, aus den Gemeinschaften heraus formuliert. Dieses Ergebnis ist unmittelbar einsichtig und bestätigt sozial- und kulturwissenschaftliche Untersuchungen in der Region. Somit wird deutlich, dass zivilgesellschaftliche Diskurse eher eine republikanische Prägung aufweisen, weil es kein Konzept des A-priori-Individuums gibt. Zivilgesellschaft findet somit innerhalb einer gedachten gesellschaftlichen Ordnung statt. Dabei ist es kein Widerspruch, dass die zivilgesellschaftlichen Diskurse gleichzeitig in hohem Maße von Wirtschaftsinteressen gesteuert sind. In gewisser Weise kommt hier eine Variante zum Vorschein, die aus Osteuropa, insbesondere aus Ungarn, bekannt ist. Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten richten sich nicht generell gegen den Staat, weil Staat und (Zivil-)Gesellschaft nicht als Gegensatz gedacht werden; vielmehr wenden sie sich gegen staatliche Einflussnahmen, die (individuelles oder kooperatives) Wirtschaften behindern.

Somit kann das Resümee gezogen werden, dass sich in der Mekong-Region Südostasiens Formen republikanischer Zivilgesellschaft am ehesten als durchsetzbar erweisen. Westliche Deutungsangebote haben dann eine Chance, wenn sie sich alltagspraktisch in die gelebte traditionelle Ordnung einfügen lassen. In diesem Verwendungsprozess entstehen dann neue Muster zivilgesellschaftlichen Handelns und somit spezifische asiatische Prägungen. Es verhält sich mit der Diskussion um die Zivilgesellschaft wie mit der sehr kontrovers geführten Wertedebatte: Letztlich haben nicht die Werte eine eigene asiatische Prägung, sondern es ist die besondere Fähigkeit der asiatischen Gesellschaften, westliche Konzepte in eigene Weltvorstellungen zu integrieren – ohne den eigenen Kosmos aufzugeben. Und somit geht es – um abschließend noch einmal Amartya Sen zu zitieren – darum, „multiple institutions“ aufzubauen, die den gesellschaftlichen Gebrauch von „varying norms of behavior“ gewährleisten.³⁶

34 Dieses Beispiel ist in der Broschüre der Heinrich-Böll Stiftung, Regionalbüro Thailand und Südostasien, dokumentiert.

35 Vgl. P. Phongpaichit (Anm. 32).

36 A. Sen (Anm. 3), S. 12.

Die „Desorganisation“ der Tiger

Die neue Phase wirtschaftlicher Modernisierung in Südkorea und Taiwan

Traditionelle Werte, Organisations- und Netzwerkformen sind in den asiatischen Schwellenländern in den vergangenen Jahren massiv in Frage gestellt worden. Die asiatische Finanzkrise hat das Ende der Tycoons und der „old bamboo networks“ eingeläutet. Zwar hat die Wirtschaftsentwicklung in den so genannten Tigerökonomien – Südkorea, Hongkong, Taiwan und Singapur – die Gestalt einer V-Kurve angenommen, das heißt, nach drastischen Einbrüchen bestimmt eine starke Erholungsdynamik die ökonomische Entwicklung. Aber mit der einsetzenden ökonomischen Erholung hat sich die Situation nicht entspannt. Vielmehr gibt es in den Tigerökonomien so viele weitreichende Reformen der politischen und ökonomischen Strukturen wie noch nie zuvor. Auf die Krise folgte also keine ruhige Konsolidierungsphase, sondern eine unruhige Restrukturierungsphase. Neue Strukturen sollen eine zweite Finanzkrise von ähnlich dramatischem Ausmaß in Zukunft unmöglich machen. Aber hinter dieser Unruhe steckt noch mehr. Auf der einen Seite suchen die ostasiatischen Gesellschaften nach eigenen Wegen der Modernisierung, nach eigenen Wegen ins Zentrum der Weltwirtschaft. Auf der anderen Seite ist der interne Druck in Richtung auf eine weitere „Verwestlichung“ der Ökonomie mit der Finanzkrise stark gewachsen. Damit ist die Vorstellung verbunden, von den westlichen Industrieländern zu lernen, ohne jedoch deren Fehler kopieren zu müssen. Insbesondere in Bezug auf die Unternehmens- und Netzwerkformen stellt sich nun die Frage, ob der „crony capitalism“ tatsächlich am Ende ist und was an dessen Stelle rücken könnte.

Seit den neunziger Jahren befinden sich die asiatischen Tigerökonomien jedenfalls in einer Übergangsperiode. Diese findet ihren Ausdruck in der sich sehr unterschiedlich auswirkenden asiatischen Finanzkrise und in den Restrukturierungsbemühungen nach der Krise, die hier am Beispiel von *Südkorea* und *Taiwan* genauer analysiert werden sollen.

Die Besonderheiten und Unterschiede in der Entwicklung der asiatischen Schwellenländer zeigen sich gerade auch in der zweiten großen Modernisierungsphase der Nachkriegszeit, deren Gestal-

tung eine der zentralen Herausforderungen der Tigerökonomien ist. Eingeläutet wurde diese zweite Phase der ökonomischen Modernisierung durch das Zusammenwirken dreier globaler Trends:

Erstens traf die dritte globale Welle der Demokratisierung die asiatischen Schwellenländer mit einiger Wucht.¹ Die Folge war eine Wandlung der Institutionen der „autoritären Entwicklungsstaaten“. Mit den 1987 einsetzenden Studenten- und Arbeiterunruhen und dem damit einhergehenden politischen Wandel vom autoritären Regime hin zur Demokratie gerieten die nationalen Entwicklungsmodelle Südkoreas und Taiwans ins Wanken. Dem organisierten Wirtschaftsmodell mit langen Arbeitszeiten, geringen Löhnen und subordinierten Verbänden – den „repressive labor systems“² – wurde ebenso die Legitimation entzogen wie dem autoritären Entwicklungsstaat.

Zweitens setzte sich die weltweite Bildungsexpansion in den ostasiatischen Schwellenländern mit besonderer Dynamik fort. Dies hatte einen rasanten sozialstrukturellen Wandel zur Folge: Neue soziale Schichten gewannen an Bedeutung, die mit veränderten Werthaltungen und Ansprüchen vom bisherigen Entwicklungspfad abwichen. Dies kam seit 1987 u. a. in Studenten- und Arbeiterunruhen, aber auch in der Etablierung „demokratischer“ und „autonomer“ Gewerkschaften zum Ausdruck.

Drittens erschütterte der Wandel in der internationalen Arbeitsteilung die weltwirtschaftliche Position beider Ökonomien. Die zunehmende Konkurrenz von unten (von der vierten Generation der asiatischen Niedriglohnländer) und von oben (von den Zentrumsproduzenten) stellte ihre Rolle als Schwellenökonomien immer mehr in Frage.

Die nachhaltige Veränderung der politischen und ökonomischen Institutionen sowie der sozialen Beziehungen hat in den neunziger Jahren dafür

1 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Oklahoma 1991.

2 Manuel Castells, *Four Asian Tigers with a Dragon Head. A Comparative Analysis of the State, Economy, and Society in the Asian Pacific Rim*, in: Richard P. Appelbaum/Jeffrey Henderson (Hrsg.), *States and Development in the Asian Pacific Rim*, Newbury Parc u. a. 1992, S. 176–198.

gesorgt, dass der alte Modernisierungspfad und mit ihm die erfolgreichen Wirtschafts- und Organisationsmodelle der Tigerökonomien nicht mehr aufrechterhalten werden konnten. Zum ersten Mal seit Beginn des politischen Transformationsprozesses Mitte der achtziger Jahre zeichnet sich nun eine grundlegende Desorganisation der Wirtschaftsmodelle aus der „Gründerzeit“³ ab – wenn auch mit steten restaurativen Gegenbewegungen. Die asiatischen Schwellenländer befinden sich nach der Finanzkrise, so meine These, an einer Wegscheide ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Diese lässt sich in dreifacher Weise fassen als Spannungsverhältnis zwischen

- modernisierten familialen Unternehmensformen und solchen, in denen ein extern rekrutiertes Management die Regie übernimmt;
- der Aufrechterhaltung der neotraditionalen Arrangements⁴ eines erneuerten Wachstumspakts und einem neuen, stärker formalisierten Sozialpakt und
- der staatlichen Restauration der korporatistischen Erfolgsmodelle der Wirtschaften oder ihrer staatlich induzierten „Desorganisation“.

Bei dieser zweiten Modernisierungsphase handelt es sich aber um eine „nachholende Modernisierung“ nach westlichem Vorbild. Vielmehr reagieren die asiatischen Schwellenländer mit je pfadspezifischen Gestaltungsformen auf globale Herausforderungen.

Die asiatische Finanzkrise, die *Südkorea* bis ins Mark getroffen und *Taiwan* zunächst vergleichsweise unberührt gelassen hat, verdeutlicht, dass sich hinter dem Etikett der „vier kleinen Tiger“ ganz unterschiedliche ökonomische Entwicklungspfade verbergen. Die vier kleinen Tiger, so kann man mit Bruce Cumings formulieren, bewegen sich in einem ähnlichen geopolitischen und geoökonomischen Kontext auf unterschiedlichen Pfaden.⁵ Sie durchlaufen zwar vergleichbare Stationen der Modernisierung in ähnlicher Geschwindigkeit,

3 Unter „Gründerzeit“ sollen hier die Jahre von 1960 bis 1970 verstanden werden, als die meisten Unternehmen gegründet wurden und das den Aufstieg ermöglichende Wirtschaftsmodell seine Konturen ausbildete.

4 Die neu institutionalisierten, gleichwohl traditionsbezogenen Formen und Arrangements wirtschaftlichen Handelns der ersten Modernisierungsphase der „Gründerzeit“ lassen sich am besten als „neotraditional“ bezeichnen. Ihnen liegen Werthaltungen zugrunde, die aus einer, auf neuer institutioneller Basis durchgeführten, Restauration alter Überlieferungen resultieren.

5 Vgl. Bruce Cumings, Ursprünge und Entwicklung der politischen Ökonomie in Nordostasien: Industriesektoren, Produktzyklen und politische Konsequenzen, in: Ulrich Menzel (Hrsg.), Im Schatten des Siegers. Japan, Bd. 4. Weltwirtschaft und Weltpolitik, Frankfurt/M. 1989.

aber ihre ökonomische Entwicklung ist sehr unterschiedlich.

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass die unterschiedlichen Systeme des „organisierten Kapitalismus“⁶ in *Südkorea* und *Taiwan* in den neunziger Jahren langsam – und zwar viel langsamer, als es die eruptive Dynamik der politischen Transformation seit Mitte der achtziger Jahre vermuten lässt – *desorganisiert* werden. In einer zweiten *Modernisierungswelle* beginnen sich nach den politischen Modellen auch die Wirtschaftsmodelle nachhaltig zu verändern. Hier sollen insbesondere die Organisations- und Netzwerkformen, also die Mesoebene der Wirtschaftsmodelle, im Vordergrund stehen. Ich werde zeigen, dass der auf den koreanischen Unternehmensgruppen, den *Chaebol*, und den taiwanesischen Unternehmensnetzwerken lastende Reformdruck *von innen, von unten* und *von oben* wächst. „Von innen“ gewinnt eine zunehmend starke Expertenschar innerhalb der Unternehmen an Einfluss und verstärkt den Innovationsdruck, der durch die Erschütterung ihrer weltwirtschaftlichen Position ohnehin auf den Firmen lastet. „Von unten“ beginnt sich in beiden Schwellenländern eine zweite Arbeitergeneration durchzusetzen und ihre Teilhabe an den industriellen Beziehungen neu zu justieren. Und „von oben“ verändert die Reformpolitik der Post-Entwicklungsstaaten zentrale Prämissen ihrer Wirtschaftsstruktur.

Neue Organisationsformen und die Abkehr von einer familial organisierten Wirtschaft

Das Ende der „Gründerzeit“ kommt in den Tigerökonomien nicht nur in einem weit reichende Generationswechsel zum Ausdruck; die neue ökonomische Elite trifft nun in den Unternehmen auch auf hoch qualifizierte Mittelschichten, die andere Formen der Beteiligung, der Mitsprache und der Organisations- und Netzwerkbildung präferieren. Die traditionellen Arrangements verlieren an Boden, neue Organisationsformen sind jedoch noch umstritten.

6 Bisher gab es gute Gründe, in Bezug auf Südkorea und Taiwan von einem „organisierten Kapitalismus“ zu sprechen. Der familiale Kapitalismus und die korporatistischen Arrangements der autoritären Entwicklungsstaaten stützten sich wechselseitig in einem für die Mehrzahl der Beschäftigten repressiven System, das den Verzicht auf Beteiligung und Mitsprache durch eine enorme Wachstumsdynamik erkauft und ermöglichte.

Den aufsteigenden, hoch qualifizierten und urbanen „neuen Mittelklassen“ wuchs in den neunziger Jahren in den zunehmend wissensbasierten Organisationen eine Schlüsselrolle zu, die vor dem Hintergrund neotraditionaler Familiendominanz der „Gründerzeit“ für enorme Spannungen sorgte. Diese Modernisierungsspannungen waren in *Südkorea* aufgrund der geschlossenen Elitenstruktur besonders stark ausgeprägt, während sie in *Taiwan* auf eher sanfte Weise eine Desorganisation des traditionellen Organisations- und Netzwerkmodells der „Gründerzeit“ bewirkten. Die für die Modernisierung wichtigen sozialen Schichten sind also in beiden Schwellenländern nicht die Eliten, sondern die neu entstandenen Statusgruppen in der Mittelklasse. Deren Statuszugewinn geht nun in der zweiten großen Modernisierungswelle der Nachkriegszeit mit dem Autoritätsverlust der neuen alten Eliten einher.

In *Südkorea* hat das Wirtschaftsmodell der hierarchisch organisierten, familial koordinierten Unternehmensgruppen – der so genannten Chaebol – in den neunziger Jahren zunächst seine enorme Prägekraft behalten. Die „New Economic Policy“ (NEP) unter der Regierung von Kim Young-Sam (1993–1997), die auf einen Abbau staatlicher Regulierung zielte, hatte die Prinzipien der Marktwirtschaft nicht etwa gestärkt, sondern sie de facto unterlaufen.⁷ Die Disziplinierung des Großkapitals durch den Staat, so Yeon-Ho Lee und Hyuk-Rae Kim, fiel weitgehend weg, was einen Missbrauch der oligopolistischen Stellung der Großindustrie zur Folge hatte.⁸ Und zu den dringend notwendigen Strukturveränderungen der Chaebol kam es auf Grund des fehlenden staatlichen Drucks auch nicht mehr. Vielmehr wurden ineffiziente Unternehmens- und Netzwerkstrukturen mit Hilfe von zu verzerrten Preisen angebotenem, ausländischem Kapital beibehalten. Der hohe Preis, der dafür gezahlt werden musste, war das Durchschlagen der asiatischen Finanzkrise. Am Modell hierarchisch organisierter, familial koordinierter Unternehmensgruppen änderte sich also in den neunziger Jahren nur wenig.⁹ Die Kontrollform des familialen Managements blieb ebenso erhalten wie die wechselseitigen Kapitalbeteiligungen und

7 Vgl. Yeon-Ho Lee/Hyuk-Rae Kim, *The Dilemma of Liberalization. Financial Crisis and the Transformation of Capitalism in South Korea*, Manuskript, 1998.

8 Die Liberalisierung, so auch die These von Alice Amsden, habe der südkoreanischen Wirtschaftsentwicklung in den neunziger Jahren geschadet und werde sich auch weiterhin als unangemessen erweisen. Vgl. Alice Amsden, *The Spectre of Anglo-Saxonization is haunting South Korea*, in: Lee-Jay Cho/Yoon-Hyung Kim (Hrsg.), *Korea's Political Economy. An Institutional Perspective*, Boulder u. a., 1994, S. 87–125.

9 „The management disposition of big business“, so auch Yeon-Ho Lee und Hyuk-Rae Kim, „remained unchanged“, Y.-H. Lee/H.-R. Kim (Anm. 7), S. 4.

Schuldbürgschaften. Auch das expansive Wachstum der Chaebol setzte sich fort. Erst 1998 und 1999 sahen sich die Top 30 unter ihnen gezwungen, insgesamt 551 Geschäftseinheiten (nicht Unternehmen) als chaebol-unabhängige Unternehmen auszugliedern.¹⁰ Im Jahr 2000 sahen sich die Chaebol dann von der Regierung veranlasst, mehr als die Hälfte des „board of directors“ mit externen Managern zu besetzen. Und auch die breite, unverbundene Diversifikation wurde erst während und nach der Krise durch so genannte „business swaps“ teilweise zurückgenommen.¹¹

Das Festhalten an dem Modell hierarchisch organisierter Unternehmensgruppen in Südkorea ist m. E. auf die Reproduktion der Elitenstruktur der „Gründerzeit“ zurückzuführen. Die alten Eliten konnten sich bis zur Restrukturierung im vergangenen Jahr durchgehend auf den Top-Positionen der Chaebol halten. Neun von zehn Präsidenten bzw. Vorstandsvorsitzenden der größten südkoreanischen Unternehmensgruppen sind Gründer oder gehören einer Gründerfamilie an. Die Erwartung, dass mit der Nachfolge der sehr gut (zumeist in den USA) ausgebildeten Generation der Gründersöhne auch neue Handlungsrationitäten Einzug halten würden, erwies sich in den neunziger Jahren als weitgehend illusionär.¹²

Externe Manager sind zwar nur selten an der Firmenspitze zu finden, dafür aber sehr viel häufiger unterhalb der Vorstandsebene. Auf diese Weise wurden die Chaebol zum Spiegelbild eines sozialstrukturellen Wandels: Alte Eliten stießen auf eine bedeutender werdende Gruppe von leitenden Angestellten und Experten mit anderen Werthaltungen und Ansprüchen. Diese läutete, so meine These, in den neunziger Jahren das Ende der „Gründerzeit“ ein. Denn die Manager und Professionals werden nach der Finanzkrise immer mehr zu Schlüsselfiguren der Chaebol, da sie den von außen induzierten Unternehmenswandel vorantreiben.¹³ Die jüngeren Generationen in den

10 Vgl. *The Korea Herald* vom 24. Februar 2000.

11 Vgl. The Hyuk-Rae Kim, *Fragility or Continuity? Economic Governance of East Asian Capitalism*, Manuskript, 1998, S. 103.

12 Vgl. zu neueren Forschungsergebnissen auch Markus Pohlmann, *Der Kapitalismus in Ostasien. Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft*, Münster 2002.

13 Dass sie dabei andere Werthaltungen als jene der „Gründerzeit“ in die koreanischen Unternehmensgruppen hineinbrugen, kann als gesichertes Ergebnis vieler Untersuchungen zum Wertewandel gelten. Bemerkenswert sei, so z. B. Ronald Inglehart, dass die Ergebnisse des Wertewandels in Ostasien jenen im Westen entsprächen – nur dass dieser in kürzerer Zeit durchlaufen wurde. Vgl. Ronald Inglehart, *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*, Frankfurt/M.–New York 1998; vgl. auch M. Pohlmann (Anm. 12), S. 183 und 205 ff.

Unternehmen Südkoreas orientieren sich besonders stark an postmaterialistischen Werten.¹⁴ Dies trug u. a. zu deutlichen Erosionserscheinungen des südkoreanischen Wirtschaftsmodells bei. Aber erst mit der „teilweise radikalen Desorganisation von oben“ sind zentrale Säulen des Modells hierarchisch organisierter, familial koordinierter Unternehmensgruppen endgültig ins Wanken geraten.

Während in Südkorea eine vergleichsweise verriegelte Elitenstruktur dafür sorgte, dass der Wertewandel in der Ökonomie in den neunziger Jahren nur selten strukturelle Veränderungen nach sich zog, ermöglichte die offenere Elitenstruktur in *Taiwan* eine stärkere Anpassung ökonomischer Strukturen an den soziokulturellen Wandel und sorgte auf diese Weise für eine eher „schleichende Desorganisation“ des taiwanesischen/chinesischen Wirtschaftsmodells.

Anders als in Südkorea erfolgt die Erneuerung der Führungskräftestruktur in *Taiwan* sehr viel stärker durch Neugründungen und Unternehmensaufgaben als über deren Zirkulation innerhalb großer Unternehmensgruppen. Die kleinformatischen Unternehmensnetzwerke haben im Gegensatz zu den südkoreanischen Unternehmensgruppen für eine vergleichsweise offene Struktur ökonomischer Eliten gesorgt. Zwar existierten die Klein- und Mittelunternehmen auch in Taiwan in den vergangenen Jahrzehnten im Durchschnitt länger, aber noch im Jahr 2002 bestanden nur 16 Prozent der Klein- und Mittelunternehmen länger als 20 Jahre.¹⁵ In einer Aufstellung des „Economist“ zeigte sich, dass der Anteil neu gegründeter Firmen an der gesamten Produktion je nach Branche zwischen 33 Prozent und 50 Prozent betrug und heute nicht mehr bestehende Firmen noch vor zehn Jahren zu 58 Prozent bzw. 80 Prozent (je nach Industriezweig) an der Produktion beteiligt waren.¹⁶

Die überwiegende Zahl der taiwanesischen Unternehmen befand sich auch in den neunziger Jahren noch im Familienbesitz. Die höchsten Positionen werden vererbt; eine Trennung von Besitz und Kontrolle gibt es selbst bei Großunternehmen nur selten. Häufig bekleiden die Söhne und Brüder der Firmengründer Managementposten in der Firma oder haben eine der Tochterfirmen übernommen. Dennoch lässt sich im Unterschied zu den südkoreanischen Unternehmensgruppen er-

kennen, dass sich in fast der Hälfte der von mir untersuchten Fälle *Eigentümerunternehmen* an Stelle von Familienunternehmen etabliert haben und in mehr als der Hälfte der Fälle Manager die Positionen des Vizepräsidenten oder General Managers besetzen. Der Einzug von externen Managern in die Führungspositionen der kleinformatischen taiwanesischen Unternehmensnetzwerke ist damit sehr viel weiter fortgeschritten als bei den Großunternehmen in Südkorea. Dies kann als Indikator für ein deutlich stärkeres Greifen der zweiten Modernisierungswelle in Taiwan gewertet werden.

Das viel beschriebene neotraditionale Modell der kleinformatischen Unternehmensnetzwerke ist nach meinen Ergebnissen nicht mehr die dominante Organisationsform; es hat vielmehr in der zweiten Modernisierungsphase stark professionalisierten Organisationsformen Platz gemacht.¹⁷

Wie in Südkorea kommt die „neue Mittelklasse“ auch in *Taiwan* nur noch zu einem Fünftel aus der Bauern- oder Arbeiterschicht. Beinahe 60 Prozent besitzen einen Universitätsabschluss und verfügen im Durchschnitt über ein wesentlich höheres Einkommen als die alte, unternehmerische „Mittelklasse“. Ihr größtes Engagement gilt – dies ist u. a. Ausdruck von postmaterialistischen Werthaltungen – der Umweltbewegung. Insgesamt ergibt sich das Bild einer gut situierten, selbstbewussten neuen Mittelklasse, die zunehmend die Schlüsselpositionen in Taiwans Betrieben einnimmt. Auch in Taiwan sind also die autoritären, familialen Entscheidungsstrukturen aufgebrochen. Das neotraditionale chinesische Organisationsmodell wurde in den jungen, aufstrebenden Industriezweigen weitgehend abgelöst.¹⁸

17 Vgl. Gordon S. Redding, *The Spirit of Chinese Capitalism*, Berlin–New York 1990; ders., *Social Transformation and the Contribution of Authority Relations and Cooperation Norms in Overseas Chinese Business*, in: Wie-Ming Tu (Hrsg.), *Confucian Traditions in East Asian Modernity. Moral Education and Economic Culture in Japan and the Four Mini-Dragons*, Cambridge–London 1996, S. 310–327; Richard Whitley, *Business Systems in East Asia. Firms, Markets and Societies*, London 1992; Gary Hamilton, *Organization and Market's Processes in Taiwan's Capitalist Economy*, in: Marco Orrù u. a. (Hrsg.), *The Economic Organization of East Asian Capitalism*, Thousand Oaks 1997, S. 237–296; Marco Orrù, *The Institutional Logic of Small-Firm Economies in Italy and Taiwan*, in: ders. u. a., ebd., S. 340–368; Michael Borrus, *Left for Dead. Asian Production Networks and the Revival of the U.S. Electronics*, in: Barry Naughton (Hrsg.), *The China Circle. Economics and Technology in the PRC, Taiwan, and Hong Kong*, Washington D. C. 1997, S. 139–163; Ray-May Hsung, *The Concepts of Social Networks and Guanxi. The Application to Taiwan Studies*, Manuskript, 1998; Chieh-Hsuan Chen, *Organizational Capability and Network Capability*, Taichung 1999; u. v. a.

18 Vgl. zum traditionellen Modell der chinesischen Unternehmensnetzwerke R. Whitley (Anm. 17) S. 77 f.

14 Jonhoe Yang, *Class Culture or Culture Class? Lifestyles and Cultural Tastes of the Korean Middle Classes*, in: Hsin-Huang Michael Hsiao (Hrsg.), *East Asian Middle Classes in Comparative Perspective*, Taipeh 1999, S. 331; Doo-Seung Hong, *Profiles of the Korean Middle Class*, in: ebd., S. 114.

15 Vgl. Ministry of Economic Affairs, Taiwan R.O.C. (MOEA), *White Paper on Small and Medium Enterprises in Taiwan 2002*, Taipeh 2002, S. 28.

16 Vgl. *The Economist* vom 3. 1. 1998.

Die zweite Arbeitergeneration und das System industrieller Beziehungen

Die Gründe für diese innere Desorganisation des ostasiatischen Wirtschaftsmodells sind unter anderem auf der Ebene der Arbeiterschaft und des Systems industrieller Beziehungen zu finden. Auch von dieser Seite verliert das Wirtschaftsmodell der „Gründerzeit“ seine Verankerung. Nicht so sehr die Erosion der Massenorganisationen der Arbeiterschaft steht dabei (wie in einigen westlichen Industrieländern) im Vordergrund, sondern die Abkehr von einem auf die eine oder andere Weise staatlich regulierten und oktroyierten System industrieller Beziehungen.

Dabei spielt zunächst auch hier eine Rolle, dass eine zweite, im Vergleich zur ersten Generation sehr stark urbanisierte und gut qualifizierte Generation von Arbeiterinnen und Arbeitern die neu entstehenden Systeme industrieller Beziehungen in beiden Schwellenökonomien zunehmend prägt. Die südkoreanische Industrie verfügt heute ebenso wie die taiwanische über eine im weltweiten Vergleich¹⁹ schulisch hervorragend ausgebildete Arbeiterschaft, die zu einem Großteil einen High-School-Abschluss besitzt. Diese zweite Generation der Arbeiterschaft unterscheidet sich in Ausbildung und Herkunft deutlich von der ersten, deren Angehörige wenig gebildet sind und vom Land kommen. Die autokratische Verfügung über ihre Arbeitskraft scheint nicht mehr so einfach möglich zu sein. Diese wird zunehmend an Bedingungen wie höheren Lohn, bessere Absicherung, soziale Maßnahmen der Betriebe etc. geknüpft. So sind die Ansprüche an Partizipation in den neunziger Jahren ebenso gestiegen wie jene an das System industrieller Beziehungen und die wohlfahrtsstaatlichen Absicherungen.

In *Südkorea* ist die staatliche Absicherung der Großindustrie gelockert worden. Die Gewerkschaften haben sich in den neunziger Jahren trotz ihres abnehmenden Organisationsgrades und des zunehmenden Arbeitsfriedens inner- und außerhalb der Unternehmen zu einem wichtigen Faktor im System industrieller Beziehungen entwickelt. Insbesondere nach der Restrukturierung 1997 und

19 Im internationalen Vergleich mit den USA und Japan erweist sich die schulische Ausbildung der koreanischen und taiwanischen Arbeiter als deutlich höher. Kyuhan Bae/Chinsung Chung, Cultural Values and Work Attitudes of Korean Industrial Workers in Comparison with those of the United States and Japan, in: Work and Occupations, 24 (1997) 1, S. 80–96.; Shi-Wei Pan, Employment Relations in a Changing Global Economy. The Case of Taiwan, Dissertation, Cornell University 1998.

1998 können Arbeitskonflikte in den Betrieben immer weniger externalisiert und dem Staat überantwortet werden. Thomas A. Kochan sprach bereits 1994 von einer „shock effect-period“, in der sich das Management der südkoreanischen Unternehmensgruppen professionalisieren musste.²⁰ Die Berechenbarkeit des Systems industrieller Beziehungen sank dabei in dieser zweiten Modernisierungsphase für beide Seiten. Es entfaltet auf der Basis der „Desorganisation“ des Wirtschaftsmodells der „Gründerzeit“ neue Konturen. Zwischen der Aufrechterhaltung der impliziten neotraditionalen Arrangements und einem neuen, auf formalisierter Basis ruhenden „Sozialvertrag“ versucht die zweite Generation der Arbeiter mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen derzeit einen Weg zu finden.

Die Regeln dafür haben sich geändert. Während in der Vergangenheit 30 Arbeitnehmer erforderlich waren, um eine Betriebsgewerkschaft zu gründen, genügen heute zwei.²¹ Auch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft wurde durchbrochen. Es sind nun mehrere Gewerkschaftsverbände auf der Ebene der Betriebe, der Branche und der regionalen und nationalen Dachverbände zugelassen.²² Die 1987 gegründete demokratische Gewerkschaft (KCTU) wurde nicht nur de jure endlich anerkannt, sondern auch in ein Koordinationsgremium von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften integriert. Darüber hinaus wurden zahlreiche Reformen des Arbeitsrechts durchgeführt und Verbesserungen für die Gewerkschaften erzielt.

Das System industrieller Beziehungen ist mit diesen Änderungen in den vergangenen Jahren erheblich in Bewegung geraten. Dabei ist Raum für seine Neustrukturierung entstanden. Bis heute ist jedoch unentschieden, ob sich ein neuer, formalisierter „Sozialvertrag“ durchsetzt oder die neotraditionalen Arrangements wieder die Oberhand gewinnen.

In *Taiwan* hat sich das strukturelle Korsett des Systems industrieller Beziehungen mit der Demokratisierung seit 1987 zunächst nicht geändert. Erst seit 1997 sind auf die Novellierung von Arbeitsgesetzen und Gewerkschaftsstrukturen gerichtete Reformanstrengungen erkennbar, deren Reichweite allerdings ebenfalls noch unklar ist. So waren die industriellen Beziehungen in den neunziger Jahren insgesamt durch ein hohes Maß an

20 Thomas A. Kochan, Industrial Relations and Human Resource Policy in Korea. Options for Continued Reform, in: L.-J. Cho/Y.-H. Kim (Anm. 8), S. 693.

21 Vgl. Chun-Wook Hyun/Scott Balfour, Industrial Relations, in: Korea Labor Institute (Hrsg.), Korean Labor and Employment Laws. An Ongoing Evolution, Seoul 1998, S. 69.

22 Vgl. ebd., S. 76.

Kontinuität gekennzeichnet. Daran änderte auch das Aufkommen einer zweiten, hoch qualifizierten und urbanen Generation der Industriearbeiterschaft nichts, da diese in ungleich geringerem Maße gewerkschaftlich aktiv war als jene in Südkorea. Noch immer wirkt hier die Tradition der parteistaatlichen Einbindung der Gewerkschaften nach. Nach wie vor, so meine These, ist das System industrieller Beziehungen in Taiwan durch eine Schwäche der Gewerkschaften im Hinblick auf die kollektive Handlungsfähigkeit gekennzeichnet. So ist der Aufbau von betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretungen aufgrund der kleinformatischen Unternehmen und Unternehmensnetzwerke sowie einer hohen Firmenfluktuation besonders schwierig. Die „Industriegewerkschaften“ sind hier qua Gesetz *Betriebs-* und keine Unternehmensgewerkschaften.²³ Und ihr Dachverband, die Chinese Federation of Labor (CFL), hat keinerlei Funktion in den kollektiven Verhandlungen.²⁴ Damit sind nur einige Gründe für die strukturelle Schwäche der Gewerkschaften in Taiwan benannt. Aber auch hier ist das System industrieller Beziehungen gegen Ende der neunziger Jahre sehr stark in Bewegung geraten – eine Entwicklung, deren Ausgang jedoch noch offen erscheint.

Die Reformen der Post-Entwicklungsstaaten: Zwischen De- und Re-Regulierung

Beide Ökonomien waren lange Zeit durch ein straffes „politisches Korsett“ gebunden. Dies war nach Alexander Gerschenkron eine wichtige Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg der „Spätentwickler“.²⁵ Die sehr erfolgreiche weltwirtschaftliche Integration Südkoreas und Taiwans basierte nicht auf liberalen Prinzipien, sondern auf einer Politik, die den Schutz des Marktes mit seiner politischen Regulation verband. Insofern war die Rede vom „organisierten Kapitalismus“ gerechtfertigt. Der autoritäre Entwicklungsstaat der „Gründerzeit“ hat dann seit Mitte der achtziger Jahre in unterschiedlicher Geschwindigkeit seine Regulierungskraft verloren. Erste Konturen eines sehr viel stärker zurückgenommenen „Post-Entwicklungsstaates“ zeichnen sich in den neunziger Jahren ab. Dazu gehört in beiden Schwellen-

ländern die Rücknahme des industriepolitischen Dirigismus, eine stärkere Teilung der institutionellen Macht und Kräfte, eine stärker auf Koordinationsfunktionen beschränkte Verwaltung, die relative Autonomie der Kapitalinteressen und die Lockerung der ehemals straff festgezurrten korporatistischen Arrangements.²⁶

In *Südkorea* ist es allerdings in den neunziger Jahren zu einer ungleich stärkeren Erosion der zentralen Prinzipien des Entwicklungsstaates – verbunden mit einem Rückgewinn an Regulierungskraft während und nach der asiatischen Finanzkrise – gekommen. Diese Erosion trug zur unstillen ökonomischen Entwicklung Südkoreas und zum dramatischen Durchschlagen der asiatischen Finanzkrise bei. Das gewohnte Maß an Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und Planbarkeit ging verloren und ließ den Chaebol so in der ersten Hälfte der neunziger Jahre weitgehende Handlungsfreiheit. Doch im Zuge der Krise gewann der Staat seine dirigierende und regulierende Funktion zurück. Hyun-Chin Lim spricht in seiner Analyse sogar von einer neo-konservativen Rolle des Staates, der seine Macht im Zuge der Restrukturierung der südkoreanischen Wirtschaft zurückerobert habe.²⁷ Die Vielzahl der Maßnahmen gegenüber den Chaebol ist denn auch beachtlich. Dazu gehören die Berufung von externen Direktoren in die Aufsichtsräte,²⁸ der Verkauf oder die Auslagerung von Geschäftseinheiten und Unternehmen,²⁹ Strafen auf weitere unverbundene Diversifikationen der Geschäftsbereiche³⁰ und das Verbot wechselseitiger Kreditbürgschaften.³¹ Neben der weiteren Öffnung der Kapitalmärkte gemäß dem Liberalisierungsgebot des Internationalen Währungsfonds (IWF) orientiert sich die Regierung von Kim Dae-Jung mit ihrer Reformpolitik auch an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. „However, the conflicting elements of neo-liberalism, neo-corporatism, and neo-mercantilism are mixed complicatedly in that market liberalization, deregulation and privatization are emphasized on the one hand, and government intervention, labor inclusion and participation are stressed on the other“³². Die Notwendigkeit einer stärker wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Politik wurde zwar bereits in den achtziger Jahren erkannt, aber erst nach der politi-

23 In einem Unternehmen mit mehreren Betrieben müssen also mehrere Betriebsgewerkschaften gegründet werden.

24 Vgl. Shi-Wei Pan, *State Policy and Workplace Relations in Taiwan*, Master Thesis Cornell University 1994, S. 88.

25 Alexander Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective* in: David Laudes, *The Rise of Capitalism*, New York 1962/69.

26 Sung Deuk Hahn/Christopher L. Pein, *After Development. The Transformation of the Korean Presidency and Bureaucracy*, Washington 1997.

27 Vgl. Hyun-Chin Lim, *Rethinking Development Strategy in South Korea. Changing State-Capital-Labor Relationship*, Manuskript, Taichung 1999, S. 8.

28 *The Korea Herald* vom 19. 2. 2000.

29 *The Korea Herald* vom 24. 2. 2000.

30 *The Korea Herald* vom 23. 4. 2000.

31 *The Korea Herald* vom 29. 1. 2000.

32 Hyun-Chin Lim (Anm. 27), S. 6 f.

sehen Transformation in den neunziger Jahren kristallisierte sich auch in den politischen Diskursen die Frage einer Pfadentscheidung immer deutlicher heraus. Gerade in der asiatischen Finanzkrise, die Südkorea besonders hart traf, rückte die soziale Wohlfahrt in die öffentliche Diskussion. Wohlfahrtsstaatliche Programme wurden in den neunziger Jahren sukzessive eingeführt, ohne jedoch ein den westlichen Ländern vergleichbares Niveau zu erreichen.

Auch die Politik der Regierung Kim Dae-Jung ist auf die wohlfahrtsstaatliche Absicherung gerichtet. Der Wachstumspakt, der mit der Vernachlässigung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen einherging, wurde mit den Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise endgültig durchbrochen. Die institutionellen Absicherungen des autoritären Entwicklungsstaats wurden in den neunziger Jahren zunehmend obsolet, ohne dass ein neues System wohlfahrtsstaatlicher Regulierung in Grundzügen bereits erkennbar wäre. Zwischen Desorganisation und Reorganisation versucht der Post-Entwicklungsstaat heute ein Profil zu gewinnen, das für eine neue Ära ökonomischer Entwicklung tauglich sein könnte.

In *Taiwan* veränderten sich die zentralen Prinzipien des Entwicklungsstaats durch die Beharrlichkeit der Kuomintang (KMT)-Regierung hingegen eher langsam. Erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begannen institutionelle Veränderungen in der Ausgestaltung der politischen Institutionen zu greifen. Im Zuge der Reform von oben schaffte die KMT-Regierung den autoritären Entwicklungsstaat schließlich ab, bevor sie (zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Taiwans) selbst abgewählt wurde. Demokratisierung, Liberalisierung und Internationalisierung standen von nun an auf dem politischen Programm. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die gesellschaftliche Einbettung von Staat, Regierung und Parteien langsam gewandelt.³³ Die Herrschaft der vom chinesischen Festland zugewanderten Bevölkerung wurde durchbrochen und die Repräsentation der Taiwaner in Parlamenten und Parteien stärker ihrem Bevölkerungsanteil angeglichen; die „neuen Mittelklassen“ erhielten Einzug in Parlament und Regierung. Der Konflikt zwischen wohlfahrtsstaatlicher und neoliberaler Ausrichtung des politischen Systems brach auf. Waren zuvor die staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitiken weder neoliberal noch wohlfahrtsstaatlich ausgerichtet, so wurde nun beides zugleich mit wachsender Vehemenz eingefordert.

33 Vgl. grundlegend Gregory W. Noble, *Collective Action in East Asia. How Ruling Parties Shape Industrial Policies*, Ithaca–London 1998; Markus Pohlmann (Anm. 12).

Die Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates ist mit der Demokratisierung zunehmend zu einem bedeutenden Wahlkampfthema geworden, und die KMT-Partei hat deshalb Ende der neunziger Jahre weitere Maßnahmen zur sozialen Absicherung ergriffen. „In order to struggle for votes in a democracy“, so Yuen-Wen Ku, „the KMT state has headed in the direction of increased state welfare.“³⁴ Doch darin ist im Falle Taiwans kein Bruch mit der Tradition einer staatlichen Absicherung der ökonomischen Entwicklung zu sehen, sondern ein sukzessiver inkrementaler Wandel der staatlichen Wohlfahrtspolitiken. Auch er trug zunächst zur Kontinuität der ökonomischen Entwicklung Taiwans in den neunziger Jahren bei.

Die Konturen des autoritären Entwicklungsstaates verblassten in Taiwan nur langsam. Erst gegen Ende der neunziger Jahre zeichnete sich ein grundlegender Wandel in Richtung auf einen Post-Entwicklungsstaat ab. Seine wirtschaftspolitische Ausrichtung aber bleibt ebenso umstritten wie in Südkorea. Auch in Taiwan spielt jene Wegscheide eine immer stärkere Rolle, die für die politischen Systeme in Ostasien typisch erscheint. Die Legitimationspolitiken beginnen in Taiwan ebenso wie in Südkorea zwischen einem deutsch-skandinavischen Wohlfahrtsmodell und einem anglo-amerikanischen Neo-Liberalismus zu oszillieren.

Ausblick

Bisher gab es gute Gründe, von einem „organisierten Kapitalismus“ in den asiatischen Schwellenländern zu sprechen. Die von Scott Lash und John Urry für Europa entwickelten Regeln passten nur zu gut auf die Situation der Tigerökonomien: Je später die Industrialisierung in einem Land einsetze, je mehr vorkapitalistische Institutionen überlebten und je niedriger die Bevölkerungszahl eines Landes sei, desto stärker organisiert werde seine Wirtschaft sein.³⁵ All dies trifft in spezifischer Weise für die asiatischen Schwellenländer zu: Die Industrialisierung setzte spät ein, sie wiesen zahlreiche vorkapitalistische Institutionen auf und waren vergleichsweise kleine Ökonomien. Und in der Tat erschien Südkoreas Wirtschaft so sehr durch die korporatistischen Arrangements eines autoritären Entwicklungsstaates gekennzeichnet,³⁶ dass sogar von einem *Staatskapitalismus* die Rede

34 Yuen-Wen Ku, *Welfare Capitalism in Taiwan. State, Economy and Social Policy*, Houndsmill 1997, S. 246.

35 Vgl. Scott Lash/John Urry, *The End of Organized Capitalism*, Cambridge 1987, S. 4 f.

36 Vgl. dazu ausführlicher Markus Pohlmann (Anm. 12), S. 132.

war.³⁷ Und in Taiwan hatte sich ein „Partei-Staatskapitalismus“ ausgebildet, der die KMT zu einer der reichsten Parteien der Welt werden ließ. Darüber hinaus scheint aber noch eine Regel von Lash und Urry zuzutreffen: Je stärker der Kapitalismus organisiert sei, desto langsamer werde er sich desorganisieren. Und genau diese langsame Desorganisation der ostasiatischen Wirtschaftsmodelle erleben wir derzeit.

Sowohl die südkoreanischen Großunternehmensgruppen als auch die taiwanesischen Unternehmensnetzwerke können sich dem damit verbundenen Druck immer weniger entziehen. Dieser ist auch deswegen so stark, weil zwei sozialstrukturelle Entwicklungen aufeinander treffen und sich wechselseitig verstärken: Eine deutliche gesellschaftliche Aufwertung neuer Mittelschichten geht mit einem Generationswechsel innerhalb der Eliten einher, der ein Festhalten an traditionellen Arrangements deutlich erschwert. Die Desorganisation zentraler Parameter der althergebrachten Wirtschaftsmodelle ist die Folge.

Innengesellschaftlich ist die Dynamik der industriellen, politischen und sozialen Transformation in Südkorea von einem „Statuskonflikt“ zwischen Elite- und Subelitegruppen geprägt. Dieser spielt m. E. eine noch stärkere Rolle für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes als jener zwischen Kapital und Arbeit. Der Konflikt zwischen Eliten und Subeliten in den Chaebol – also zwischen den neuen alten Eliten und der neuen Mittelklasse – treibt derzeit die Desorganisation der Chaebol von innen voran. Das Ausbleiben eines Wandels der Organisationsstrukturen erwies sich nicht nur als teuer und hat zu einem Durchschlagen der (durch eine „financial panic“ ausgelösten) asiatischen Finanzkrise beigetragen. Es hat auch dazu geführt, dass das Innovationspotential der „neuen Mittelklassen“ nicht wirklich genutzt wurde. Deshalb trieb der ungelöste Konflikt zwischen Eliten und Subeliten die faktische Desorganisation der Chaebol – und damit des südkoreanischen Wirtschaftsmodells insgesamt – weiter voran. Davon war auch das System industrieller Beziehungen betroffen. Seine Neustrukturierung, die erst Mitte bzw. Ende der neunziger Jahre einsetzte, ist von der Suche nach einem neuen „Sozialpakt“ mit formellen Beteiligungsrechten geprägt, der jedoch gesellschaftlich noch sehr umstritten ist. Aber auch diese Desorganisation

und Neuausrichtung ist, wie jene nach den neuen Konturen und Aufgaben eines Post-Entwicklungsstaates, von oben organisiert. Der Entwicklungspfad Südkoreas vor, während und nach der Krise lässt sich deshalb am ehesten als „teilweise radikale Desorganisation“ des Wirtschaftsmodells „von oben“ kennzeichnen.

In Taiwan hingegen ist in den vergangenen Jahren eher eine „schleichende Desorganisation“ des Wirtschaftsmodells „von innen“ zu beobachten. Sie hat das Land – nach einer kontinuierlichen ökonomischen Entwicklung in den neunziger Jahren – heute an den Rand einer Wirtschaftskrise geführt; diese ist gekennzeichnet durch eine nur langsame strategische Neupositionierung in der Weltwirtschaft sowie die weitgehende Verlagerung der gesamten arbeitsintensiven Produktion ins ökonomische Hinterland der Volksrepublik China. Die schleichende Desorganisation macht sich zunächst in der sukzessiven Abkehr von dem neotraditionalen Modell chinesischer Unternehmensnetzwerke bemerkbar; sie sorgt zusammen mit der offenen Elitenstruktur dafür, dass die Spannungen zwischen den aufstrebenden neuen Mittelschichten und den ökonomischen Eliten viel geringer ausgeprägt sind als in Südkorea. Die Desorganisation zeigt sich dann auch in der nach wie vor großen Vertretungsschwäche der Gewerkschaften, die noch zu keinem neuen System industrieller Beziehungen gefunden haben. Am deutlichsten erkennbar ist sie jedoch an den Konturen des Entwicklungsstaates, die in den neunziger Jahren aufgrund der Dominanz der KMT nur langsam verblassten.

Sowohl in Südkorea als auch in Taiwan lässt sich die Desorganisation der Wirtschaftsmodelle derzeit an den Unsicherheiten, Turbulenzen und Rückschlägen in der ökonomischen und sozialen Entwicklung ablesen. Beide Ökonomien befinden sich in einer „Statuspassage“, deren Ausgang nicht nur ungewiss, sondern auch von mehr oder weniger starken Modernisierungsspannungen überschattet ist. Die ostasiatischen Tigerökonomien stehen am Ende ihrer „Gründerzeit“. An der Wegscheide zwischen Familien- und Managerkapitalismus müssen die ostasiatischen Firmen zu neuen Unternehmensformen finden, die in stärkerem Maße Professionalität zulassen und die Entfaltungsmöglichkeiten der aufsteigenden „neuen Mittelschichten“ berücksichtigen. Die Selbstverständlichkeit der tendenziell autokratischen, „neotraditionalen Arrangements“ der „Gründerzeit“ hat nachgelassen. Zwischen Desorganisation und Restrukturierung müssen die Tigerökonomien nun zu neuen Wirtschaftsmodellen finden, um ihren Weg ins Zentrum der Weltwirtschaft fortzusetzen.

37 Vgl. Gary G. Hamilton/Nicole Woolsey Biggart, Market, Culture and Authority. A Comparative Analysis of Management and Organization in the Far East, in: American Journal, 94 (1988), S. 62 ff.

Eun-Jeung Lee

Dr. phil. habil., geb. 1963; Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle; z. Zt. an der Universität Tsukuba in Japan.

Anschrift: Universität Halle, Institut für Politikwissenschaft, Emil-Abderhalden Str. 7, 06108 Halle.

E-Mail: Eun-Jeung.Lee@gmx.net

Veröffentlichungen u. a.: Konfuzianismus und Kapitalismus, Münster 1997; „Anti-Europa“. Die Geschichte der Rezeption des Konfuzianismus und der konfuzianischen Gesellschaft in Europa seit der frühen Aufklärung, Münster – Hamburg 2003; e-politics und Demokratie, in: Asien, (2003) 87; „Asien“ als Projekt, in: Leviathan, 31 (2003) (i. E.).

Manfred Pohl

Dr. phil, geb. 1943, o. Professor an der Universität Hamburg am Asien-Afrika-Institut, Japan-Abteilung.

Anschrift: Universität Hamburg, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg.

E-Mail: manfred.pohl@uni-hamburg.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Japan – Politik und Wirtschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde, seit 1976; (zus. M. Jürgen Mayer) Länderbericht Japan, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1996²; Japan, München 1998³; Geschichte Japans, München 2002.

Tang Shaocheng

Dr. phil., geb. 1955; seit 1991 Professor am Institute of International Relations, Chengchi University, Taipei/Taiwan.

Anschrift: Institute of International Relations, Chengchi University, 64 Wanshou Rd. Mucha, Taipei 116, Taiwan.

E-Mail: sctang@nccu.edu.tw

Veröffentlichungen: zahlreiche Aufsätze über Deutschland, ASEM, europäische Sicherheit, Osteuropa und das Verhältnis China/Taiwan, u. a.: Deutschlandbilder Chinas 1870–1989 unter besonderer Berücksichtigung der Perzeption der VR China zur deutschen Frage 1949–1989, Zürich – Berlin 1993.

Patrick Köllner

Dr. rer. soc., geb. 1968; wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, Hamburg.

Homepage: www.duei.de/ifa/koellner

Anschrift: Institut für Asienkunde, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg.

E-Mail: koellner@ifa.duei.de

Veröffentlichungen zur Politik Japans und zur koreanischen Halbinsel; Herausgeber des Jahrbuchs Korea – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg.

Gerd Mutz

Dr. rer. pol., geb. 1952; Privatdozent an der Universität Konstanz, Leiter des Münchner Instituts für Sozialforschung (miss).

Anschrift: miss, Hohenzollern Str. 112, 80796 München

E-Mail: Gerd.Mutz@SocialScience.de

Zahlreiche Veröffentlichungen zur interkulturellen Arbeitssoziologie.

Markus C. Pohlmann

Dr. rer. pol., geb. 1961; Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Organisationssoziologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Kultur-, Organisations-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie.

Anschrift: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Soziologie, Sandgasse 9, 69117 Heidelberg.

E-Mail: markus.pohlmann@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Der Kapitalismus in Ostasien. Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft, Münster 2002; (zus. mit Rudi Schmidt/Hans-Joachim Gergs (Hrsg.) Managementsoziologie. Perspektiven, Theorien, Forschungsdesiderate, München–Mering 2002; (zus. mit Dieter Sauer, Gudrun Trautwein-Kalms und Alexandra Wagner (Hrsg.)), Dienstleistungsarbeit – Auf dem Boden der Tatsachen, Berlin 2003 (i. E.).

Nächste Ausgabe

Rafik Schmai

Ein arabisches Dilemma

Salwa Bakr/Basem Ezbid/Dato' Mohammed Jawhar Hassan/Fikret Karcic/Hanan Kassab-Hassan/Mazhar Zaidi

Die muslimische Welt und der Westen

Eine muslimische Perspektive

Sabine Riedel

Der Islam als Faktor in der internationalen Politik

Ulrike Freitag

Der Islam in der arabischen Welt

Bernhard J. Trautner

Im Zeichen des „peripheren Islam“ Südasiens: multiethnisches und multikonfessionelles Nationbuilding

Roman Loimeier

Der Islam im subsaharischen Afrika

Michael Lüders

Macht und Glauben in Zentralasien

Eun-Jeung Lee Essay

„Asien“ und seine „asiatischen Werte“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, S. 3–6

■ „Asien“ ist ein europäischer Begriffsentwurf. In Form einer übergreifenden Kultur oder eines Zusammengehörigkeitsgefühls in der so benannten Region findet er nirgendwo Niederschlag. Wenn so genannte „asiatische Werte“ dennoch die internationale Wertedebatte der neunziger Jahre geprägt haben, lag dies zum einen daran, dass sie durch die Politik leicht instrumentalisiert werden konnten. Zum anderen wurde auf diese Weise die über 200 Jahre alte kulturalistische Tradition, zwischen Kultur und Entwicklung einen kausalen Zusammenhang herzustellen, fortgeführt.

Manfred Pohl

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Japans

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, S. 7–14

■ Japan befindet sich seit Beginn der neunziger Jahre im Zustand politischer und wirtschaftlicher Stagnation. Auch mit Anbruch des 21. Jahrhunderts hat sich an dieser Lage kaum etwas geändert. Die Bankenkrise schleppt sich weiter, eine Lösung ist nicht in Sicht. Eine Erklärung dafür ist, dass die konservative Regierungspartei als größter Partner in einer Koalition keine wirklichen Umbrüche erreichen kann. Zur Illustration dieses Zustands werden „modellhaft“ einige typische Skandale der jüngsten Zeit dargestellt. Parallel zur politisch-wirtschaftlichen Stagnation werden drei Jugendphänomene angesprochen, die zumindest als Symptome auf einen zögernden Wertewandel in den jüngeren Generationen hindeuten.

Tang Shaocheng

Das Dreiecksverhältnis zwischen den USA, der VR China und Taiwan

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, S. 16–24

■ In den vergangenen Jahren ist Chinas Wiedervereinigungspolitik gegenüber Taiwan so gut wie völlig fehlgeschlagen. Je stärker der Druck vom Festland war (z. B. militärische Drohungen), desto resistenter zeigten sich die Taiwanesen. Trotz der politischen Konfrontation zwischen Beijing und Taipei floriert der Cross-Strait-Handel. Die Chinesen haben sich um die Verbesserung der Beziehungen zu den zentralasiatischen Ländern und den Aufbau Tibets bemüht, um ihre Taiwan-Politik zu flankieren. Nach wie vor sieht Beijing die USA als das Haupthindernis der Wiedervereinigungspolitik. Angesichts seiner Unterlegenheit gegenüber Washington hat Beijing versucht, die US-Regierung auf seine Seite zu ziehen – nach dem Motto „If you can not beat them, join them“. Der Fall Irak hat die Lage Chinas begünstigt. Dennoch hat diese Strategie des „fu di chou xin“ – des An-der-Wurzel-Packens – lediglich begrenzten Erfolg gehabt. Das Dreiecksverhältnis dürfte noch längere Zeit fortbestehen.

Patrick Köllner

Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, S. 25–31

■ Nordkoreas neuerlicher Versuch, Atomwaffen zu entwickeln, hat zu einer weiteren schweren Krise auf der koreanischen Halbinsel geführt, die dringend einer Lösung bedarf. Zum besseren Verständnis der Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas werden zentrale interne Rahmenbedingungen dieser Politik sowie das veränderte Umfeld des Landes seit den frühen neunziger Jahren erläutert. Daneben werden die Hintergründe der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme und mögliche Optionen zum Umgang mit der Rüstungspolitik diskutiert. Dabei wird für den Versuch einer Einbindungspolitik gegenüber Pjöngjang plädiert.

Gerd Mutz

Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Südostasien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, S. 32–38

■ Zivilgesellschaftliche Diskurse beziehen sich im Wesentlichen auf westliche Gesellschaften. Auch viele asiatischen Länder orientieren sich am Westen, obwohl traditionelle zivilgesellschaftliche Institutionen vorhanden sind, die häufig noch intakt sind. Westliche Vorstellungen von Zivilgesellschaft haben jedoch nur dann eine Chance, integriert zu werden, wenn sie alltagspraktisch in die gelebte traditionelle Ordnung eingefügt werden können. In diesem Veränderungsprozess entstehen dann neue Formationen zivilgesellschaftlichen Handelns und somit spezifische asiatische Prägungen.

Markus C. Pohlmann

Die „Desorganisation“ der Tiger

Die neue Phase wirtschaftlicher Modernisierung in Südkorea und Taiwan

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, S. 39–46

■ Obwohl die Turbulenzen der asiatischen Finanzkrise überstanden sind, ist noch keine Ruhe in der ökonomischen Entwicklung der asiatischen „Tigerstaaten“ eingeleitet. Die Gründe dafür liegen, so die im Beitrag entfaltete These, in einer ökonomischen und gesellschaftlichen Übergangsphase, in der die alten Muster ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung zunehmend obsolet werden, aber die Konturen neuer Gestaltungsformen noch unscharf bleiben. Südkorea und Taiwan befinden sich an einer Wegscheide zwischen einem familialen und einem Managerkapitalismus, einer Aufrechterhaltung neotraditionaler Arrangements und einem neuen Sozialpakt, einer korporatistischen Steuerung der Wirtschaft und der Heraufkunft eines „Post-Entwicklungsstaates“. An dieser Wegscheide werden in beiden „Tigerökonomien“ die Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle der Gründerzeit „desorganisiert“, aber diese „Desorganisation“ wird je nach Entwicklungspfad ganz unterschiedlich verarbeitet.